



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Genealogie der Produktion und digitale Rationalität:
Zum Verhältnis von Entwicklung und Facebook“

Verfasser

Aram Ghadimi

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag. Dr. habil. Ramón Reichert

INHALTSVERZEICHNIS

I. EINLEITUNG	3
Theoretische Überlegungen	4
Entwicklung im <i>Fordismus</i>	5
Krise der Produktion / Krise der Repräsentation	6
<i>Postfordismus</i> , Kommunikation und Netzwerk	6
Transparenz, Sichtbarmachung und Effektivität	8
II. GRUNDBEGRIFFE	10
<i>Diskurs</i> und <i>Diskursanalyse</i>	11
Idee und Geschichte	14
Kritische Haltung	15
Macht/Wissen	16
<i>Gouvernementalität</i> als Analyseraster der Macht	18
<i>Liberalismus</i> , <i>Neoliberalismus</i> und <i>Biopolitik</i>	21
Entwicklung als <i>situative Verkettung</i> und Medien	37
III. ENTWICKLUNG IM FORDISMUS: DISZIPLIN & KONTROLLE	42
Institutionalisierung des Entwicklungsdenkens	43
Entwicklung als „moderne Religion“	46
Modernisierung und Massenmedien	49
Disziplin im Produktionsapparat	58
Entwicklungskritik und Gegenöffentlichkeit	67
IV. ENTWICKLUNG IM POSTFORDISMUS: KOMMUNIKATION & NETZWERK	76
Übergang zum <i>Postfordismus</i>	77
Vernetzungsgesellschaft: <i>Dienstleistung</i> bis <i>digitale Arbeit</i>	79
Krise der Repräsentation, <i>Community</i> und <i>Empowerment</i>	84
V. ENTWICKLUNG IN DER TRANSPARENZGESELLSCHAFT: INTERNET & FACEBOOK	90
<i>Transparenzgesellschaft</i> und <i>digitale Rationalität</i>	91
Facebook: <i>Produktionsweise</i> und <i>Erziehungsanstalt</i>	95
<i>Digitale Rationalität</i> : Entwicklung und Facebook	110
Praxisbeispiel: <i>Only The Brave Foundation</i>	118
VI. KONKLUSION	120
VII. BIBLIOGRAPHIE	121
VIII. ANHÄNGE	137

I. EINLEITUNG

Seit Ende der 90er-Jahre und dem Aufkommen von Webblogs wird das *World Wide Web* scheinbar zunehmend „sozialer“. Diese, wenn man so möchte, „Entdeckung des Sozialen im Netz“ seit dem Bestehen des Internets hat eine längere Vorgeschichte, deren wesentliche Momente in verschiedenen Bereichen der Sozialwissenschaften, zu unterschiedlichen Zeitpunkten, thematisiert wurden. Dabei zeigen die einzelnen Forschungsstränge, anhand unterschiedlicher, widersprüchlicher Deutungsweisen, dass interdisziplinäre Standpunkte zu selten ergriffen wurden: Das betrifft das Verhältnis zwischen dem Sozialen und dem Ökonomischen, aber auch das Verhältnis zwischen dem Ökonomischen und Medien und schließlich das Verhältnis zwischen dem Sozialen und Medien. Demnach liegt die Herausforderung für gegenwärtige Analysen darin, die sich überschneidenden Wissensbereiche simultan zu denken ohne in eine orthodox-disziplinäre Sichtweise zu verfallen. Für den Wissensbereich der *Internationalen Entwicklung*, der an der Schnittstelle von Ökonomie, Politik und Gesellschaft positioniert wird, ist Interdisziplinarität eine grundsätzliche Arbeitsweise. In der vorliegenden Arbeit soll darüber hinaus mit Foucaults Technik der *Diskursanalyse* gearbeitet werden. Ich möchte daher vorschlagen, Entwicklung als *situative Verkettung* von Produktions-, Entwicklungs- und Medienregimen zu bezeichnen, in der gegenwärtig sogenannten *Sozialen Medien* eine immer größere Relevanz zukommt. Mit der massiven Verbreitung sozialer Netzwerkseiten – und im Speziellen Facebook – in Industriegesellschaften (vgl. Leistert / Röhle, 2011; Boyd / Ellison 2008), aber auch in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern (Indonesien, Indien, Brasilien, Mexico) stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die mediale Transformation und der Entwicklungssektor stehen. Heute, eine Dekade nach dem Aufkommen von Facebook im Jahre 2004, kursieren rund um die *episteme*¹ der Moderne neue Debatten über Medien und Demokratie. Verbunden mit Entwicklungsdenken und deutlich angefacht von den Ereignissen, die als *Arabischer Frühling* (2011), beziehungsweise *Facebook-Revolution* bezeichnet werden, befanden sich letzthin die messianischen Hoffnungsrhetoriken des *Cyberoptimismus* (Morozov, 2011) in einer deutlichen Phase des Aufwinds. Kürzlich erschienene Arbeiten zu Facebook kontrastieren diesen Standpunkt, sie identifizieren Facebook als „neue Produktionsweise“ (Andrejevic, 2011a), als „Erziehung zur immateriellen Arbeit“ (Coté / Pybus, 2011) oder „Assessment-Center der alltäglichen Lebens-

¹ In die *Ordnung der Dinge* (1974 [1966]) führt Michel Foucault den Begriff „episteme“ (ἐπιστήμη, gr. für Wissen) ein, der die Grenzen des wissenschaftlichen Denkens einer Epoche untersucht. Insofern, entsteht an der Schwelle zur Moderne ein Wissen vom Menschen, das unser Denken bis in die Gegenwart beherrscht.

führung“ (Wiedemann, 2011). Gerade weil das *Social Web* in der Entwicklungsforschung bisher kaum thematisiert wurde, gleichzeitig aber eines der interessantesten und jüngsten Phänomene der Globalisierung darstellt, lohnt es sich, dieses Phänomen in eine Genealogie der Produktion und der sie begleitenden Entwicklungs- und Medienregime einzuordnen. In der vorliegenden Arbeit geschieht dies unter spezieller Berücksichtigung der Plattform Facebook.

Theoretische Überlegungen

In der Mediengesellschaft, oder *Mediokratie* (Mayer, 2001), nach Machtverhältnissen zu fragen bedeutet, die „vernetzte Gesellschaft“ auf die Vernetztheit ihrer *diskursiven Ordnung*² (Foucault, 2012a) zurückzuführen. Folglich gilt es darauf hinzuweisen, dass die jeweiligen Knoten – oder Einheiten – aus Macht und Wissen, die *Macht/Wissen-Konnexe*³ (Foucault, 2012b), in den Bedeutungsfeldern der Ökonomie, Politik und Gesellschaft sowie Medien und Entwicklung zahlreiche Verbindungen, Überschneidungen, aber auch Widersprüche zeitigen. Sie verbinden sich zu Diskursen und etablieren damit Regime der Wahrheit. Mit Michel Foucaults Werken zur *Gouvernementalität* und *Biopolitik* (siehe 2012b, 2006), sowie den an Foucault anschließenden Arbeiten der Gouvernementalitätsstudien (Bröckling / Krasmann / Lemke, 2000; Krasmann / Volkmer, 2007) lässt sich eine vorherrschende sozioökonomische Ordnung auf der Ebene einer „Mikrophysik der Macht“ (Foucault, 2012b: 38f., 41, 178f.) darstellen: Entgegen einem deduktiven Geschichtsbild bilden hier kleine und kleinste Partikel des *Macht/Wissen* die Grundlage von Diskursen und damit von Regimen der Wahrheit. So betrachtet besteht lediglich im Rückblick die eine oder andere Ordnung, die sich dann je nach Blickrichtung als ökonomische oder soziale Ordnung darstellt und dabei von eigenen Vorstellungen der Realität (der Produktion, der Gesellschaft, etc.) begleitet wird (vgl. Foucault, 2012a, 2006, 1974). Gemeint sind damit die allgemeinen Vorstellungen von Produktionsregimen (*Fordismus*, *Postfordismus*) und Formen der Vergesellschaftung (*Disziplinargesellschaft*, *Dienstleistungsgesellschaft*). Die vorliegende Arbeit macht sich diese theoretische Auffassung zu Nutze und beschreibt Entwicklung als wandelbaren, dynamischen Diskurs, der als *situative Verkettung* verschiedene Wissens- und Praxisbereiche zusammenführt und dabei in der Lage ist, eigene Wahrheiten zu produzieren. Demzufolge

^{2,3} Die *diskursive Ordnung* etabliert ein System des Sag- und Denkbaren, im dem Knotenpunkte, die *Macht/Wissen-Konnexe* bestehen. Zu beiden Begriffen siehe Kap. II Grundbegriffe – Macht/Wissen (Seite 17ff.).

entspricht den jeweiligen Prämissen einer Zeit stets ein Set von Entwicklungstheorien und Praktiken, die ihrerseits von medialen Debatten begleitet werden. Daher handelt der erste Teil der vorliegenden Arbeit von der Herausbildung des Entwicklungssystems und seiner diskursiven Transformation unter sich verändernden Produktionsbedingungen des *Fordismus*. Der zweite Teil der Arbeit untersucht die Auswirkungen der medialen Transformation für das Entwicklungssystem unter Produktionsbedingungen des *Postfordismus*.

Entwicklung im *Fordismus*

Unter fordistischen Produktionsbedingungen formiert sich zunächst das Entwicklungsfeld als eines der Modernisierung und des ökonomischen Wachstums nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Escobar, 1995; Rist, 2008; Schicho, 2009). Ein gewaltiger Apparat zur Sichtbarmachung von Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt wird nach und nach aufgebaut (vgl. Escobar, 1988, 1995; Sosale, 2008). Medien spielen von Anfang an eine Rolle – vornehmlich als vermeintlich brauchbare Werkzeuge der Ideologieverbreitung (vgl. Inkeles 2010/1966; Mathew, 2010: 33). Im Rahmen der Modernisierungsdiskurse nach dem Zweiten Weltkrieg bestand der Glaube, dass Massenmedien die Botschaft vom baldigen Fortschritt und Anleitungen zu seiner technischen Umsetzung in die letzten Winkel der als „unterentwickelt“ klassifizierten Erdteile transportieren könnten (ebd.). Die Blockkonfrontation des Kalten Krieges wird von zahlreichen Autoren als der Katalysator für die endgültige Verfestigung des Entwicklungssystems thematisiert (vgl. Escobar, 1995; Rist, 2010; Schicho, 2009). Als Nachfolgeprogrammatik der Dekolonialisierung verheißt die technokratische Heilslehre der „Entwicklungshilfe“⁴ für die Länder des „Südens“⁵ einen Ausweg aus der Armut und eine, wenn nicht gleichberechtigte, dann zumindest anerkannte Position im internationalen Kontext. Im Entwicklungssystem wandelt sich die vormalige koloniale Dominanzbeziehung in eine neue Abhängigkeitsbeziehung, bei der – zumindest auf formaler Ebene – die Möglichkeit einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen den Ländern des „Nordens“ und des „Südens“ besteht.

⁴ Der Terminus „Entwicklungshilfe“, der auf die Machtasymmetrie zwischen den Geberländern und den Empfängerländern im Entwicklungssystem verweist, wird gegenwärtig in Fachkreisen nicht mehr verwendet. Der aktuelle, heute überall gebräuchliche Begriff, ist „Entwicklungszusammenarbeit“.

⁵ In der zeitgenössischen Entwicklungsforschung wird das Gegensatzpaar „Nord-Süd“ nicht als geographisches betrachtet, sondern als Metapher „[...] eines auf Ungleichheit basierenden und stets neue Ungleichheit hervorbringenden Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisses.“ (Grau / Komlosy / Englert, 2009b: 14)

Krise der Produktion / Krise der Repräsentation

Die 70er-Jahre markieren einen mehrfachen Wendepunkt: Die sozialen Bewegungen Ende der 60er-Jahre korrespondieren mit einer Krise des kapitalistischen Produktionssystems, welche schließlich einem neuen Produktionsregime den Boden bereitet (Hardt / Negri, 2003: 271ff.). Der beginnende Wandel zum *Postfordismus* führt zunächst in den Industriegesellschaften zu sich verändernden Bedingungen in Produktion und Konsum (vgl. Opitz, 2004: 94ff.).

Die Entwicklungspolitik dieser Periode gegenüber dem „Süden“ korrespondiert mit Verschiebungen in den gouvernementalen Strategien des „Nordens“, kurz der Abkehr vom Keynesianismus des Wohlfahrtsstaates und der Zuwendung zum Neoliberalismus, zunächst in Großbritannien und den USA. In den 80er-Jahren lässt sich parallel zur Selbstkritik in den Sozialwissenschaften und den Ansätzen zur „Anthropologisierung des Westens“ (Rabinow, 1986: 234) eine Krise des Entwicklungsdenkens feststellen. Die massiven Hungersnöte am Ende der 70er-Jahre und die Schuldenkrise der 80er-Jahre haben deutlich gezeigt, dass auch mehrere Dekaden forciert Entwicklung kaum Verbesserungen für zwei Drittel der Menschheit gebracht haben (vgl. Rist, 2010). Die gouvernementale Rationalität der Entwicklungsprogramme wird neu formuliert. Gleichzeitig wird in den Sozialwissenschaften seit geraumer Zeit vermehrt über Begrifflichkeiten nachgedacht. An verschiedenen Stellen des Entwicklungssystems, im akademischen Bereich wie auch in der Praxis, wird Kritik geäußert (vgl. Escobar, 1985, 1987, 1988; Esteva, 1985, 1987; Rahnema, 1985; Latouche, 1986; Rist / Sabelli, 1986; zit. nach Ziai, 2007: 4). Diese Krise der Repräsentation zeichnet sich im Entwicklungsdiskurs ab. Während Strategien des *Empowerment* (Rappaport, 1985) gegen überkommene Entwicklungsideologien in Stellung gebracht werden, wird die *Community* als (emanzipative) Form der Vergesellschaftung propagiert.

Postfordismus, Kommunikation und Netzwerk

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion scheint der globale Siegeszug des Kapitalismus, unter der Führung der USA, einen vorläufigen Höhepunkt erreicht zu haben. Und durch das Aufkommen des Internets Anfang der 90er-Jahre steht die klassische Auffassung⁶ von der Dominanz der *Massenmedien* (vgl. Meyrowitz, 1985 zit. n. Reckwitz, 2013: 243; Luhmann

⁶ Diese Auffassung geht von einer Situation aus, bei der eine mächtige Sendeinstanz einer Masse an passiven Empfängern gegenübersteht (vgl. auch Horkheimer / Adorno, 1969/1944).

1996, 1975) nun der Realität zunehmender Vernetzung gegenüber. Die *immaterielle Arbeit* (Lazzarato, 1998a), die zusammen mit der zunehmenden Kommunikation zu den Kennzeichen der *Dienstleistungsgesellschaft* gehört, geht Hand in Hand mit neuen, flexiblen Führungstechniken, der Individualisierung, Ästhetisierung und Kommerzialisierung der Lebensstile in der *postfordistischen* Produktionsform (vgl. Opitz, 2004: 88ff.; Reckwitz, 2013: 139). „Die Umwälzung der Produktion durch Computer und Kommunikation hat die Arbeitsprozesse derart verändert, dass sie sich alle dem Modell der Informations- und Kommunikationstechnologien annähern.“ (Hardt / Negri, 2003: 302) Im Rahmen dieser Diplomarbeit sollen die Auswirkungen der Flexibilisierung der Produktion (Opitz, 2004: 116ff.) sowie der Ausweitung von Kommunikation, Kooperation (Hardt / Negri, 2003: 291ff.) und einer Logik des Unternehmertums (Foucault, 2006: 210; Bröckling, 2007, 2007a) beleuchtet werden. Das Aufkommen des Internets ließ alte Hoffnungen keimen, dass mehr Kommunikation und Partizipation, im „Norden“ wie im „Süden“, automatisch zu mehr Demokratie führt. Eine Idee, die eine lange historische Tradition hat und untrennbar mit der *Bürgerlichen Gesellschaft* in der Moderne verbunden ist, welche ihrerseits auf dem Konzept der freien Meinungsäußerung und der Pluralität sogenannter *freier Medien* (vgl. Oy, 2000: 4) basiert. In diesem Sinne werden Medien als Indikatoren für „Entwicklung“ betrachtet, während „Unterentwicklung“ immer auch durch einen Mangel an öffentlichen Debatten charakterisiert wird (vgl. Sosale, 2008: 85; UNCTAD, 2008). Mit der zunehmenden Vernetzung hat sich die Praxis des Entwicklungssektors transformiert und die großen Internationalen Organisationen (Vereinte Nationen, Weltbank) haben die Verbreitung des Internets in ihre Agenden aufgenommen. Auf Grundlage des Artikel 19 der 1948 verabschiedeten *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung) hatte die UNESCO bereits in den 70er-Jahren vergeblich versucht eine „Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung“ zu etablieren (vgl. Bruch / Drossou / Jensen, 2005: 47f.). Erst die „digitale Revolution“ Anfang der 90er-Jahre hätte nun eine neue Wirklichkeit „von unten“ etabliert, die von den Internationalen Organisationen freudig aufgenommen wurde (vgl. ebd.). Dieser *Cyberoptimismus* (Morozov, 2011) im institutionellen Rahmen der Entwicklung hat den Entwicklungssektor grundlegend transformiert. Eine Entwicklung ohne das Internet scheint ausgeschlossen zu sein. Das Vertrauen der Entwicklungsinstitutionen in seine demokratisierende Wirkung bleibt bislang scheinbar ungebrochen und verstärkte sich sogar noch wesentlich durch die Wandlung des Internets der 90er zum *Web 2.0* (O'Reilly, 2005) nach der Jahrtausendwende. Facebooks Einschließungslogik des *Enclosure* (Andrejevic, 2007), seine Art zur *immateriellen Arbeit*

anzuleiten und die damit einhergehende Praxis der Ausbeutung markieren einen allgemeinen Trend im *Web 2.0*, werden aber in der Entwicklungszusammenarbeit bisher weitgehend ignoriert. Außerdem findet im *Web 2.0* eine Wende zur *Positivgesellschaft* (Han, 2013b) statt, begleitet von einer Aufwertung des Visuellen. (Han, 2013a, 2013b). Diese Tendenz – so lautet jedenfalls eine Grundthese dieser Arbeit – schlägt sich in der Entwicklungszusammenarbeit nieder, wo Affektivität und Visualität von Anfang an zentrale Bestandteile der diskursiven Strategien gewesen sind. Bilder der „Unterentwicklung“, der Armut und des Elend dienen einem „visuellen Humanitarismus“ (Holert, 2008: 202) dazu sein Eingreifen zu legitimieren. Susan Sontag hat in ihrem Aufsatz *Über Fotografie* (2010/1977) bereits früh gezeigt, wie Bilder, getragen von einem Begehren nach visueller Darstellung der „Realität“⁷, kontextabhängig produziert und instrumentalisiert werden. Im Entwicklungssektor kann dieses Begehren unterschiedliche Formen annehmen und aus unterschiedlichen Gründen erwachsen: Aus der Notwendigkeit einer visuellen Evidenz für „Unterentwicklung“ (Legitimierung), aus taktisch-diskursiven Gründen (Überzeugungsarbeit) oder aus ökonomischen Kalkülen (Spendenwesen), schließlich aus Gründen der Sichtbarmachung (logistische Effizienz) (vgl. Mann, 1998; Maral-Hanak, 2006; Sontag, 2010/1977).

Transparenz, Sichtbarmachung und Effektivität

Transparenz markiert eine konzeptionelle Leitfigur der Rekonfiguration des Gemeinsamen unter Bedingungen der Postproduktion. In einer medial beschworenen Krise der Politik (Reichert, 2008) avanciert Transparenz zu einer allgemeinen Formel des Internetzeitalters. Sie etabliert eine Form der Vergesellschaftung, die von einem ökonomischen Imperativ der Selbsttransparenz beherrscht wird: Die eigene Sichtbarmachung wird tendenziell zur Bedingung der sozialen Teilhabe, auch wenn kein unmittelbarer Zwang dazu besteht. Die Teilnehmer der *partizipativen Überwachung* (Albrechtslund, 2008), wie sie auf Facebook stattfindet, wännen sich daher in relativer Freiheit. Transparenz stellt überdies – so jedenfalls die Ansicht der Netzradikalen – einen Zustand der Symmetrie der Macht in Aussicht. Tatsächlich wird ein Regime der Sichtbarkeit installiert, das nun auf der einen Seite ein Übermaß an Visuellem bedingt, während es auf der anderen Seite zu einem Schwinden der

⁷ Sontag schreibt: „Die Fotografie weckt im Menschen unweigerlich das Bedürfnis, eine Art Patronat über die Realität auszuüben. Die Welt ist nicht mehr ‚da draußen‘, sondern wird mittels Fotos ‚hereingeholt‘.“ (dies., 2010/1977: 82)

Semantik beiträgt (vgl. Han, 2013b: 53). Im Fahrwasser der neueren Entwicklungsstrategien hat Facebook eine bedeutende Rolle eingenommen – so lautet eine Grundthese dieser Arbeit. Das, weil es einem Begehren nach mehr Transparenz und Partizipation im Entwicklungssektor entgegenkommt: Die verschiedenen Durchführungsorganisationen könnten damit ihr Handeln besser und praxisnahe dokumentieren und durch das Internet ließe sich „mehr Transparenz für die Bürger“ erreichen, schreibt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), welche die Deutsche Bundesregierung in der Umsetzung ihrer Entwicklungsziele unterstützt (GIZ, 2013: 15, 19). *Soziale Medien* seien mehr als bloße Freizeitbeschäftigung, weil sie dazu beitragen würden, gesellschaftliche Strukturen (gemeinsam) erfolgreicher zu reformieren, durch „dezentrale Arbeitsweisen“, durch eine Steigerung der Effizienz der Arbeit und Erhöhung der Reichweite von Kommunikation der Entwicklungsorganisationen (GIZ, 2013: 15): „Sie machen den Austausch untereinander unmittelbarer, dynamischer und transparenter. Sie unterstützen das Teilen von Informationen und Ergebnissen und helfen dabei, Wissen gleichberechtigt zu nutzen.“ (ebd.) Die Schlagworte, die in unterschiedlichen Debatten immer wieder ins Treffen geführt werden, scheinen hier alle auf: Transparenz, Partizipation und Gleichberechtigung. Darüber hinaus wird in verschiedenen Kontexten das basisdemokratische Potential von Facebook beschworen, weil es, scheinbar an den etablierten Wegen der öffentlichen Meinungsbildung vorbeiführend, unmittelbare Entscheidungsprozesse ermöglichen kann (Han, 2013a: 30ff.) Demgegenüber kann behauptet werden, dass Facebook weit mehr als ein neues basisdemokratisches Medium ist. Denn während es im Entwicklungssektor gemeinhin als weiteres nützliches Instrument der Förderung sozialen Wandels gilt, *transformiert es im Gegenzug den Entwicklungssektor selbst*. Ein Umstand, der bisher nicht genügend untersucht wurde.

II. GRUNDBEGRIFFE

Im nun folgenden Kapitel möchte ich die begriffliche „Werkzeugkiste“, die diesem Text zugrunde liegt, vorstellen und besprechen. Dies einerseits, um mir die Arbeit zu ersparen, jedes Mal wenn es um Ausgangspunkte der Arbeit geht, diese kontextuell erläutern oder einbetten zu müssen, andererseits, um die Arbeit selbst in theoretischer Hinsicht zu positionieren. Letzteres dient auch dazu dem Geschriebenen einen Rahmen zu geben, die Orte zu nennen von denen aus die Analyse erfolgt. Innerhalb dieses Rahmens werde ich versuchen die unterschiedlichen theoretischen Eingänge dieser Arbeit zusammenzuführen. Letzteres unter dem Vorbehalt, dass wohl manches ungeschrieben bleibt, das verdient hätte erwähnt zu werden. Am Ende soll das hier Geschriebene Grund genug sein für die Auslassungen und im günstigsten Fall wird deutlich, warum es nicht notwendig sein wird, alles zu schreiben. Darüber hinaus verlangt der Gegenstand nach Abstraktion, weil verschiedene Wissensgebiete in Verhältnis gesetzt werden sollen. Schließlich gewinnt die Skizze durch die Auslassung an Deutlichkeit. Gerade vor dem Eindruck der zunehmend schwindenden Fähigkeit zur Abstraktion innerhalb der *digitalen Rationalität* (Han, 2013) der Gegenwart erscheint es umso spannender dem Detailwissen, einer, dem Druck der Ökonomisierung ausgesetzten, sich in Projekte zerteilenden und in steigendem Maße positivistischen Forschung, eine theoretische Arbeit gegenüberzustellen. Folglich nimmt die Betrachtung die Form einer *Literaturanalyse* an. Der Grundgedanke dabei ist, das begriffliche Vokabular, aber auch die damit verbundene Literatur vorher vorzustellen. Dabei fällt das Wort unweigerlich auf Michel Foucault, dessen umfassendes Werk bereits genug Material für eigene Analysen bietet. Seine Texte fordern geradewegs dazu auf sich Anleihen zu nehmen, da Foucault mit ihnen Begriffe einführt, die es erlauben etablierte Wahrheiten in Frage zu stellen. Mehr noch, die Wahrheit selbst wird zum Effekt eines Zusammenspiels aus Wissen, Macht und dem Subjekt. Und hier sind wir schon bei Begriffen, die es zu klären gilt. Worin besteht das Verhältnis von Wissen, Macht und dem Subjekt? Foucault hat sich mit dieser, für ihn zentralen Frage nicht nur in seinem Werk befasst, er hat auch die Begriffe geschaffen bzw. geprägt, die dazu nötig sind, um auf die Frage antworten zu können. Die Rede ist hier vom *Diskurs*, dem *Macht/Wissen*, der *Gouvernementalität* und der *Biopolitik*, allesamt Schlüsselbegriffe in Foucaults Werk, die auch in der vorliegenden Arbeit das Instrumentarium bilden, um das Verhältnis von Sozialen Medien und Entwicklung zu besprechen. Daher dienen die nun folgenden Seiten dieser Arbeit der Definition und Diskussion ihrer begrifflichen Ausgangspunkte.

Diskurs und Diskursanalyse

Der Diskurs steht ganz am Anfang von Foucaults umfassendem Werk; mit ihm eröffnet er, am 2. Dezember 1970, im Zuge seiner Antrittsvorlesung am Collège de France, das „provisorische Theater“ (Foucault, 2012a: 10) seiner Arbeit. *L'ordre du discours* [dt. *Die Ordnung des Diskurses*, Anm.], so der Titel des Vortrags, ist der Ausgangspunkt seiner geschichtsphilosophischen Überlegungen. Es handelt sich hier einerseits um einen „[...] Schlüsseltext moderner Ideengeschichte [...]“ (o.A., zit. n. Foucault, 2012a: 2), andererseits könnte man von einem Schlüsseltext zum Verständnis von Foucaults gesamtem Werk sprechen, das in seiner Totalität fragmentarisch und teils widersprüchlich erscheint. In seiner 14-jährigen Tätigkeit am Collège de France, bis zu seinem Tod am 25. Juni 1984, hinterließ Foucault eine Reihe an Einzeltexten und Aufsätzen in Buchform. Viele seiner Gedankengänge hat er aber nur mündlich vorgetragen und so entstanden einige seiner Publikationen posthum anhand von Tonaufzeichnungen, ohne seine ausdrückliche Genehmigung. Anders verhält es sich mit *L'ordre du discours*, der bereits 1972 als französische und 1974 als deutsche Ausgabe vorlag. Mit den hier entworfenen Überlegungen gelingt ihm eine scheinbar kleine, aber elegante Verschiebung, die sich als folgenscher für zahlreiche spätere Debatten rund um Wissen, Macht und das Subjekt erweisen sollte. Der Grundgedanke ist folgender: Es ist nicht das Wissen, das ermächtigt und nicht die Macht, die verklärend wirkt, sondern ein Zusammenspiel beider in welchem sie sich erst – und das ist wesentlich – gegenseitig hervorbringen, potenzieren oder abschwächen. Das Subjekt ist bei Foucault ein Produkt des Zusammenspiels und kann deswegen nicht außerhalb davon angesiedelt werden. Vor allem aber ist es die Grenzüberschreitung „[...] zwischen Historiographie, Literaturwissenschaft, Philosophie und Rhetorik [...]“ (ebd.), die *L'ordre du discours* außergewöhnlich erscheinen lässt und Foucault später berühmt machen sollte.

„Foucault wäre nicht Foucault, würde er die Frage nach dem Diskurs-Begriff schlicht und erschöpfend mit einer bündigen Definition beantworten“, schreibt Ralf Konersmann (1991; zit. n. Foucault, 2012a: 77) in seinem der aktuellen deutschen Taschenbuchausgabe beigelegten Aufsatz „Der Philosoph mit der Maske“. Wie kann man also den Diskursbegriff definieren? *L'ordre du discours* enthalte eine ganze Reihe von Hinweisen, die aber eher aus Verneinungen bestehen würden. Ihnen zu Folge, bilde der Diskurs keine Einheit der Rhetorik oder Formalität oder eine „zeitlos-ideale Form“, schreibt Konersmann (vgl. ebd.). „Der Diskursbegriff fragt nach eben jener »zone du nonpensé«, die die Bedingungen und Umrisse des Denkens festlegt.“ (ebd.)

Die Ambivalenz zwischen Stärke und Schwäche des Diskursbegriffs, also seine Unbestimmtheit, erhält er durch den gleichzeitigen Verweis auf zwei Systeme, nämlich jenes der Wissensproduktion und jenes der Politik, ergänzt Konersmann (vgl. ebd.). „Der Diskurs mag dem Anschein nach fast ein Nichts sein [...]“, schreibt Foucault (2012a: 11) in *L'ordre du discours*, doch „[...] die Verbote, die ihn treffen, offenbaren nur allzu bald seine Verbindungen mit dem Begehren und der Macht. [...] Denn der Diskurs –die Psychoanalyse hat es uns gezeigt– ist nicht einfach das, was das Begehren offenbart (oder verbirgt): er ist auch Gegenstand des Begehrens; und der Diskurs [...] ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in die Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht.“ (ebd.) In der Auseinandersetzung um Deutung und Bedeutung ist der Diskurs Mittel und Effekt zugleich.

Diejenigen, die sich seiner zu bemächtigen suchen, werden unausweichlich einem Sanktionsregime des Sagbaren ausgesetzt. Auf den Punkt gebracht bedeutet das: „Es ist immer möglich, daß [sic!] man im Raum eines wilden Außen die Wahrheit sagt; aber im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven »Polizei« gehorcht, die man in jedem seiner Diskurse reaktivieren muß [sic!]“ (ebd.: 25) Foucault führt an dieser Stelle das Beispiel Gregor Mendels an, der laut Foucault zwar die Wahrheit behauptete, aber nicht „[...] »im Wahren« des biologischen Diskurses seiner Epoche [...]“ (ebd.) war. Nun ist der Diskurs, trotz seiner Uneindeutigkeit, etwas, das fortwährend Festlegungen und Eingrenzungen unterliegt. Zum Diskurs und dem Gesprochenen gehören der Ausschluss, das Verbot, das Tabu und das Unsagbare. Daneben gibt es noch die Unterscheidung zwischen Vernunft und Wahnsinn, einem weiteren Mittel zur Begrenzung oder gar Auslöschung von Gesagtem (vgl. ebd.: 11f.). Foucault formuliert die *L'ordre du discours* zugrundeliegende Hypothese folgendermaßen:

„Ich setzte voraus, daß [sic!] in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen.“ (Foucault, 2012a: 11)

Diesem Gedankengang zufolge hat das gesprochene Wort eine konstituierende und transformative Kraft. Unablässig gräbt der Diskurs seine Spuren in das Denken und in die Dingwelt zugleich. Er tritt in die Individuen ein, die ihn streifen. Aber nicht jedes sprechende Individuum kann sich seiner bedienen. Demgemäß schreibt Foucault zu den Eingrenzungsmechanismen von Diskursen: „Niemand kann in die Ordnung des Diskurses eintreten, wenn

er [oder sie, Anm.] nicht gewissen Erfordernissen genügt, wenn er nicht von vornherein dazu qualifiziert ist.“ (ebd.: 26) Ein „Ritual“ legt die Rollen fest, die das eine oder andere Individuum in die Sprecher- oder Zuhörerposition versetzen. Sogenannten „Diskursgesellschaften“ unterliegt die Produktion, Konservierung und Zirkulation eines Diskurses. Als Beispiel führt Foucault die Dichtung an, die als „archaisches Modell“ die Rollen innerhalb des rituellen Vortrags unaustauschbar verteilt (vgl. ebd.: 27). Demgegenüber ähnlich verhält es sich mit der Wissensproduktion im akademischen Feld. Auch hier sind die Rollen weitgehend unaustauschbar. Außerdem organisieren sie sich innerhalb von Disziplinen. „Die Disziplin ist ein Kontrollprinzip der Produktion des Diskurses. Sie setzt ihr Grenzen durch das Spiel einer *Identität*, welche die Form einer *permanenten Reaktualisierung der Regeln* hat. [...] [W]ahrscheinlich kann man sie in ihrer positiven und fruchtbaren Rolle nur verstehen, wenn man ihre restriktive und zwingende Funktion betrachtet.“ (ebd.: 25) Dabei umfasse die Disziplin keineswegs eine Summe von Wahrheiten, vielmehr beinhalte sie auch Irrtümer, die aber nicht als „Residuen oder Fremdkörper“ zu betrachten seien, sondern als produktive Faktoren. Irrtum und Wahrheit sind hier untrennbar miteinander verbunden (vgl. ebd.: 23). Neben der Einschränkung durch die Diskursgesellschaften und dem Kontrollmechanismus der Disziplin wird bei Foucault eine weitere Möglichkeit aufgezeigt, wie Diskurse reguliert werden. Die Doktrin unterstelle eine unbestimmte Zahl von Individuen einem einzigen Ensemble von Diskursen. Sie konstatiert damit eine Wechselwirkung zwischen Diskurs und Subjekt, Aussage und Individuum:

„Die Doktrin führt eine zweifache Unterwerfung herbei: Die Unterwerfung der sprechenden Subjekte unter die Diskurse und die Unterwerfung der Diskurse unter die Gruppe der sprechenden Individuen.“ (Foucault, 2012a: 29)

Foucault geht davon aus, dass alle Gesellschaften gegenüber dem Diskurs und seiner Materialität eine „stumme Angst“ verspüren, ausgelöst durch das unaufhörliche „Wuchern des Diskurses“, seinen Gefahren für die etablierte Ordnung der Dinge und durch sein Potential Unvorhergesehenes zu erzeugen. „Will man diese Angst in ihren Bedingungen, in ihren Spielregeln und ihren Wirkungen analysieren [...]“, so müsse man dies auf drei Ebenen tun, schreibt Foucault (2012a: 33).

Erstens müsse man den „Willen zur Wahrheit“⁸ in der eigenen Gesellschaft [Foucault geht hier von Europa aus, Anm.] in Frage stellen. Man müsse zweitens den „Ereignischarakter“⁹ des Diskurses anerkennen, um in Folge, drittens, die „Souveränität des Signifikanten“¹⁰ annullieren zu können (vgl. ebd.).

Foucault gibt an dieser Stelle die prinzipielle Stoßrichtung seiner geschichtskritischen Forschung der Folgejahre deutlich vor, indem er zusammenfasst: „Dies sind die Aufgaben oder vielmehr einige der Themen, welche meine Arbeit in den kommenden Jahren bestimmen sollen.“ (ebd.: 34) Die vier Methoden, die Foucault hierzu präsentiert, orientieren sich erstens am „Prinzip der *Umkehrung*“ der Diskurse, nachdem diese nicht nur als „schöpferische Instanz“, sondern auch von ihrer Seite der Verknappung betrachtet werden können, zweitens am „Prinzip der *Diskontinuität*“ wonach Diskurse „[...] sich überschneiden und manchmal berühren, die einander aber auch ignorieren oder ausschließen [sic!] [...]“ (ebd.), drittens am „Prinzip der *Spezifität*“, das Diskurse als „[...] Gewalt [...] die wir den Dingen antun [,wenn wir sie benennen, Anm.]; jedenfalls als eine Praxis, die wir ihnen aufzwingen [...]“ (ebd.: 34f.) begreift. Das vierte Prinzip ist schließlich jenes der *Äußerlichkeit*, das besagt, dass Diskurse nicht aus sich selbst heraus betrachtet werden müssen, sondern von ihren „äußeren Möglichkeitsbedingungen“, beziehungsweise ihren „Grenzen“ betrachtet werden sollten (vgl. ebd.: 35).

Idee und Geschichte

Im Anschluss nennt Foucault vier begriffliche Gegensatzpaare, die mit den obigen Ausführungen korrespondieren: *Ereignis* gegenüber *Schöpfung*, *Serie* gegenüber *Einheit*, *Regelmäßigkeit* gegenüber *Ursprünglichkeit*, *Möglichkeitsbedingung* gegenüber *Bedeutung*. Foucault zufolge wurde die „Geschichte der Ideen“ traditionellerweise von den Begriffen *Schöpfung*, *Einheit*, *Ursprünglichkeit* und *Bedeutung* beherrscht. Demzufolge entstammt jede

⁸ Der „Wille zur Wahrheit“ ist für Foucault eine spezifisch-historische Praxis an der Schnittstelle von Begehren und Macht, ein Ausschließungssystem das denjenigen Diskursen innewohnt, die sich als „wahre Diskurse“ zeigen, dabei aber gleichzeitig von ihnen maskiert wird. Die Wahrheit ist hier immer schon etwas, das gewollt wird, und zwar auf institutioneller Basis (vgl. Foucault, 2012a: 16f.).

⁹ Foucault schlägt vor, nicht von Vorstellungen hinter Diskursen auszugehen, sondern von den Ereignissen, die sie prägen, um so „[...] den Zufall, das Diskontinuierliche und die Materialität in die Wurzel des Denkens einzulassen.“ (Foucault, 2012a: 38)

¹⁰ Hier geht es darum, die Vorstellung von einer Beherrschung der Phänomene mittels Sprache, sowie die Rolle des Erkenntnissubjekts, das den Sinn der Dinge begründet, in Frage zu stellen.

Idee einer schöpferischen Quelle und verweist auf eine einheitliche, fortlaufende Geschichtlichkeit, aus der sie ihren Ursprung bezieht und aus der sich ihre jeweilige Bedeutung ergibt (vgl. ebd.). Die traditionelle Sichtweise sagt nichts über das Ereignishafte, das Punktuelle und Widersprüchliche der „Geschichte der Ideen“. Dieser Sicht zufolge ist die Bedeutung eine feststehende Größe, keine Möglichkeitsbedingung unter vielen. Foucault merkt zwar an, dass die Geschichtsschreibung längst nicht mehr nach den eben genannten traditionellen Schemen operiere und daher nicht nach einer „[...] formlosen Einheit eines großen – einigermaßen homogenen und starr hierarchisierten – Werdens [...]“ (ebd.: 36) suche. Trotzdem betrachte sie kein Ereignis, ohne es einer Serie unterzuordnen. Und keine Serie werde betrachtet, ohne dem Endzweck „[...] die Wahrscheinlichkeitswerte ihres Auftretens zu erkennen [...], ohne sich über die Variationen, die Wendungen und den Verlauf der Kurve zu fragen, ohne die Bedingungen bestimmen zu wollen, von denen sie abhängen.“ (ebd.) Es gilt daher, eine kritische Perspektive einzunehmen, in der Geschichte hinsichtlich ihrer Widersprüche, Brüche und Diskontinuitäten untersucht wird.

Kritische Haltung

Um diesem Anspruch gerecht zu werden stellt sich zuallererst die Frage: „Was ist Kritik?“ In einem Text mit gleichlautendem Titel stellt Michel Foucault fest, dass es hierbei um „[...] eine bestimmte Art zu denken, zu sagen, zu handeln auch, ein bestimmtes Verhältnis zu dem was existiert, zu dem was man weiß, zu dem was man macht, ein Verhältnis zur Gesellschaft, zur Kultur, ein Verhältnis zu den anderen [...] [geht]“ (Foucault, 1992: 8).

Die hier beschriebene kritische Haltung positioniert Foucault „[a]ls Gegenstück zu den Regierungskünsten, gleichzeitig ihre Partnerin und ihre Widersacherin, als Weise ihnen zu misstrauen, sie abzulehnen, sie zu begrenzen und sie auf ihr Maß zurückzuführen, sie zu transformieren, ihnen zu entwischen oder sie immerhin zu verschieben [...]“ (ebd.: 12). Rückblickend auf Europas Geschichte, stellt Foucault fest, sei Kritik eine spezifische Kulturform, die im „[...] Bündel der Beziehungen zwischen der Macht, der Wahrheit und dem Subjekt [...]“ (ebd.: 14f.) entsteht. Als „[...] die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden [...]“ (ebd.: 12), kommt der Kritik im „[...] Spiel, das man die Politik der Wahrheit nennen könnte, [...] die Funktion der Entunterwerfung [...]“ (ebd.: 15) zu.

Dabei nennt Foucault drei große historische Entfaltungslinien: Erstens entlang der positivistischen Wissenschaft, zweitens entlang der Herausbildung staatlicher Systeme und schließlich drittens an Nahtstelle der ersten beiden (vgl. ebd.: 19). Für die Kritik ist die zeitlich unscharf abzugrenzende Periode der Aufklärung von eminenter Bedeutung, schreibt Foucault (ebd.: 28). Es handelt sich um „[...] eine Periode ohne feste Datierung und mit vielfältigen Eingängen, denn man kann sie ebenso durch die Formierung des Kapitalismus, die Konstituierung der bürgerlichen Welt, die Installierung der staatlichen Systeme, die Gründung der modernen Wissenschaft mitsamt ihren technischen Entsprechungen, die Organisation eines Gegenübers zwischen der Kunst regiert zu werden und der Kunst nicht dermaßen regiert zu werden definieren.“ (ebd.) Hieraus ergibt sich für Foucault „[...] die faktische Privilegierung dieser Periode [...]“ (ebd.) in seinem Forschungsvorhaben, das er als ein „historisch-philosophisches“ (ebd.: 29) bezeichnet.

Macht/Wissen

Die Blickrichtung der vorliegenden Arbeit orientiert sich an der Arbeitsweise von Michel Foucault, auch sie stellt ein historisch-philosophisches Projekt dar, wenngleich andere Schwerpunkte gesetzt werden. Als historisch geprägt soll hier jedenfalls auch der Entwicklungsgedanke verstanden werden. Vergleichbar mit der Kritik, wie sie bei Foucault beschrieben wird, erhält der Entwicklungsgedanke mit der Periode der Aufklärung einen deutlichen Bedeutungszuwachs und einen Gutteil seines semantischen Gewichts, das schließlich für seinen strategischen Einsatz und seine daraus resultierende Wirkmächtigkeit im 20. Jahrhundert grundlegend ist (vgl. Rist, 2010: 35ff.).

Nun ist für Foucault aber Geschichte etwas, das in der Gegenwart entsteht. Anstatt eine historische Reduktion vorzunehmen und sich auf etablierte Wahrheiten zu stützen, schlägt er vor „[...] genau das Umgekehrte zu tun, d. h. von [...] [der] Praxis ausgehen, wie sie sich darstellt, aber zugleich wie sie sich reflektiert und sich rationalisiert, um von da aus zu sehen, wie sich bestimmte Dinge wirklich konstituieren können, über deren Status man sich natürlich Fragen stellen muß [sic!]: der Staat und die Gesellschaft, der Souverän und die Untertanen usw.“ (Foucault, 2006: 15) Foucaults Auflistung verweist letztlich auch auf ein Spiel der Asymmetrien und Gegensätze, auf Orte der Macht und Machtlosigkeit, die ihren Eingang in die Sprache gefunden haben und deshalb aus der Foucault'schen Perspektive keineswegs als feststehende Größen angenommen werden können.

„Mit anderen Worten, anstatt von Universalien auszugehen, um daraus konkrete Phänomene abzuleiten, oder vielmehr von Universalien als notwendigem Raster für das Verstehen einer bestimmten Zahl von konkreten Praktiken auszugehen, möchte ich von diesen konkreten Praktiken ausgehen und gewissermaßen die Universalien in das Raster dieser Praktiken einordnen.“ (ebd.) Wenn Foucault (2006: 60) also vorschlägt „[...] eine Geschichte der Wahrheit zu schreiben [...]“, anstatt die Geschichtsschreibung auf universalen Begrifflichkeiten zu konstatieren, dann geht es bei dieser Umkehrung um nichts Geringeres als die „[...] genaue Bestimmung des Systems der Veridiktion [...]“ (ebd.: 62). Die Veridiktion – das Wahr-Sprechen – gestaltet sich als Prozess, der bestimmten Regeln folgt. Folglich ist auch nicht so interessant welche Unwiderlegbarkeiten oder Irrtümer behauptet werden können, denn „[...] [e]s ist nicht die Geschichte des Wahren und nicht die Geschichte des Falschen, sondern die Geschichte der Veridiktion, die politische Bedeutung hat.“ (ebd.)

Foucault (2012b: 39) schlägt vor die Vorstellungswelt eines Wissens, das frei von Macht ist und womöglich nur unter Entsagung gegenüber der Macht entstehen kann, zu verlassen:

„Eher ist wohl anzunehmen, daß [sic!] die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); daß [sic!] Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß [sic!] es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß [sic!] sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert.“ (Foucault, 2012b: 39)

Obige Schlüsselpassage illustriert, wie Foucault Wissen und Macht in Beziehung setzt. Er führt nun im Folgenden die Figur des *Macht/Wissens* ein, die einerseits dem eben zitierten Gedankengang die Form eines Begriffs gibt, aber andererseits deutlich macht, dass die Position von der aus die Analyse erfolgt innerhalb des *Macht/Wissens* ausgemacht werden muss, mit weitreichenden Folgen für das erkennende Subjekt:

„Diese Macht/Wissens-Beziehungen sind [...] nicht von einem Erkenntnissubjekt aus zu analysieren, das gegenüber dem Machtsystem frei oder unfrei ist. Vielmehr ist in Betracht zu ziehen, daß [sic!] das erkennende Subjekt, das zu erkennende Objekt und die Erkenntnisweisen jeweils Effekte jener fundamentalen Macht/Wissen-Komplexe und ihrer historischen Transformationen bilden.“ (Foucault, 2012b: 39)

Diese Konzeption ist im Detail nicht immer verstanden worden. Deshalb wird Foucault oft unterstellt den Begriff der Macht verabsolutiert zu haben. Beispielsweise schreibt Sven Opitz, dass die Auffassung einer Verzahnung von Macht und Wissen zu Missverständnissen geführt hat, wie wenn etwa Jürgen Habermas von Foucault behauptet, „[...] dass [seine] Machttechnologien »die Wissenssysteme bis in deren Geltungskriterien hinein instrumentalisieren«“ (Habermas, 1988: 316; zit. nach Opitz, 2004: 40). Diese Rezeption Foucaults beruhe auf einem „[...] doppeltem Missverständnis [,denn] [...] [Habermas] projiziert [...] auf Foucaults Äußerungen einen repressiven Machtbegriff, indem er eine Macht unterstellt, welche die Bildung eines wahren Wissens lediglich verhindert, nicht anreizt.“ (Opitz, 2004: 40f.) Demgegenüber führe Habermas eine Wahrheit des besseren Arguments ins Feld. Gerade diesen Dualismus zwischen einer reinen Wahrheit und einer, die durch die Spielarten der Macht manipuliert wird, lehnt Foucault aber ab: „Er will sich nicht, wie Habermas es ihm unterstellt, für die Seite der Macht und damit automatisch gegen die Wahrheit entscheiden.“ (ebd.: 41) Eine genaue Lektüre Foucaults zeigt, dass dieser, einer Rezeption wie sie bei Habermas vorkommt, bereits beim Formulieren seiner Texte Argumente entgegengesetzt hat. Anschließend an die eben zitierten Schlüsselpassagen schreibt er: „Es ist also nicht so, daß [sic!] die Aktivität des Erkenntnissubjekts ein für die Macht nützliches oder gefährliches Wissen hervorbringt; sondern die Formen und Bereiche der Erkenntnis werden vom Komplex Macht/Wissen, von den ihn durchdringenden und konstituierenden Prozessen und Kämpfen bestimmt.“ (Foucault, 2012b: 39f.)

Gouvernementalität als Analyseraster der Macht

In *Die Geburt der Biopolitik* (fr. *Naissance de la biopolitique*), so der Buchtitel der Vorlesungen am Collège de France, von 1978 bis 1979, stellt Michel Foucault seine Überlegungen zur „Geschichte der Gouvernementalität“ vor. Foucaults Überlegungen dazu richten sich auf eine zentrale Problematik, die sein gesamtes Werk durchzieht: Es ist die Frage „[...] welchen konkreten Inhalt man der Analyse der Machtverhältnisse geben könnte [...]?“ (2006: 261) Die Beantwortung dieser Frage erstreckt sich über zwölf Vorlesungen, in denen ein Verständnis von Macht vorgestellt wird, das seine analytischen Vorzüge bis in die heutige Gegenwart behaupten kann. Für Foucault hat „[d]er Begriff Macht [...] selbst keine andere Funktion, als einen [Bereich, Anm. d. Hg.] von Beziehungen zu bezeichnen, die analysiert werden sollen [...]“ (Foucault, 2006: 261). Foucault schlägt vor dieses Beziehungsgeflecht

„[...] Gouvernamentalität zu nennen“ (ebd.) Die Wortneubildung bezeichnet „[...] die Art und Weise mit der man das Verhalten der Menschen steuert, [und] ist nichts anderes als der Vorschlag eines Analyserasters für die Machtverhältnisse.“ (ebd.) Damit positioniert sich Foucault weitab von klassischen Theorien der Macht. Denn im Unterschied zu Foucaults Konzeption stößt man quer durch die verschiedensten theoretischen Schulen politischen Denkens auf ein „klassisches Bündel an Implikationen der Macht“. Dabei handelt es sich um Machtdefinitionen, die Macht in einem kausalen Schema präsentieren (vgl. Opitz, 2004: 26):

„So nimmt die Macht zumeist die Form eines Gutes an, das besessen werden kann. Sie ist von der Produktionsweise abgeleitetes Eigentum einer herrschenden Klasse oder wird als Recht betrachtet, das nach dem Modell des ökonomischen Tauschs veräußerbar ist und das in diesem Übertragungsvorgang die politische Macht begründet.“ (Foucault 2001: 29f.; Deleuze 1992: 38ff. zit. n. Opitz, 2004: 26)

Der Dingcharakter dieser Konzeptionen begünstigt vereinfachende Vorstellungen von Macht, die sich in normativen Argumentationslinien verfestigen. Letztere zeigen sich in den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen und werden in tradierter Weise rezipiert. Opitz ergänzt:

„In der Form des Guts ist die Macht zudem eindeutig lokalisierbar, etwa in einem Staatsapparat. Trotz ihres abgeleiteten Charakters hat die Macht angeblich ein Wesen, das die sie besitzenden [sic!] zu Herrschenden macht. Sie wirkt durch Gewalt und Ideologie, durch Unterdrückung und Täuschung. Und nicht selten trifft man auf die Auffassung, dass sich die Macht im Gesetz ausdrückt [...]“ (Foucault 2001: 29f.; Deleuze 1992: 38ff. zit. n. Opitz, 2004: 26)

Dem setzt Foucault eine andere Vorstellung von Macht entgegen. Als Verhältnis von Kräften gleiche seine Konzeption am ehesten einer physikalischen Beziehung, die es ihm ermögliche „[...] den semantischen Ballast der Sozialwissenschaften auf Distanz zu halten [...]“, schreibt Opitz (2004: 26f.) und fügt an, dass das Kräfteverhältnis „[...] keine Form im substantiellen Sinn und kein Sein [zeitige, sondern in der] Einwirkung auf ein Möglichkeitsfeld [...]“ (ebd.) bestehe.

Darin liegt die Komplexität der Foucault'schen Überlegungen, denn mit Gouvernamentalität sind mehrere Dinge gleichzeitig angesprochen: Die Herausforderung liegt darin, eine Regierungsform nicht getrennt von ihren Institutionen oder ihrem politischen Wissen zu denken, sondern diese als eine Gesamtheit, als eine hybride Totalität, zu betrachten.

„Als Umschlagplatz von Problemen erbringt der Begriff *Gouvernementalität* eine Verdichtungsleistung, als fragmentarisches Ganzes beinhaltet er seine eigene Gliederung.“ (Opitz, 2004: 8) Die verschiedenen begrifflichen Fragmente setzt Foucault in einem egalitären Verhältnis zusammen, in welchem sie sich gegenseitig bedingen, sodass jenes fragmentarische Ganze, von dem Opitz spricht, die Form einer Vernetztheit annimmt.

Die Gliederung des Konzepts der *Gouvernementalität* stellt sich bei Foucault als folgende Trias dar: Zu ihr gehört erstens eine „[...] Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und Taktiken [einer –zweitens–] recht spezifische[n] und komplexe[n] Form der Macht [...]. Drittens, hat sie „[...] als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentlich technisches Instrument die Sicherheitsdispositive [...]“ (Foucault, 2000: 64) Wenn also das spezifisch politische Wissen und seine Institutionen, die politische Ökonomie¹¹ und ihre Berechnungen selbst Inhalte der Regierungsweise sind, dann geht es um nichts Geringeres als die „Bearbeitung der Realität“, die dann wiederum Ausgangspunkt für den Einsatz des Politischen ist (vgl. Bröckling / Krasmann/ Lemke, 2000: 20f.; Lemke, 2000: 2). Realität bedeutet in diesem Zusammenhang alles dasjenige, was innerhalb einer bestimmten Rationalität erkannt, gedacht oder gesagt werden kann. Insofern deutet der Neologismus der *Gouvernementalität* „[...] darauf hin, dass es darum geht, die Konstituierung eines epistemischen Raumes anzuzeigen, in dem sich Regierung und Denkweise, Regierbarkeit und Wissbarkeit ineinander falten.“ (Opitz, 2004: 53) Wobei die „Kopplung von Rationalitäten und Technologien der Macht“, die der Begriff im Stande ist zu erfassen, durch die „semantische Verbindung“ von Regieren (*gouverner*) und Denkweise (*mentalité*) angezeigt wird (vgl. Lemke, 2001: 2, 2000: 2). Der epistemische Raum der *Gouvernementalität* ist nicht ahistorisch, aber Foucault vermeidet weitgehend von Ursprüngen zu reden. *Gouvernementalität* ist bei Foucault der historische Effekt eines Vorgangs einer „*Gouvernementalisierung*“, den er exemplarisch an der Entfaltung einer Regierung der Freiheiten im sich durchsetzenden Liberalismus beschreibt (vgl. Foucault, 2000: 65).

Foucaults Konzept der *Gouvernementalität* als Analyseraster der Macht soll in Bezug auf das Thema dieser Arbeit dazu verwendet werden, die zeitgenössische Rationalität der Entwicklungszusammenarbeit zu analysieren. Zum Einen wird durch eine *gouvernementale* Perspektive deutlich, dass ein spezifisches Wissen der Entwicklung, das in den verschiedenen

¹¹ Die unterschiedlichen Schreibweisen des Begriffs dienen dazu den Gegenstandsbereich (klein geschrieben) von der Disziplin (groß geschrieben) abzugrenzen. Zitate werden in der ursprünglichen Schreibweise belassen.

Entwicklungstheorien und –praxen manifest wird, nicht frei von Macht ist. Andererseits hat der Begriff als Schnittstelle gezeigt, dass er anschluss- bzw. erweiterungsfähig ist, im Sinne einer „Gouvernementalität der Gegenwart“ (Bröckling / Krasmann / Lemke, 2000), einer „Gouvernementalität im Postfordismus“ (Opitz, 2004), bis zu aktuellen Befunden, welche „[...] mediale Konstellationen wie Facebook als Teil gouvernementaler Ordnungen verstehen [...]“ (Leistert / Röhle, 2011: 22) und Facebook als gouvernementales „Subjektivierungsregime“ (Wiedemann, 2010: 59ff.) oder „Assessment-Center der alltäglichen Lebensführung“ (Wiedemann, 2011) begreifen. Der Gouvernementalitätsbegriff als Beschreibung einer Führungsweise, die sich weniger auf ein Territorium bezieht als vielmehr auf eine „[...] Art Komplex, gebildet aus den Menschen und den Dingen [...]“ (Foucault, 2000: 51), dient in der vorliegenden Arbeit als theoretischer Ausgangspunkt, auf dessen Grundlage beispielhafte Einsatzgebiete von Facebook im Entwicklungssystem skizziert werden sollen.

Liberalismus, Neoliberalismus und Biopolitik

Wie bereits weiter oben erwähnt, gehört es zu Foucaults Arbeitstechniken, Praktiken genealogisch zu ordnen, anstatt von Universalien auszugehen. Seine Methode besteht darin, zuerst anzunehmen, dass es die eine oder andere Universalie nicht gibt, um dann zu sehen wie sich die Ereignisse und Praktiken um eine bestimmte Vorstellung herum gruppieren lassen (vgl. Foucault, 2006: 16). Als beispielhaft für diese Vorstellungen lassen sich in Foucaults Werk der *Wahnsinn*, der *Staat* und die *Gesellschaft* nennen. In *Die Geburt der Biopolitik* untersucht Foucault, wie eine spezifische Gouvernementalität entstehen konnte, die als Regierung der Freiheiten nach Maßgabe der Ökonomie auftritt und darauf abzielt das Leben selbst zu verwalten. Auf den nun folgenden Seiten soll näher darauf eingegangen werden.

Unter dem Begriff Liberalismus sind bei Foucault gleich mehrere Dinge gemeint: Er ist in erster Linie ein neues Bewusstsein der Regierung, das seine eigenen Regeln der Herrschaft begründet und seine eigenen Regeln der Verwaltung hervorbringt. Letztgenanntes geschieht in zweifacher Hinsicht und richtet sich auf ein gemeinsames Ziel: Die Herstellung eines Staates. Zum Einen soll der Staat nach Außen hin, zum Anderen aber soll er auch nach Innen hin hergestellt werden. Beide Richtungen verlangen nach eigenen Macht- und Kontrolltechniken und bringen ein eigenes Wissen hervor. Dabei ist der Staat „[...] das Bestehende, aber auch das, was noch nicht genügend existiert.“ (Foucault, 2006: 16)

Die neue Regierungsrationalt t, die ihre Wurzeln in der Aufklärung hat, bildete sich ab dem 16. Jahrhundert heraus. Mit ihr entsteht erstmalig die Vorstellung des Staates als autonome Realität (vgl. ebd.: 17) Der Grundgedanke des Liberalismus, nämlich die individuelle Freiheit der Person in ein Verhältnis mit der Regulierungsmacht, der Regierungsgewalt und den Zwängen zu bringen, zeichnet die neue Ratio des Regierens aus. Ein Umstand, der auch im Kolonialsystem seinen Niederschlag finden wird, nämlich in der Weise, dass den indigenen Gesellschaften, die nun an die jeweiligen Mutterl nder angeschlossen werden sollen, das Fehlen jeglicher Rationalität attestiert wird. Waren noch im 15. Jahrhundert Vorstellungen vom „edlen Wilden“ verbreitet, so ändert sich dies vor dem Hintergrund der Herausbildung einer neuen Rationalität zu Regieren. Ihrer Edelheit entledigt, erscheinen die nunmehr „Wilden“ als die Negation der Ratio. Sie bewohnen auch keinen Staat, weshalb ihnen auch jeglicher Gebietsanspruch abgesprochen werden kann.

Der Staat als Garant der Freiheit und der sie sichernden Rechtsordnung, ist „[...] weder ein Haus noch eine Kirche, noch ein Reich. Der Staat ist eine spezifische und unzusammenhängende Wirklichkeit.“ (ebd.: 17) Nun ist bei Foucault der Staat aber auch ein Konstrukt, das für sich und aus sich selbst heraus existiert, das Ergebnis einer spezifischen Regierungsweise, die sich an ihrer inneren Logik bemisst und rationalisiert. Diese dem Staat inh rente Logik ist vom Staat selbst nicht zu trennen, obgleich es eine Reihe von Dingen gibt, die im Zusammenhang mit der Staatsräson gemeinsam auftreten: „Also Merkantilismus, Polizeistaat [...] und europäisches Gleichgewicht: All das war die konkrete Form dieser neuen Regierungskunst, die sich um das Prinzip der Staatsräson gruppierete.“ (Foucault, 2006: 19) Wie hier schon angedeutet wurde, geht es bei der Rationalisierung des Regierens um eine zu bestimmende Maßgabe gegenüber der Gewalt der Regierung. Die neue Staatsräson, argumentiert Foucault, begrenzt ihre eigenen Ziele und Handlungen. Der Staat, dem sie innewohnt steht aber auch in Konkurrenz zu anderen, sodass die Ratio dieser Regierungskunst nach einem Gleichgewicht verlangt. Während also nach Außen hin „diplomatisch-militärische Apparate“ entstehen, gilt es nach Innen hin die Bevölkerung zu führen. (vgl. ebd.: 19ff.). Folglich „[...] soll im Inneren des Staates alles reglementiert werden [...]“ (ebd.: 21), denn wie Foucault ausführt: „Der Gegenstand der Polizei ist ein gleichsam unendlicher Gegenstand.“ (ebd.) Folglich verlangt er nach einer Begrenzung. Hierzu hätte es eine ganze Reihe von Ansätzen aus unterschiedlichen Richtungen gegeben. Hervorzuheben sei aber das Recht, das seinem Wesen nach außerhalb der Staatsräson zu stehen schien, weshalb es als Prinzip der Begrenzung der Regierung in Erscheinung treten konnte (vgl. ebd.: 21f.).

Was regelt nun aber die gouvernementale Vernunft selbst? Es könne nicht das Recht sein, argumentiert Foucault, weil das Recht keine „faktische“ Begrenzung bedeute. Mitte des 18. Jahrhunderts ist es eine andere Lehre, die der Regierung ihre Grenzen aufzuzeigen vermag: Es ist die Politische Ökonomie, die genauso „faktisch“ wie „allgemein“ ist und darum umstandslos Gültigkeit beanspruchen kann (vgl. ebd.: 25f.). Sie sei „[...] im Grunde das, was die Selbstbegrenzung der gouvernementalen Vernunft zu sichern ermöglicht hat.“ (Foucault, 2006: 30) Und zwar tut sie dies, indem sie als Schiedsinstanz der richtigen Handlungsweisen auftritt. Denn mit Foucault gesprochen, lautet die Grundfrage des Liberalismus: „Was ist der Nutzwert der Regierung und aller Regierungshandlungen in einer Gesellschaft, in der Tausch den wahren Wert der Dinge bestimmt? [...]“ (ebd.: 76) Nun, es ist unschwer festzustellen, dass das Funktionieren der Ökonomie selbst Ziel und Nutzen dieser Art zu regieren ist. Hier kommen Vorstellungen ins Spiel, wie etwa die Metapher der unsichtbaren Hand (engl. *invisible hand*) von Adam Smith (1723-1790), die, folgt man seinen Ausführungen, geleitet durch die partikulären Interessen der Einzelnen zum Wohlstand aller führt. Das Entscheidende hierbei ist, dass sie es ohne Zutun einer Regierung tut (vgl. Foucault, 2006: 382f.). Deswegen soll vor allem die wirtschaftliche Freiheit nicht eingeschränkt werden. Letztlich erschließe sich hierdurch auch die eigentliche Bedeutung des Wortes „liberal“, „[...] weil diese Regierungspraxis, die im Begriff ist, sich durchzusetzen, sich nicht damit begnügt, diese oder jene Freiheit zu respektieren oder zu garantieren. Im tieferen Sinne vollzieht sie die Freiheit.“ (Foucault, 2006: 97) Die neue Art zu regieren fällt mit dem Management der Freiheit zusammen und ist weniger der Imperativ der Freiheit als eine ständige Möglichkeit zur Freiheit. Denn „[d]er Liberalismus nimmt sich vor, sie in jedem Augenblick herzustellen, sie entstehen zu lassen und sie zu produzieren mit der [Gesamtheit] [...] von Zwängen, Problemen und Kosten, die diese Herstellung mit sich bringt.“ (Foucault, 2006: 99) Die Kostenrechnung ist im Prinzip einfach, sie ist die Sicherheit, die es in jedem Fall zu bestimmen gilt. Folglich sind die Sicherheitsstrategien das Gegenstück des Liberalismus, seine Grundbedingung. Das Verlangen nach Sicherheit begründet schließlich auch eine „Kultur der Gefahr“¹², die im 19. Jahrhundert verbreitet ist (vgl. ebd.: 99ff.; Lemke, 2004). Auch hier wird, wie sich später herausstellt, eine ökonomische Antwort gefunden werden. Im 20. Jahrhundert hat diese Antwort, wenn auch über Umwege, allgemeine Gültigkeit erlangt. In der *Risikogesellschaft* (Beck, 1986) sind Versicherungen omnipräsent.

¹² Einen guten Überblick liefert der Text „Eine Kultur der Gefahr“ – Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus von Thomas Lemke (2004).

Foucault beginnt seine Analyse zur Ausbreitung neoliberaler Regierungsweisen mit dem Befund einer historischen Staatsphobie. „Eine Staatsphobie, die sich durch viele zeitgenössische Themen hindurchzieht und sich sicherlich seit langem aus vielen Quellen gespeist hat [...]“ (Foucault, 2006: 113) Sie sei ein deutlicher Hinweis auf die, im Laufe der Geschichte immer wieder auftretenden, Krisen der Gouvernamentalität, eine „[...] Kritik des Despotismus, der Tyrannei, der Willkür [...]“ (ebd.) Eine Kritik, die sich, so Foucault, an der „sowjetischen Erfahrung“ seit den 1920er-Jahren, oder der „deutschen Erfahrung“ des Nationalsozialismus entfachte, die aber genauso der „englischen Planung“ nach dem Zweiten Weltkrieg entgegengesetzt wurde (vgl. ebd.: 113). Dieser Kritik, die sich gegen den Staat richtet, möchte Foucault aber gerade nicht mit einer Staatstheorie entgegentreten. Obwohl der Prozess der Staatsbildung im Zentrum seines Interesses steht, verzichtet Foucault darauf den Staat auf etablierte Weise zu erklären (vgl. ebd.: 114f.). Dies, zum Einen, „[...] weil nämlich der Staat gar kein Wesen hat [...]“ (ebd.: 115), zum Anderen, weil er „[...] nichts anderes als der bewegliche Effekt eines Systems von mehreren Gouvernamentalitäten [ist].“ (ebd.) Vom Staat könne man daher nicht als „Universale“ oder „autonome Machtquelle“ sprechen, denn der Staat sei nichts anderes als Wirkung (vgl. ebd.). Eine Wirkung, die aus einer Vorstellung, wie der Staat zu sein hat, hergestellt wird und sich dabei in Praktiken übersetzt. Dabei unterlässt es Foucault eine chronologische Herleitung der „gegenwärtigen Entwicklungsstufe“ zu verfassen, stattdessen wird die betreffende Stelle in *Die Geburt der Biopolitik* von einem Sprung in die Gegenwart des beginnenden Jahres 1979 markiert. Hier findet Foucault „zwei Hauptformen“ (ebd.) der neoliberalen Programmatik vor: Die „deutsche Verankerung“ seit dem Wiederaufbau sowie die „amerikanische Verankerung“, mit ihrer Politik des New Deal. Beide Richtungen wenden sich gegen einen gemeinsamen Gegner, der im Staatsinterventionismus des Keynes'schen Typus gefunden wird. Dabei verbinde die beiden Strömungen weit mehr als nur ein gemeinsamer Gegner: Es war „[...] eine ganze Reihe von Personen, Persönlichkeiten, Theorien, Büchern usw., die in Umlauf waren und von denen die wichtigsten im Großen und Ganzen aus der österreichischen Schule [...] kommen [...].“ (ebd.: 117)

Einen vorläufigen Punkt setzend, wendet sich Foucault, aus Gründen der Zeitersparnis, der ihm wichtiger erscheinenden Strömung zu: Dem deutschen Modell. Denn „[dieses] deutsche Modell, das sich ausbreitet und das in Frage steht, das deutsche Modell, das zu unserer Gegenwart gehört, [...] dieses deutsche Modell ist die Möglichkeit einer neoliberalen Gouvernamentalität.“ (Foucault, 2006: 269) Ganz Europa befand sich, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, in einer Phase des Wiederaufbaus und seiner gleichzeitigen Planung,

die daher eine faktische Interventionspolitik erforderlich machte, argumentiert Foucault. Doch anders als etwa in Italien, oder Belgien, wo lediglich liberale Wirtschaftsmaßnahmen ergriffen wurden, waren in Deutschland Maßnahmen ergriffen worden, um einen neoliberalen Wirtschaftsstaat zu schaffen (vgl. ebd.: 118ff.). Foucault redet von einem „taktischen und strategischen Trick“ (ebd. 123) der Strategen rund um Ludwig Erhard: „Es handelt sich darum, einen juristischen Notbehelf zu finden, um von einem Wirtschaftssystem zu verlangen, was man nicht direkt vom Verfassungsrecht oder vom internationalen Recht oder einfach von den politischen Partnern verlangen konnte.“ (ebd.) Die Gerissenheit bestand darin, meint Foucault, dem restlichen Europa und auch Amerika ein Deutschland in Aussicht zu stellen, das sich zwar im Wiederaufbau befand und über keinen Staatsapparat verfügte, aber freie Wirtschaftsbeziehungen garantierte (vgl. ebd.). Das Prinzip ist einfach: „Die Wirtschaft erzeugt Legitimität für den Staat, der ihr Garant ist.“ (ebd.: 124) Der angestrebte politische Konsens sei einer der wirtschaftlichen Freiheit gewesen. Dieser begründet, vor dem Hintergrund eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums, eine neue Geschichte Deutschlands (vgl. ebd.: 124f.). „Wir haben im zeitgenössischen Deutschland einen Staat, den man einen radikal ökonomischen Staat nennen kann [...]“ (ebd.: 126). Die theoretischen Wurzeln dieses Staates sieht Foucault in einer spezifischen Strömung liberaler Ansichten, dem sogenannten *Ordoliberalismus*, der nach der 1936 erstmals erschienenen Zeitschrift „*Ordo*“ benannt ist. Neben Publikationen von Theoretikern der Freiburger Schule und ihrem Umfeld sowie den Beiträgen der Herausgeber Walter Eucken und Franz Böhm, erschienen hauptsächlich Aufsätze von Ökonomen oder Juristen, von denen später einige hohe Staatsämter inne hatten. Vieles was hier in theoretischer Weise vorformuliert wurde, ist tatsächlich in die Praxis der deutschen Nachkriegswirtschaft eingeflossen (vgl. ebd.: 148ff.). „Die theoretische Grundlage dieser ordoliberalen Überzeugung liegt Foucault zufolge in der radikal antinaturalistischen Konzeption des Marktes und des Prinzips der Konkurrenz [...]“, fasst Thomas Lemke (2001: 4) zusammen. Es handle sich hierbei um eine These, die auf das „Überleben des Kapitalismus“ ziele. Denn, aus Sicht der *Ordoliberalen*, hatte es keinen historischen Kapitalismus gegeben, weil es keine Logik des Kapitals gegeben hatte. Folglich muss der Kapitalismus, um zu existieren, erst hergestellt werden (vgl. ebd.: 5; Foucault, 2006: 232). Und zwar in einer Weise, die eine „Wirtschaftsordnung“ hervorbringt, welche wiederum „[...] die Ökonomie [zum] Gegenstand sozialer Interventionen und politischer Regulationen [macht].“ (Lemke, 2001: 5) Diese Vorstellung der Herstellung neoliberaler Verhältnisse in Deutschland fasst Foucault folgendermaßen zusammen:

„Es wird kein Spiel des Marktes geben, das man unbeeinflußt [sic!] lassen soll, und dann einen Bereich, in dem der Staat zu intervenieren beginnen wird, weil eben der Markt oder der reine Wettbewerb, der das Wesen des Marktes ist, nur dann in Erscheinung treten kann, wenn er hergestellt wird, und zwar von einer aktiven Gouvernamentalität.“ (Foucault, 2006: 174)

Es geht also darum, Bedingungen zu garantieren, die das freie Spiel des Marktes zum Vorteil aller werden lassen. Man müsse die Freiheit des Marktes nicht unter die Aufsicht eines Staates stellen, vielmehr müsse man, umgekehrt, den Staat selbst unter die Aufsicht des Marktes bringen (vgl. ebd.: 168). Es sei diese Umkehrung gewesen, argumentiert Foucault, die es den *Ordoliberalen* gestattet hätte ihr Problem zu lösen, „[...] nämlich: ein Staat der nicht existiert, ein Staat den man legitimieren soll, ein Staat den man in den Augen jener akzeptierbar machen soll, die ihm am meisten mißtrauen [sic!].“ (ebd.) Eben dieser Staat ist, wenn man Foucaults Argumentation folgt, in der Form der neoliberalen Gouvernamentalität, wie sie in Deutschland herrscht, möglich geworden. Er trägt den Namen *Soziale Marktwirtschaft* und ist im Wesentlichen die Idee von der die *Ordoliberalen* ausgingen. Also eine „[...] Vorstellung von einem Markt, der beständig von politischen Regulierungen gestützt und von sozialen Interventionen (Wohnbau, Arbeitslosenunterstützung, Krankenversicherung, etc. begleitet werden muß.“ (Lemke, 2001: 9) Dem prinzipiellen Misstrauen gegen den Staat begegnen die *Ordoliberalen* also mit einer Subordination des Staates unter den Markt.

Letztendlich zielt diese Politik aber auf einen anderen Bereich ab: Denn, um die *Soziale Marktwirtschaft* erst einmal herzustellen, gilt es, die für sie vitalisierend wirkenden Faktoren zu kontrollieren. Folglich geht es in erster Linie darum, sie innerhalb der Bevölkerung zu verankern. Nun bestehe für die *Ordoliberalen* das Wesen des Marktes nicht im Tausch, der auf formaler Gleichheit basiere, sondern im Wettbewerb, der eine prinzipielle Ungleichheit voraussetze. Aus ihrer Sicht, könne nur der Wettbewerb die ökonomische Rationalität absichern. Die *Ordoliberalen* nehmen also ein klassisches Prinzip des Liberalismus aus dem 18. Jahrhundert wieder auf, brechen aber gleichzeitig mit dessen Tradition, an der Stelle, wo dieses ein *Laissez-faire* gegenüber dem Markt formuliert. Der Wettbewerb ist bei den *Ordoliberalen* keine natürliche Gegebenheit. Eigentlich, ergänzt Foucault, werde der reine Wettbewerb als Idealvorstellung niemals erreicht. Er soll und kann daher nur eine Zielvorgabe sein (vgl. Foucault, 2006: 171-173). In diesem Sinne, argumentiert Foucault, müsse die Regierung die *Soziale Marktwirtschaft* von vorne bis hinten begleiten. Dabei nehme die *Soziale Marktwirtschaft* der Regierung nichts weg, sondern sei ihre Anzeige, nach der alle Handlungen zu bestimmen sind (vgl. ebd.: 174).

„Man soll für den Markt regieren, anstatt auf Veranlassung des Marktes zu regieren.“ (ebd.) Der Neoliberalismus stelle sich damit, so Foucault (2006: 188), unter das Zeichen der Wachsamkeit, der Aktivität und der permanenten Intervention. Dabei sei die „[...] Aufteilung zwischen *Agenda* und *Nonagenda* [...] in den Augen der Neoliberalen eine naive Position [...]“ (ebd.: 190), denn es käme auf den Regierungsstil an. Was darunter gemeint ist, skizziert Foucault anhand der *Monopole*, dem Begriff der *konformen Wirtschaftsaktion*, sowie der *Sozialpolitik*. Foucault merkt an, dass das, was für den Neoliberalismus spezifisch ist, ihn genau dem entgegensetzt „[...] was man im allgemeinen zu kritisieren glaubt, wenn man die liberale Politik des Neoliberalismus kritisiert.“ (ebd.: 191)

So seien Monopole im Neoliberalismus kein eigentliches Problem, da sie in einer Wettbewerbswirtschaft nur eine Möglichkeit von vielen darstellen, die jedenfalls auch zeitlich begrenzt ist, weil „[...] es im Wirtschaftsprozess mittelfristig, wenn nicht gar kurzfristig, immer entweder Veränderungen der Produktivkräfte oder technische Veränderungen oder neue Märkte geben wird.“ (ebd.: 194) Vielmehr hingegen gelte es einen institutionellen Rahmen einzurichten, der verhindert, dass es Akteure gibt deren Interventionen darauf abzielen ein Monopol zu erschaffen (vgl. ebd.: 195f.).

Die Frage der konformen Wirtschaftsaktion verweist auf eine Theorie der richtigen Handlungen. Foucault paraphrasiert an dieser Stelle Walter Eucken, den Begründer der Freiburger Schule des *Ordoliberalismus*: „Man muß [sic!] [...], sagt er [Eucken, Anm.], nicht die Mechanismen der Marktwirtschaft beeinflussen, sondern die Bedingungen des Marktes.“ (ebd.: 197) Hier wird ein deutlicher Widerspruch zum klassischen Liberalismus formuliert, dessen Grundprinzip ein freier Markt ist. Nun, was bedeutet „frei“ in diesem Zusammenhang? Erstens, soll der Markt idealerweise *frei von* staatlichen Eingriffen sein, damit, zweitens, die Akteure des Marktes *frei zu* bestimmten Handlungsweisen sind. Damit formuliert der Liberalismus einen Dualismus der Freiheit, der im einen Fall eine Begrenzung der Regierung zur Folge hat und im anderen Fall eine Entgrenzung der Unternehmensform bedeutet. Wie kann also etwas wie der Markt kontrolliert werden, das der Vorstellung nach nur funktioniert, wenn es nicht berührt wird? Nun, die Antwort liegt bei den Existenzbedingungen des Marktes, das „[...] was die Ordoliberalen den »Rahmen« nennen. [...]“ (ebd.: 199) Es ist diese „Rahmenpolitik“ (ebd.), die es zu gestalten gilt. Die richtige Handlungsweise einer Regierung richte sich daher nicht auf die Preise oder auf den einen oder anderen Wirtschaftssektor, sondern auf den Rahmen selbst.

Wie kann also der Rahmen so gestaltet werden, dass sich die Marktwirtschaft durchsetzen wird? Hier liegt die Antwort, laut Foucault, bei den „[...] technischen, wissenschaftlichen, rechtlichen, demographischen, vereinfachend gesagt, gesellschaftlichen Gegebenheiten [...]“. (ebd.: 201) Folglich entwirft der Neoliberalismus eine Sozialpolitik, die dem Wohlfahrtsstaat diametral entgegengesetzt ist. Dort, wo der Wohlfahrtsstaat auf einen egalitären Zugang zu Konsumgütern bedacht ist, fördert die neoliberale Regierungsweise „ein Spiel von Unterscheidungen“ und der Ungleichheit (ebd.: 202f.). In ironischer Weise ergänzt Foucault das eben Gesagte mit einem Zitat, das er (fälschlicherweise) Wilhelm Röpke zuordnet: „»Die Ungleichheit«, sagt er, »ist dieselbe für alle.« [...]“ (ebd.: 203) Der Neoliberalismus strebt also in seinem Kern weder nach einer Gesellschaft der Disziplin, noch nach einer der Gleichheit, sondern zeichnet sich durch eine Förderung und „Optimierung von Differenzen“ aus (vgl. Lemke, 2001: 13). Diese sollen in einem freien Spiel der Kräfte – Foucault zitiert abermals Röpke – „»den Schwerpunkt des Regierungshandelns nach unten [...] verlegen.«“ (Röpke [o.J.]; zit. n. Foucault, 2006: 210) Dabei gehe es nicht etwa um die Herstellung von so etwas wie einem „sozialen Geflecht“ (ebd.), sondern „[...] darum, die Unternehmensformen, die gerade nicht in Form entweder von Großunternehmen im nationalen oder internationalen Maßstab oder von Großunternehmen vom Typ des Staats konzentriert sein sollen, zu verallgemeinern, indem man sie so weit wie möglich verbreitet und vervielfacht.“ (ebd.) Dieser Vorstellung nach kann also die Unternehmensform als der soziale Konsens angesehen werden, der von den ordoliberalen Theoretikern angestrebt wird. Zwar mag es auf den ersten Blick nicht ganz offensichtlich sein, doch artikuliert sich hierin auch ein Gegenentwurf zur Massengesellschaft und deren „Vereinheitlichung durch den Konsum“ (ebd.: 11). Thomas Lemke fasst zusammen: „Die Codierung der sozialen Existenz als ‚Unternehmen‘ war zugleich eine Politik der Ökonomisierung des Sozialen und eine „Vitalpolitik“, welche die Negativeffekte des ökonomischen Spiels auffangen sollte.“ (Lemke, 2001: 9) Wenn man in Betracht zieht, dass die Rahmenpolitik des Neoliberalismus eine ist, die eine „individuelle Sozialpolitik“ – also gerade keine sozialistische Sozialpolitik – anstrebt (vgl. Foucault, 2006: 205), dann ist klar, dass das Ziel der neoliberalen Sozialpolitik niemals darauf abzielt die gesamte Bevölkerung vor Risiken zu schützen. Stattdessen wird den Individuen die Freiheit zugedacht, selbst zu wählen welche Risiken sie annehmen. Daraus folgt für Foucault, „[...] daß [sic!] es nur eine wahre und grundlegende Sozialpolitik gibt, nämlich das Wirtschaftswachstum.“ (ebd.) Dabei kommt es, der Vorstellung der *Ordoliberalen* nach, zur Kapitalisierung der Einzelnen in der Gesellschaft, zur Vermehrung von Privateigentum und Rücklagen, die es dann gestatten eine „privatisierte Sozialpolitik“ (ebd.: 206) zu fixieren.

Diese wiederum ist, dem *ordoliberalen* Konzept nach das, was das zerstörerische Spiel des Marktes aufwiegt. Die „Privatisierung der Versicherungsmechanismen“ (ebd.) ist neoliberale Politik *par excellence*, weil es sich eigentlich um Gesellschaftspolitik handelt (ebd.: 207). Wenn nämlich die ökonomischen Prozesse für direkte Interventionen nicht zur Verfügung stehen, dann hat die neoliberale Rahmenpolitik in der Bevölkerung ihr Steuerwerk gefunden. Eine Bevölkerung, die dem Ideal nach zur „sozialen Ethik des Unternehmers“ (ebd.: 209) zurückgefunden hat. „Es geht darum, aus dem Markt, dem Wettbewerb und folglich dem Unternehmen etwas zu machen, das man die informierende Kraft der Gesellschaft nennen könnte.“ (ebd.: 210f.) Eine Kraft, die das Leitbild des Unternehmertums zur Schablone sämtlicher sozialer Prozesse macht. Hier kommt ein weiterer Aspekt hinzu: „[D]ie Gestaltung der Gesellschaft nach dem Modell des Unternehmens [...]“ (ebd.: 226) führt automatisch zum „Problem des Rechts“, sagt Foucault. Denn das Unternehmen ist nicht einfach eine natürliche Gegebenheit, sondern eine Form, die nur in einem Rechtssystem existieren kann. Somit kann „[...] die Geschichte des Kapitalismus [...] nur eine ökonomisch-institutionelle Geschichte sein.“ (ebd.: 231) Das Recht sei demnach nicht etwas, das zu den Wirtschaftsprozessen hinzukäme, sondern etwas das ihnen bereits innewohnt (vgl. ebd.: 230f.). Der Rechtsstaat wird in der liberalen Theorie im Allgemeinen als „positive Alternative“ (ebd.: 238) gegenüber dem Polizeistaat und dem Despotismus gesehen. Eine Rezeptionsweise, die im Nachkriegsdeutschland auf fruchtbaren Boden fällt: „Diese Idee, die Prinzipien eines Rechtsstaats in der Wirtschaft geltend zu machen, war natürlich eine bestimmte Weise, den Hitler-Staat zu verwerfen [...]“ (240f.), obwohl es nicht dieser Hitlerstaat gewesen sei, gegen den vorgegangen werden sollte, sondern gegen alle Formen der geplanten Wirtschaft (vgl. ebd.: 241). „Der Rechtsstaat, oder auch eine formale Wirtschaftsgesetzgebung, ist ganz einfach das Gegenteil eines Plans. [...] Er ist das Gegenteil der Planung.“ (ebd.: 241f.) In dieser Logik ist nicht der handelnde, tauschende oder konsumierende Mensch das Wirtschaftssubjekt, sondern das Unternehmen, welches gleichzeitig „[...] eine bestimmte Weise [ist], sich im Feld der Wirtschaft zu verhalten [...]“ (ebd.: 246). Die neoliberale Rationalität begreift den Mensch selbst als ein Unternehmen. Das *unternehmerische Selbst*, wie es Ulrich Bröckling (2007) beschrieben hat, führt sich selbst wie ein Unternehmen nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung.

Die Theorie des Humankapitals (siehe Foucault, 2006: 305ff.), die an der Chicagoer Schule entwickelt wurde, besagt, dass Individuen die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen rational –und in diesem Sinne unternehmerisch – verwenden. Neben allen Analysen zu Produktionsverhältnissen und Kapital, „[...] hat die klassische politische Ökonomie niemals die Arbeit selbst analysiert [...]“ (ebd.: 306). Die Theorie des Humankapitals versucht diese

Leerstelle zu schließen, indem sie den Begriff der Arbeit wieder in die Ökonomie einführt. Als „[...] Analyse der internen Rationalität, der strategischen Planung der Handlungen von Individuen [...]“ (ebd.: 310) untersucht die Theorie des Humankapitals, „[...] wie der Arbeiter die Ressourcen einsetzt, über die er verfügt.“ (ebd.: 311) Genauer gesagt, bedeutet das, „Arbeit als ökonomisches Verhalten“ (ebd.) zu dechiffrieren. Entgegen der Ansicht von Karl Marx, nämlich, dass der Arbeiter gezwungen ist seine Arbeitskraft zu verkaufen, erscheint die Arbeit aus dieser Sicht als „Maschine“ und als „Kompetenz“ (vgl. ebd.: 312). Hinsichtlich des *Unternehmerischen Selbst* erscheint daher nicht mehr so etwas wie die Vorstellung von einer Arbeitskraft relevant, sondern „[...] eine Vorstellung der Kompetenz als Kapital [...]“ (ebd.: 313). Während die „Maschine“ der Arbeit, wie herkömmliche Maschinen auch, dem Verschleiß und der Überalterung ausgesetzt ist, kann in das „Kapital“ investiert werden. Demgemäß obliegt es den Individuen, mit einer Investition in ihre Kompetenz, ihren Marktwert am Arbeitsmarkt zu steigern. Denn eine Investition in die Kompetenz bedeutet, dass die „Maschine“ produktiver eingesetzt werden kann. Foucault fasst diese Vorstellung folgendermaßen zusammen:

„Wenn es Innovation gibt, d. h., wenn man neue Dinge findet, wenn man neue Formen der Produktivität entdeckt, wenn man technologische Erfindungen macht, dann ist das alles nichts anderes als der Ertrag eines bestimmten Kapitals, nämlich des Humankapitals, d. h. der Gesamtheit der Investitionen, die man auf der Ebene des Menschen selbst gemacht hat.“ (Foucault, 2006: 322)

Man findet bereits in den frühesten Arbeiten zur *Wissensgesellschaft* Argumentationslinien die geradewegs zu ebendiesem Standpunkt führen. Der Aufsatz des amerikanischen Soziologen Robert E. Lane „*The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society*“, aus dem Jahr 1966, führt nicht nur den Begriff ein, er enthält vor allem eine These, die Foucaults Ausführungen zu bestätigen scheint: Das Postulat eines im Abnehmen begriffenen, politischen Apparats des Staates, bei gleichzeitiger Zunahme des formalen Wissens in der Verwaltung. Das Primat des Ökonomischen im Wirtschaftsstaat wird hier mit dem Aufstieg der *Wissensgesellschaft* erklärt. Lane spricht dezidiert von einer sich durchsetzenden „Rationalität“ (Lane, 1966: 658), die man, mit Foucault, als gouvernementale Vernunft einer sich verändernden Art zu regieren entschlüsseln kann.

In der Folge gibt es in der *Wissensgesellschaft* eine primäre Wachstumspolitik: Die „Investition in Humankapital“ (vgl. Foucault, 2006: 322f.). „Man sieht, daß [sic!] die Wirtschaftspolitik, aber auch die Sozialpolitik, die Kulturpolitik und die Bildungspolitik aller

entwickelnden Länder sich nach dieser Seite hin orientieren.“ (ebd.: 323) Foucault formuliert an dieser Stelle einen Einwand, der höchst beachtenswert ist: Der Grundgedanke hierbei ist, dass das „Nicht-Anspringen“ der Wirtschaft in den Entwicklungsländern –Foucault spricht von der „Dritten Welt“– nicht etwa auf „Blockaden“ innerhalb der Wirtschaft zurückzuführen wäre, sondern auf das fehlende Investment in Humankapital (vgl. ebd.). Ein Verweis, dem es innerhalb der vorliegenden Arbeit zu folgen gilt, denn er markiert eine diskursive Wende im Entwicklungsbereich.

Mithin erscheint die Geschichte des Aufstiegs des Westens in einem neuen Licht, stellt Foucault fest, denn die alleinige Akkumulation physischen Kapitals vermag nicht ausschlaggebend gewesen zu sein (vgl. ebd.). Foucault führt seine Analyse des Entwicklungssystems an dieser Stelle nicht näher aus. Er wendet sich im Folgenden einer anderen Thematik zu, die ihn zur Frage des Sozialen zurückführt. „[E]s handelt sich um das Problem der Umkehrung des Verhältnisses des Sozialen zum Wirtschaftlichen [...]“ (ebd.: 332). Was ist damit gemeint? Nun, in erster Linie spricht Foucault die Deutungsweise sozialer Phänomene an, wie sie die amerikanischen Neoliberalen praktizieren: Die Neuordnung sämtlicher gesellschaftlicher Vorgänge nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Während die *Ordoliberalen* die Gesellschaft bis in ihre kleinsten und innersten Zusammenhänge zu einem Unternehmen machen wollen, „[...] stellt sich der amerikanische Neoliberalismus [...] mit einer auf andere Weise strengen oder vollständigen und erschöpfenden Radikalität dar.“ (ebd.: 336) Foucault spricht hier von einer „absoluten“ und „grenzenlosen Verallgemeinerung“ des Prinzips des Marktes und seiner Ausdehnung auf die Analyse des Sozialen (vgl. ebd.). Das Prinzip des Marktes dient als Kontrollprinzip des Staates, regelt aber, dieser Ansicht nach, auch individuelle Beziehungen. Es handelt sich hierbei um nichts Geringeres als die Konstatierung eines zutiefst behavioristischen Menschenbildes, das Modell eines Menschen, der alle seine Handlungen einer Kosten-Nutzen-Bilanz unterzieht. Worum es aber eigentlich geht ist nicht Individualpsychologie, sondern Gesellschaftspolitik, denn in einer undurchschaubaren Wirtschaftswelt, tritt der „[...] *Homo oeconomicus* als Partner, als Gegenüber, als Basis-element der neuen gouvernementalen Vernunft [...]“ (ebd.: 372) auf. Er ist das irreduzible „Interessenatom“ (ebd.: 399), in dem sich das Wirtschafts- und das Rechtssubjekt zu einem Ganzen verbinden.

Als „zentraler Referenz- und Stützpunkt“ (Lemke, 2001: 14) bildet der *Homo oeconomicus* die Schnittstelle, die theoretische Verbindung zwischen der neoliberalen Gouvernementalität und dem Wirtschaftsprozess.

Worum also werde sich die Regierung kümmern, fragt Foucault (2006: 393), wenn der Wirtschaftsprozess nicht ihr rechtmäßiger Gegenstand ist? „[Es] ist, glaube ich, die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft [...]“ (ebd.). Die bürgerliche Gesellschaft ist in gewisser Weise das Terrain, auf das sich alle Regierungshandlungen beziehen, das „neue Bezugsgebiet“, die „neue Wirklichkeit“ der Regierungskunst (vgl. ebd.: 405). Als Interventionsraum kann sie nur dann bestehen, wenn für sie konkrete Angriffspunkte bestehen. Insofern bedingen sich die bürgerliche Gesellschaft und der *Homo oeconomicus* wechselseitig, denn sie „sind [...] zwei unzertrennliche [Im Originalwortlaut „unverzichtbare“, Anm. d. Hg.] Elemente. [Beide] [...] gehören zum selben Ganzen, nämlich zum Ganzen der Technik der liberalen Gouvernamentalität.“ (ebd.: 406) In diesem Sinne, sagt Foucault, soll man sich hüten ihnen einen zu großen Grad an Wirklichkeit zuzugestehen, denn sie sind nur „Korrelate“ der modernen Regierungstechnik (vgl. ebd. 403ff.).

„Wenn man also verstanden hat, was dieses Regierungssystem ist, das Liberalismus genannt wird, dann, so scheint mir, wird man auch begreifen können, was Biopolitik ist“; stellt Michel Foucault in „*Die Geburt der Biopolitik*“ fest (vgl. Foucault, 2006: 43). Im Konzept der Biopolitik artikuliert sich eine bestimmte Art und Weise wie sich Politik auf das Leben selbst richtet. Was auf den ersten Blick banal erscheinen mag, stellt sich als die völlige Neuordnung des Politischen heraus, als ein deutliches Zeichen „[...] für eine historische Zäsur im politischen Handeln und Denken, die sich durch eine Relativierung und Reformierung souveräner Macht auszeichnet [...]“ (Lemke, 2007: 48). Im Unterschied zur Politik des Souveräns, die auf einer abschöpfenden Macht beruht, verlangt das produktive Prinzip der Biopolitik, statt ihrer Hemmung, nach der aktiven Förderung bestimmter Kräfte der Gesellschaft. Die Bevölkerung ist ein Produktionsapparat, sie ist die Bio-Masse, die es zu verwalten gilt. „Foucault [...] hat nachgezeichnet, wie das Auftauchen der Bevölkerung als epistemischem [sic!] Objekt einen Wandel der Gouvernamentalität impliziert und wie die Erfindung des Sozialen im 19. Jahrhundert auf die Mängel des klassischen liberalen Regierungsparadigmas reagiert.“ (Opitz, 2004: 21f.)

Zunächst soll hier, in Form eines kurzen Abrisses, die Begriffsgeschichte der Biopolitik skizziert werden, um klar zu machen, an welcher Stelle die Analysen Foucaults eingreifen. Der Text von Thomas Lemke, mit dem Titel „*Biopolitik. Zur Einführung*“ ist, jedenfalls im deutschen Sprachraum, die mit Abstand bedeutendste Arbeit hinsichtlich der begrifflichen Verortung der Biopolitik. Lemke setzt den Ausgangspunkt seiner Betrachtung direkt in die „polare Grundkonstellation“ des Begriffs, die für ihn in der „Zusammenführung von Leben

und Politik“ besteht (vgl. Lemke, 2007: 11). Folglich ergeben sich zwei zentrale Positionen, von denen die eine die „politizistische“, die andere die „naturalistische“ Position ist. Beide Sichtweisen, argumentiert Lemke, konzentrieren sich jeweils auf einen Pol des Bedeutungsfeldes, der Biopolitik, von dem aus sie den jeweils anderen Pol ihrer Erklärungsmuster unterziehen. Mit Rückgriff auf die Analyse Foucaults, möchte Lemke einen relational-historischen Begriff konstituieren, den er in seiner Arbeit sowohl gegen die „naturalistische“ als auch die „politizistische“ Position abgrenzt (vgl. ebd.: 12f.). In erster Linie markiere der Begriff „Biopolitik“ bei Foucault „[...] eine Zäsur innerhalb der Ordnung des Politischen: den »Eintritt der Phänomene, die dem Leben der menschlichen Gattung eigen sind, in die Ordnung des Wissens und der Macht, in das Feld der politischen Techniken«“ (Foucault, 1977: 169; zit. n. Lemke, 2007: 14). Dies wird mit der Entdeckung und Erschließung neuer Wissensfelder möglich, von denen Lemke die Statistik, die Demografie, die Epidemiologie und die Biologie aufzählt. Durch sie sei es möglich geworden die Vorgänge, die dem Leben eigen sind, auf dem „Niveau von Bevölkerungen“ zu untersuchen (vgl. ebd.). „Hier spielt der eigentümliche Subjekt-Objekt-Status der politischen Figur »Bevölkerung« eine wichtige Rolle“, schreibt Lemke (2007: 14). Denn die Bevölkerung ist sowohl etwas, das autonom und selbstregulierend ist, andererseits ist sie durch die Entdeckung ihrer „Natur“ steuerbar geworden. Es gelte also, führt Lemke fort, den Standpunkt Foucaults weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang seien die Publikationen von Giorgio Agamben, auf der einen Seite, und jene von Michael Hardt und Antonio Negri, auf der anderen Seite, die prominentesten Bezugnahmen auf die Foucault'sche Konzeption (vgl. ebd.: 14ff.).

Nun, worin besteht nun die Konzeption Foucaults? Zunächst sei vorweg gestellt, dass Michel Foucault sich zu einem Zeitpunkt in die Debatte einmischt, als die „ökologische Lesart“ der Biopolitik, zugunsten einer „technikzentrierten Variante“, immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird (vgl. ebd.: 41). Waren noch in den 1960ern und Anfang der 1970er-Jahre „[...] die ökologischen und demographischen Grenzen des ökonomischen Wachstums [...]“ (Lemke, 2007: 35) ein wichtiges Leitthema, so etablierte sich, markiert durch technische Neuerungen auf dem Gebiet der Gentechnologie, eine neue Sicht auf die Prozesse des Lebens. Die „naturalistische Logik“ der früheren Konzeption wurde abgelöst von den Visionen einer frei modifizier- und manipulierbaren Umwelt. So „[...] steht im Zentrum der technikzentrierten Version nicht mehr länger die Anpassung »der Gesellschaft« an eine ihr äußerliche »Umwelt«, sondern deren Modifikation und Transformation durch wissenschaftliche und technologische Praktiken.“ (ebd.: 41) Diese Verschiebung eignet sich hervorragend für die Entzündung politischer Debatten rund um eine Vorstellung der Verantwortlichkeit des

Menschen gegenüber der Natur. Dabei werde nicht erfasst, dass „[...] [d]ie Brisanz biopolitischer Fragen [...] ja gerade daher [rührt], dass sie nicht nur Gegenstand politischer Willensbildung sind, sondern das politische Subjekt selbst erfassen.“ (ebd.: 43) Demgemäß, argumentiert Thomas Lemke, verweise Biopolitik gerade auf „[...] »den Grenzbereich, in dem überhaupt erst die Unterscheidung zwischen Leben und Handeln *eingeführt* und dramatisiert wird. [...] Biopolitik ist insofern nicht eine neue Nebendisziplin bereits etablierter Politik, sondern ein Problemfeld im Kern der Politik selbst.«“ (Thomä, 2002: 102; zit. n. Lemke, 2007: 44) Der Begriff stelle somit die etablierte „topologische Ordnung“ innerhalb des Politischen in Frage. Die Abgrenzung zwischen der Domäne der Politik und dem was als Natur erscheint, sei weniger Ausgangspunkt als vielmehr der Effekt des politischen Handelns selbst (vgl. ebd.: 45). Lemke fasst zusammen: „Niemand hat diese Verschiebung in der Natur des Politischen deutlicher gesehen als Michel Foucault.“ (ebd.: 45) Deshalb breche Foucault mit den beiden, weiter oben vorgestellten, Auslegungen der Beziehung zwischen Leben und Politik. In seiner Analyse des historischen Prozesses, sei gerade das „Leben“ der Einsatz um den es in den politischen Strategien geht. Demnach repräsentiert Biopolitik eine „moderne Form der Machtausübung“. Gleichzeitig markiere sie den Einzug der Human- und Naturwissenschaften in politische Handlungsweisen und damit eine „fundamentale Veränderung“ derselben. Die Voraussetzungen hierfür seien einerseits umwälzende Produktionssteigerungen in Industrie wie auch Landwirtschaft und andererseits Wissensgewinne über den menschlichen Körper gewesen (vgl. ebd.: 47ff.). Während also auf der Ebene der Individuen die Mikrophysik der Macht zur Disziplin anhält, den Körper formiert, dressiert und korrigiert, kommen auf der Ebene der Bevölkerung Makrotechnologien des Politischen zum Einsatz (vgl. ebd.: 50). „Während sich die Disziplinen zunächst im Rahmen einzelner Institutionen und gesellschaftlicher Handlungsfelder wie Armee, Gefängnis, Schule, Krankenhaus entwickeln, wurde die Regulierung der Bevölkerung um die Mitte des 18. Jahrhunderts durch die Zentralinstanz des Staates organisiert.“ (ebd.: 52) Beide Ebenen bedingen sich wechselseitig und bedürfen des jeweiligen Gegenübers, auch wenn dieses Verhältnis, wie sich später zeigen wird, in einem postfordistischen Gegenwartsbefund seine Gültigkeit zum Teil eingebüßt hat. Mit einem Zitat Foucaults fasst Lemke zusammen: „Es lassen sich also zwei Serien unterscheiden: »die Serie Körper – Organismus – Disziplin – Institution; und die Serie Bevölkerung – biologische Prozesse – Regulierungsmechanismen – Staat«“ (Foucault, 1999: 289; zit. n. Lemke, 2007: 52). Somit sind Disziplinierung und Regulierung „verbundene Pole“, „Individuum“ und „Masse“ zwei Enden derselben politischen Technologie (vgl. Foucault, 1999: 280; zit. n. Lemke, 2007: 52). „Im Verlauf des 19. Jahrhunderts kommt es

Foucault zufolge schließlich zu einer Verknüpfung oder Kopplung beider Machttypen, die Foucault als »Dispositive« bezeichnet [...]“ (Foucault, 1977: 167f.; zit. n. Lemke, 2007: 53) Mit der Entdeckung der Bevölkerung, durch die sich neu formierenden Wissenschaften, entsteht im Liberalismus eine bestimmte Vorstellung von der „Naturalität der Gesellschaft“ (ebd.: 61). Neben der Natur, erscheint die bürgerliche Gesellschaft als „zweite« Natur“ (ebd.: 62), mit quasi-natürlichen Vorgängen, die untersucht werden können. Es herrschen organische Vorstellungen von Wachstum, sowohl der Bevölkerung, als auch der Wirtschaft, vor: „Die Politische Ökonomie, die als Wissensform im 18. Jahrhundert entsteht, ersetzt die moralisch-dirigistischen Prinzipien der merkantilistischen und kameralistischen Wirtschaftssteuerung durch die Idee einer spontanen Selbstregulation des Marktes und der freien Zirkulation der Menschen und der Waren.“ (ebd.: 62) Dieser Vorstellung einer natürlichen Selbstregulierung nach, soll man in die Natur nicht eingreifen. Dabei führe die Politische Ökonomie erstmalig Fragen nach Wahrheit und Selbstbeschränkung in die Regierungskünste ein, die aber gerade nicht zu einem Rückgang staatlicher Macht führen würden. Die liberale Bezugnahme auf das Natürliche diene gerade dazu, argumentiert Lemke, eine bestimmte Auffassung von Natur zu überwinden. Demgegenüber fordere die „Natur“ der Bevölkerung geradewegs zu Eingriffen auf. Es sind Eingriffe, die einen natürlichen Lauf der Dinge gewährleisten sollen, weniger „hemmend“ als „aktivierend“ (vgl. ebd.: 63f.). „Zur Kennzeichnung lebendiger Körper, die nun deutlicher als zuvor von künstlichen Gebilden abgesetzt werden, dienen jetzt Kategorien wie Selbsterhaltung, Fortpflanzung und Entwicklung [...]“ (Foucault, 1971; zit. n. Lemke, 2007: 65)

Lemke zufolge erneuert Foucault seinen früheren Begriff der Biopolitik, der ursprünglich das Hauptaugenmerk auf Bevölkerung und Körperpolitik gelegt hat, im Laufe der Vorlesungen von 1978 und 1979. Biopolitik wird hier nicht mehr nur als biologische oder physiologische Programmatik der Menschenführung beschrieben, sondern als Instanz der Subjektivierung¹³ erforscht (vgl. 65f.). Lemke schreibt: „Die Reformulierung des Konzepts der Biopolitik innerhalb einer Analytik der Regierung hat eine Reihe von Vorzügen. Zunächst erlaubt eine solche Untersuchungsperspektive, den Verbindungen zwischen physischem Sein und der moralisch-politischen Existenz nachzugehen: Wie werden bestimmte Wissensobjekte und Körpererfahrungen zu einem moralischen, politischen oder rechtlichen Problem?“ (ebd.: 66)

¹³ Im modernen Subjekt treffen sich Mikro- und Makroebene der Macht. Eine zweifache Konstituierung des Individuums, das nun, einerseits, disziplinierter Körper und, andererseits, Teil eines Gesellschaftskörpers, ist.

Die Vorlesungen von 1979 enden mit dem Aufzeigen einer Analyseperspektive, vermögen es jedoch nicht die Beziehung zwischen liberaler Regierungsform und Biopolitik vollends auszuarbeiten. Über der Mitte der Vorlesungsreihe angekommen, erklärt Foucault, dass er sich zu lange mit dem Neoliberalismus aufgehalten hätte (vgl. Foucault, 2006: 260). Innerhalb der *Gouvernementality Studies*, von denen erst etwa seit dem Beginn der 90er-Jahre die Rede sein kann, sind die Ansätze und Theorien Foucaults in verschiedenen Kontexten weiterentwickelt worden (vgl. Lemke, 2000). Deshalb fungieren die *Gouvernementality Studies* in der vorliegenden Arbeit als theoretisches Anschlussfeld einer gegenwartsbezogenen Analyse.

Der Wissensbereich der Ökonomie kann bis heute Gültigkeit als (Selbst-)Regulationsprinzip der Macht beanspruchen. Das Prinzip einer Wirtschaft, die auf Freiheit (der Märkte) beruht, ist gegenwärtig der allgemeine Bezugspunkt internationaler Abkommen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Der praktische Teil dieser Arbeit setzt sich mit dem Aufkommen der neoliberalen Regierungsform auseinander und untersucht ihr Zusammenspiel mit neuen Formen der Produktion und *immaterieller Arbeit* bzw. *digitaler Arbeit*. Der Neoliberalismus wird in den *Gouvernementality Studies* mit dem Abbau des Sozialstaates und dem Entstehen neuer Formen der (kommunitären und individuellen) Regierung- und Selbstregierung in Verbindung gebracht. Er konfrontiert dabei das Individuum mit einer paradoxen Freisetzung: Der Zwang der Disziplin von Außen weicht zunehmend neuen Formen subtilerer Zwänge von Innen. Die neuen Modi der Selbstführung korrespondieren mit neuen Subjektivierungsarten der zeitgenössischen, neoliberalen Gouvernementalität. Diesbezüglich hat Carolin Wiedemann die biopolitischen Führungsweisen auf Facebook, in Anlehnung an Louis Althusser, als digitale Modi der *Anrufung* thematisiert und damit gezeigt, dass eine gouvernementale Perspektive auf Facebook zu neuen Erkenntnissen führt (vgl. dies., 2011: 15-16, 38, 66ff.). Althussters Begriff der *Anrufung* scheint deshalb passend zu sein, weil er begreiflich macht in welcher Form die zwanglosen Anleitungen zeitgenössischer gouvernementaler Führungsweisen auf Facebook in Erscheinung treten. Dass die dadurch entstehenden Arbeitsweisen, Subjektivitäten und Arten der Selbstregierung im Entwicklungsbereich willkommen heißen werden, zeigen die Publikationen zu *Information and Communications Technologies* (ICT) der großen Internationalen Organisationen sowie unterschiedlicher nationaler und internationaler Planungs- und Durchführungsorganisationen (vgl. UN, 2012; UNCTAD, 2008; GIZ, 2013). Die ICT werden in direkten Bezugnahmen auf Entwicklung auch als *Information and Communications Technologies for Development* (ICT4D) bezeichnet.

Bereits der Begriff realisiert eine diskursive Verbindung von Kommunikation und Entwicklung, beziehungsweise Medien und Entwicklung. Facebook als ICT4D gliedert sich damit in eine globale biopolitische Agenda der Vernetzung und Informatisierung ein (vgl. Uimonen, 2012).

Entwicklung als *situative Verkettung* und Medien

In der modernen Konzeption von Entwicklung spiegelt sich eine grundlegende Asymmetrie der Macht, die eine historische Bedingung von Entwicklung ist und sich entlang einer gedanklichen Linie von Gegensatzpaaren wie etwa *reich/arm*, *Entwicklung/Unterentwicklung*, *Norden/Süden* artikulieren lässt. Auch eine Rhetorik der Partnerschaft im heutigen Entwicklungssektor, die eine formale Gleichheit artikuliert, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Macht und Mittel von Anfang an ungleich verteilt waren. Rückblickend betrachtet, kennzeichnen den Entwicklungssektor zahlreiche theoretische und praktische Verschiebungen. Für den theoretisch-institutionellen Diskurs ist kennzeichnend, dass dieselben Phänomene immer wieder mit anderen Begrifflichkeiten beschrieben wurden. Seine heutige Bedeutung verdankt der Entwicklungsbereich einer grundlegenden und globalen Transformation, bei der aus den – aus Sicht der Industrienationen – wirtschaftlich schwächeren Ländern, darunter viele vormalige Kolonien, neue Entwicklungsländer werden. Es erscheint daher folgerichtig, mit Konzepten zu arbeiten, die es ermöglichen, ebendiese Verschiebungen in Diskursen und Praktiken zu kennzeichnen und ihre Bedeutung für die Theorie zu thematisieren. Während die Asymmetrie der Macht eine Konstante im Entwicklungsbereich bleibt, lässt sich deutlich zeigen, dass sich viele Grundsätze der Entwicklungspraxis innerhalb weniger Jahrzehnte gewandelt haben. So auch die Rolle der Medien im Entwicklungsfeld. Begleitet wurde dieser historische Wandel des Entwicklungsektors von deutlichen Widersprüchen, Diskontinuitäten und Brüchen, die aber allesamt dem „Glauben an Entwicklung“ (Rist, 2010: 21ff.) keinen Abbruch getan haben. Umso folgerichtiger erscheint es daher, wenn ein theoretischer Corpus verwendet wird, der das Entwicklungsdenken und die Entwicklungstheorien selbst in Frage stellt. In der neueren Literatur, ab den 1980er-Jahren, wird Entwicklung in Anlehnung an Michel Foucault oftmals als Diskurs bezeichnet, wie etwa bei Arturo Escobar (1995) oder Gilbert Rist (2010). Escobars Publikation *„Encountering Development. The Making and the Unmaking of the Third World“* (1995) wird diesbezüglich oft als Standardwerk zitiert. Deutlicher als Rist bezieht sich

Escobar auf Foucault und dessen Methode der Diskursanalyse. Beide Autoren thematisieren das Entwicklungssystem aus einer historisch-analytischen Perspektive und verweisen auf seine inneren Widersprüche. Die Lektüre beider Werke macht deutlich, dass der interdisziplinäre Wissensbereich der Entwicklungsforschung als diskursives Feld aufgefasst werden kann, das stellenweise die Züge eines doktrinen Wahrheitsregimes annimmt. Mit Foucault argumentiert, vereinigt die Doktrin Diskurse, die sich gegenseitig stützen, wobei „[...] die einzige erforderliche Bedingung die Anerkennung derselben Wahrheiten und die Akzeptierung einer – mehr oder weniger strengen – Regel der Übereinstimmung mit den für gültig erklärten Diskursen [ist].“ (2012a: 28f.) Nichts anderes passiert im Entwicklungsfeld, wo Diskurse aus der Ökonomie, der Soziologie und der Politikwissenschaft, aber auch des Managements und der Medienwissenschaft zu einem neuen Diskurs verknüpft werden. Mein Vorschlag diesbezüglich ist, Entwicklung als *situative Verkettung* zu bezeichnen, um einerseits deutlich zu machen, dass der Wissensbereich als interdisziplinäres Feld fortlaufend diskursiven Einschreibungen aus anderen Disziplinen unterliegt und andererseits, um der Dynamik der stetigen Diskursverschiebung gerecht zu werden. Dabei soll nicht abgestritten werden, dass Entwicklung als ein eigenständiger Diskurs verstanden werden kann, sondern auf dessen Rolle als Schnittstelle hingewiesen werden. Eine Schnittstelle, die es ermöglicht ein globales Interventionsfeld herzustellen, auf das sich die – teils spontanen – theoretischen und praktischen Eingriffe einer neuartigen gouvernementalen Rationalität beziehen. Ein Vorteil dieser Betrachtungsweise ist, dass sie dem „Zerfallen“ der Entwicklung in Millenniumsziele (vgl. UN, 2000) gerecht wird die ihrerseits jeweils eigene Subthemen adressieren. Im Laufe dieser Arbeit soll gezeigt werden, dass Facebook ein nicht unbedeutender Teil dieser Schnittstelle geworden ist.

In der Entwicklungsforschung wird der Entwicklungsdiskurs meist analog zu Produktionssystemen analysiert, seltener wird untersucht, welche Rolle Medien hierbei spielen. Dabei wird die konstitutive Phase des Entwicklungssektors und seiner Institutionen im Fordismus angesiedelt, oftmals begleitet von der gedanklichen Figur der Massenmedien, wie sie bei Theodor W. Adorno und Max Horkheimer (1969/1944), Niklas Luhmann (1975, 1996) oder Gerhard Maletzke (1963) beispielhaft dargestellt wurde. Die Kritik in Manier der Frankfurter Schule (siehe Adorno / Horkheimer, 1969/1944) richtet sich auf eine orthodoxe Konzeption von Massenmedien, der ein Beigeschmack der Kontrolle, der Massifizierung und Manipulation anhaftet. Die manipulativen Botschaften entstammen einem zentralen Punkt, dem Sender, und erreichen von dort aus eine Unzahl – dem Prinzip nach unbegrenzte Masse –

an Rezipienten, die Empfänger. Nun kann aber kontrastierend eingewandt werden, dass bereits frühe Schriften, wie etwa Bertold Brechts Abhandlung *„Der Rundfunk als Kommunikationsapparat“* (1967/1932), aufzeigen, dass durchaus andere Konzeptionen angedacht wurden: „Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, [...] wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen.“ (Brecht, 1967/1932: 129) In einem Aufsatz mit dem Titel *„Wir müssen Reden. Kommunikation und Macht – ein gar nicht so ungleiches Paar“* schreibt Gottfried Oy dazu: „Von Sergej Tretjakov über Walter Benjamin, Bertolt Brecht, Hans Magnus Enzensberger, Oskar Negt und Alexander Kluge bis hin zu Norbert Bolz oder Friedrich Kittler steht die Möglichkeit, zugleich senden und empfangen zu können, als Chiffre für wahrhaft demokratische Verhältnisse.“ (Oy, 2000: 1) Dem liegt die Annahme zugrunde, dass durch eine schlichte „Umpolung“ (vgl. Tholen, 2002: 147) der Sender-Empfänger-Beziehung in gleicher Weise Verhältnisse der Macht umgekehrt werden. Den Empfänger mit einer individuellen Stimme auszustatten, oder wie Brecht es sagt – „sprechen zu machen“ – wird hier mit der Schaffung einer diskursiven Öffentlichkeit gleichgesetzt. Die vormals utopisch anmutende Vorstellung des Zusammenfallens von Sender und Empfänger ist im Laufe des 20. Jahrhunderts nicht nur zu einer allgemein verbreiteten medialen Technik avanciert, sie hat vor allem auch die Vorstellungen von Kommunikation im Entwicklungssektor entscheidend verändert und geprägt. Insbesondere vor dem Hintergrund der *digitalen Revolution* schien in den ehemaligen Industriestaaten die Radikalkonzeption der Demokratie – die elektronische Demokratie – genauso plausibel zu sein, wie die „Revitalisierung öffentlicher politischer Diskussionen“ (Hagen, 1997: 88 zit. n. Oy, 2000: 1). Wenn gemeinhin im Entwicklungssektor – wie bereits eingangs erwähnt – ein Mangel an öffentlich-politischen Diskussionen als Beleg für „Unterentwicklung“ gilt (vgl. Sosale, 2008: 85), dann ändern sich, im Zuge der *digitalen Revolution*, die Vorstellungen davon, was Entwicklung ist. Bisher wurde jedoch kaum eingehend thematisiert, wie die Medienutopien des Digitalen zur diskursiven Währung im Entwicklungsbereich geworden sind. Noch weniger wurde untersucht, welche Rolle dabei sogenannten Sozialen Medien zukommt. Oliver Leistert und Theo Röhle haben in ihrem Sammelband *„Generation Facebook. Über das Leben im Social Net“* aufgezeigt, welche kritischen Perspektiven gegenüber dem Phänomen Facebook in Stellung gebracht werden können. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit sollen die Buchbeiträge von Mark Andrejevic sowie von Mark Coté und Jennifer Pybus auf den Entwicklungsbereich bezogen werden.

In den anfänglichen Medienstrategien der Entwicklung wurden – entgegen der häufigen Kritik an Massenmedien – *Kontrolle*, *Massifizierung* und *Manipulation* plötzlich von ihren positiven Seiten her betrachtet, argumentiert A. F. Mathew, Associate Professor am Mudra Institute of Communication in Ahmedabad (Indien) (vgl. Melkote, 1991 zit. n. ders. 2010: o.S.). Salopp gefragt: Was konnte es Effektiveres geben, als die frohe Botschaft vom unaufhaltbaren Fortschritt und die Anleitungen zu seiner Umsetzung mit Massenmedien in alle Welt zu tragen? Während die frühen und frühesten Konzeptualisierungen einen direkten, machtvollen und uniformen Einfluss der Massenmedien postulierten, setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend die Erkenntnis durch, dass Massenmedien eher anleitend, führend oder verführend wirken, statt verhaltenssteuernd bzw. -befehlend (Melkote, 1991 zit. n. Mathew, 2010: o.S.). Trotzdem schien das Vertrauen in die Macht der Medien ungebrochen zu sein:

„However, the shift in emphasis regarding role of mass media from one of dominant and powerful influence to that of moderate or minimal effects did not make any significant difference of formulations advocating use of mass media for development in the III[rd] world countries. The view was that information and communication can be transferred to fields such as agricultural extension, health, education etc“ (Melkote, 1991 zit. n. Mathew, 2010: o.S.)

In den neueren Medienstrategien innerhalb des Entwicklungssektors läge großes Augenmerk auf medial vermittelter Selbsthilfe und der Partizipation auf Ebene der *Grasswurzelbewegungen* (grass root participation), schreibt Mathew (vgl. ebd.). Trotz dieser deutlichen Verschiebung, hinsichtlich der Rolle, die Medien im Entwicklungsfeld einnehmen, zeigt sich, dass diese Rolle nach wie vor essentialisiert wird. Die Rede ist hier von einer *medien-optimistischen Sichtweise*, worunter auch der *Technikdeterminismus* fällt, welcher aus der bloßen Möglichkeit der Kommunikation und Vernetzung ein emanzipatorisches und demokratisierendes Potential ableitet. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird zu zeigen sein, inwiefern die Vorstellungen von *Partizipation*, *Interaktion* und *Transparenz* zentrale Bezugsgrößen im diskursiven Feld der Entwicklung sind. Mit dem Aufkommen des Internets haben sich die Grundlagen „kommunikativen Handelns“ (Habermas, 1981) gewandelt, schreibt der Berliner Philosoph Byung-Chul Han (2013). Han postuliert nichts Geringeres, als das „Ende des kommunikativen Handelns“ in der Gegenwart (vgl. ebd.). Er geht davon aus, dass es im Internet(zeitalter) zu einer „Egoisierung“ der Individuen der allgegenwärtigen „Meinungsgesellschaft“ kommt und sich dadurch kein „Wir zum *kommunikativen Handeln*“ bilden ließe (ebd.: 9f.). Eine These, die es zu untersuchen gilt. Vorerst sei vorweg gestellt, dass da wo (scheinbar) selbstbestimmtes Kommunizieren völlig neue Möglichkeiten eröffnet, sich auch

neue Möglichkeiten der Führung und Selbstführung der Menschen ergeben. So auch im Entwicklungsbereich. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der historische Wandel in den Entwicklungsstrategien dazu beigetragen hat, dass *Soziale Medien* in der gegenwärtigen Entwicklungszusammenarbeit nicht nur selbstverständlich geworden sind, sondern darüber hinaus neue Handlungsweisen bedingen. Ihr Aufkommen im Entwicklungsbereich fällt in eine Zeit, in der Entwicklung als Gesamtzusammenhang zunehmend in Teilgebiete zerfällt. Die *Millennium Development Goals* der Vereinten Nationen adressieren nun *Armut*, *Bildung*, den *Zugang zu sauberem Wasser*, etc. in eigenen Zielen (vgl. UN, 2000). Der Entwicklungssektor ist dynamischer geworden und bedient sich dynamischerer Medien. Große Internationale Organisationen, aber auch nahezu alle führenden NGOs und Entwicklungsagenturen haben Soziale Medien implementiert (Braskov, 2012: 11f.). Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Millenniumsziele, haben ICD4Ds scheinbar weiteren Bedeutungszuwachs erhalten, weil sie die Aufmerksamkeit auf neue Entwicklungsziele richten (vgl. Smeltzer / Paré: 401; Hulme / Wilkinson, 2012).

III. ENTWICKLUNG IM FORDISMUS: DISZIPLIN & KONTROLLE

Institutionalisierung des Entwicklungsdenkens

Die Wirkmächtigkeit des Entwicklungsdiskurses rühre aus seiner Kraft zur Verführung. Mit dieser ersten Aussage, die einen deutlichen Vorgeschmack auf das noch Kommende liefert, eröffnet Gilbert Rist, Entwicklungsforscher am Institut universitaire d'études du développement (IUED) in Genf, seine oft zitierte Abhandlung über die Geschichte der Entwicklung (vgl. Rist, 2010: 1). Mittlerweile zu einem Standardwerk der Entwicklungsforschung geworden, erschien „*The History of Development. From Western Origins to Global Faith*“ erstmals 1996 in französischer Sprache, unter dem Titel „*Le développement. Histoire d'une croyance occidentale*“. Im Mittelpunkt der Publikation steht, wie der französische Titel deutlich anzeigt, die Darstellung des Entwicklungssystems als Glaubenssystem spezifischen Ursprungs. Dabei wird der „Glaube an Entwicklung“ in seinem speziellen Verhältnis zur Objektivität untersucht (vgl. ebd.: 2): Rist ging es in seiner Darstellung, wie er anmerkt, nicht darum, die zahlreichen Entwicklungstheorien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu diskutieren und dabei deren einzelne Standpunkte herauszuarbeiten, vielmehr steht das sie Verbindende im Vordergrund. Und das ist, mit Rist gesprochen, deren Behauptung eine objektive Sicht auf die Realität liefern zu können (vgl. ebd.). Woher kommt dieser Anspruch? Rist verortet ihn innerhalb einer spezifischen Tradition des Entwicklungsdenkens, dessen Wurzeln bis in die Antike reichen, das aber im Zeitalter der Aufklärung, getrieben durch einen massiven Wandel von Gesellschaft und Wissenschaft, eminente Bedeutsamkeit erlangt. Das Entwicklungskonzept ist also nicht etwas, schreibt Rist, das – wie manchmal behauptet wird – im Zuge des Dekolonialisierungsprozesses entsteht. Einerseits, weil seine Geschichte nachweislich weiter zurück reicht. Andererseits, weil es ein Konzept ist, das zu einem wesentlichen Teil innerhalb der Industrienationen selbst entstanden ist (vgl. 4).

Die Rolle des Kolonialismus bezüglich des Entwicklungsdenkens ist bis heute umstritten, es kann aber angenommen werden, dass das Entwicklungskonzept keinen so eindeutigen Ursprung hat, wie Rist es darstellt. So legen die Publikationen von Walter Schicho, Professor a. D. für Geschichte und Gesellschaften Afrikas, wichtiger Mitbegründer und langjähriger Leiter des Projekts "Internationale Entwicklung" an der Universität Wien, nahe, dass das Entwicklungsdenken auch auf Seite der „Entwicklungsstaaten“ eine Geschichte hat. Das Entwicklungsdenken ist ferner etwas, das über einen längeren Zeitraum hinweg, in einer asymmetrischen Austauschbeziehung entstanden ist.

Im Entwicklungssystem finden sich daher deutliche Kontinuitäten des vormaligen Kolonialsystems (vgl. Schicho, 2003, 2009). In einem Aufsatz mit dem Titel *„Von der Kolonie zur Souveränität: Aufbruchsstimmung, Hoffnung, neue Entwürfe“*, schildert Schicho den Zusammenhang von „Entwicklungsstaat und Wohlfahrtskolonialismus“ (vgl. Schicho, 2003: 205ff.). Er schreibt in Bezug auf die Zwischenkriegszeit: „Politiker und Experten in den Metropolen waren sich darin einig, daß [sic!] es eine staatlich finanzierte Entwicklung in den Kolonien brauche, um private Investitionen anzuregen und die unterschiedlichen kolonialen Vorhaben weiterführen zu können.“ (ebd.: 205) Das institutionalisierte Entwicklungsdenken bestand also demnach schon während des Kolonialismus, und nicht erst seit der Dekolonialisierung, wie Rist auch anmerkt. Die Dekolonialisierung, als Prozess der Reformulierung der Abhängigkeitsbeziehungen, ist auch für Schicho nicht der Anfang des Entwicklungsdenkens, trägt aber zu seiner Verbreitung in den vormaligen Kolonien bei:

„Nur in seltenen Fällen brachte die Unabhängigkeit den Bruch mit der Metropole – und selbst dann war der Abbruch der Beziehungen nicht von Dauer. [...] Eigene Bemühungen und fremde Hilfe sollten entsprechend den jeweiligen Vorstellungen eine nachholende Entwicklung (bis hin zum Standard der Industriestaaten des Nordens) und die gerechtere Verteilung des sozialen Produkts und der Produktionsmittel ermöglichen.“ (Schicho, 2003: 209)

Der generelle Befund hinsichtlich der im „Süden“ anwachsenden, staatlichen Souveränität läuft darauf hinaus, dass anfangs „[...] beinahe überall [...] Optimismus und [...] Glauben an die rasche Entwicklung unter der Führung einer starken nationalen Regierung [...]“ (ebd.: 209) verbreitet waren. Aber worin besteht das Konzept der Entwicklung, das einen solchen Optimismus, einen solchen „Glauben an Entwicklung“, von dem Gilbert Rist spricht, begründet? Bevor Rist eine Definition von Entwicklung vorschlägt, stellt er fest: Das Grundproblem aller Pseudodefinitionen von Entwicklung liege darin, dass stets eine Person oder eine Gruppe von Personen festlegt was die idealen Bedingungen der sozialen Existenz (anderer Menschen) sind (vgl. 10).

Der Entwicklungsbereich entspringt demnach bereits aus einer Situation der sozialen Ungleichheit, denn wie wir von Foucault wissen, steht von vornherein fest, wer in die rigide Ordnung der (Entwicklungs-)Diskurse eintreten kann und wer nicht. Es ist diese soziale Ungleichheit, die als Trennungslinie zwischen machtvollen Positionen der Deutungshoheit und jenen der Machtlosigkeit fungiert, zu deren Überwindung aber gleichzeitig die zahlreichen Entwicklungstheorien einladen.

Deswegen schlägt Rist eine Definition von Entwicklung vor, die von – teils mit sich im Widerspruch stehenden – Praktiken der Entwicklung ausgeht – ein Manöver, das wir ebenfalls von Michel Foucault kennen: Es geht darum, die einzelnen Diskurse nicht aus ihrer inhärenten Logik heraus zu bewerten, zu bestätigen oder zurückzuweisen, sondern anhand ihrer Praktiken einzuordnen. Insofern stellt Rists „*History of Development*“ eine Genealogie des modernen Entwicklungsdenkens dar. Rist untersucht Entwicklung als ein Set von Praktiken, die sich auf die Gesellschaft beziehen und dabei zu einer generellen Transformation und Zerstörung der Umwelt und sozialer Beziehungen führen, mit dem Ziel der Produktionssteigerung hinsichtlich wirtschaftlicher Waren (Güter und Dienstleistungen), gesteuert durch Tausch und Nachfrage (vgl. 13). Hervorzuheben ist, dass die Perspektive, die Rist einnimmt, wenn er das Augenmerk auf die destruktive Seite der Entwicklung legt, die diskursiven Grenzen der Entwicklungstheorien in den Mittelpunkt stellt. Für die Institutionen des Entwicklungssektors gilt: Entwicklung wird gemeinhin als Vektor der Emanzipation, des gesellschaftlichen und sozialen Fortschritts präsentiert. Deshalb erhalten gegenläufige Annahmen marginale Positionen in der diskursiven Ordnung des Entwicklungssektors. Im Speziellen werde der industrielle Prozess immer in Anbetracht seiner produktiven Seite betrachtet, nie hinsichtlich seiner destruktiven Seite (vgl. ebd.: 14). Hier erscheint ein Einwand angebracht zu sein: Erstens, sind gerade das Scheitern der Entwicklungstheorien in der Praxis und die daraus resultierende Kritik wesentliche Entstehungsorte neuer Entwicklungstheorien. Zweitens, stimmt es nicht, dass die destruktive Seite der industriellen Prozesse ignoriert wird. Vielmehr trifft es zu, dass sie aus Sicht der neoliberalen Gouvernamentalität der Gegenwart eigentlich ein lösbares Problem darstellt, weil sie in Form der *schöpferischen Zerstörung* (*creative destruction*) vitalisierend wirkt und allgemeiner gedacht, weil man sie ganz schlicht als *Kosten* (beispielsweise der Umweltzerstörung) in einer *Kosten-Nutzen-Rechnung* verstehen kann. Ganz simpel gesprochen – übersteigen die Kosten den Nutzen, kommt es der Vorstellung nach automatisch zu einer Begrenzung der Produktion. Freilich ist damit noch nicht gesagt, wer die Kosten – etwa der Umweltzerstörung – zu tragen hat. Aber selbst wenn die Praxis in weiten Bereichen gezeigt hat, dass die zerstörerische Seite unzweifelhaft eine Realität von Entwicklungsprogrammen ist, oftmals sogar die positiven Effekte überwiegt, ist der „Glaube an Entwicklung“ bis heute ungebrochen. In gewisser Weise sind es gerade die Rückschläge in der Entwicklungspraxis, die zu Aufrufen noch entschiedener einzugreifen antreiben.

Entwicklung als „moderne Religion“

Wenn Rist vorschlägt Entwicklung als „Element einer modernen Religion“ zu betrachten, dann liegen die Vorzüge dieser Betrachtungsweise darin, schreibt Rist, dass sie einerseits eine Erklärung liefert für die Diskrepanzen zwischen der soziologischen Sichtweise und der „Vision der Entwicklungsgläubigen“ (*believer's vision*), aber andererseits zu erklären vermag, wieso diese Widersprüchlichkeiten dem „Glauben an Entwicklung“ in keiner Weise Abbruch tun (vgl. ebd.: 23). Rists Vergleich von EntwicklungsexpertInnen mit christlichen Gläubigen (vgl. ebd.) verfolgt eine Argumentation, die mit Foucaults Postulat von der Ausbreitung christlicher Pastoraltechniken in säkulare Bereiche in indirekter Beziehung steht. Beide Autoren setzen das Phänomen der Moderne an den Ausgangspunkt ihrer Ausführungen. Für Foucault übersetzen sich christliche Machtpraktiken in gouvernementale Führungsweisen der liberalen Regierung. Rist hingegen untersucht, wie sich der Entwicklungsdiskurs gegenüber den modernen Konzepten der *Zivilisation*, der *Modernisierung* und der *Befreiung* (unterdrückter Völker) absetzen und schließlich zum Leitdiskurs werden konnte. Beide Standpunkte beziehen sich auf den epistemischen Raum der Moderne und behaupten einen Übertritt von Elementen der christlichen Tradition in die neoliberale Gouvernamentalität. Wenn also Rist von Entwicklung als Teil einer „modernen Religion“ spricht, dann ist diese Religion nichts anderes als das Glaubenssystem – oder genauer Rationalitätsmodell – des Liberalismus, der in zentralen Punkten auf dem Entwicklungsdenken selbst aufbaut und eine ganze Reihe von diskursiven Parallelen und Überschneidungen aufweist. Diese reichen von Metaphern der Schöpfung, Evolution und Entfaltung, über Vorstellungen des Wachstums, bis zu Konzepten des Fortschritts und der Modernisierung. Für Rist setzt sich Entwicklung aus zwei Teilen zusammen:

„‘Development’ thus appears to be a belief and a series of practices which from a single whole of contradictions between them.“ (Rist, 2010: 24)

Darüber hinaus stellt die Metapher der Entwicklung für Rist eine Überführung des Natürlichen in das Soziale dar [ein Hinweis auf die immanente biopolitische Dimension, Anm.]. Was das Verständnis von Entwicklung aber so kompliziert macht, ist, dass Entwicklung die Geschichte selbst als etwas Natürliches erscheinen lässt (vgl. ebd.: 26f.). Auch in diesem Punkt stimmt Rist mit Foucault überein: Geschichte ist nicht etwas, das sich auf natürliche Weise entwickelt und entlang einer gedachten Linie von Ereignissen beschrieben werden sollte.

Rist argumentiert, dass sich diese lineare Auffassung von Geschichte gegen Ende des 17. Jahrhunderts gegenüber einem zirkulärem Weltbild durchgesetzt hat:

„Thus, from the end of the seventeenth century, what had previously been unthinkable became quite reasonable: the intellectual landscape suddenly shifted, and the ideology of progress acquired a dominant position.“ (Rist, 2010: 37)

Die heutige Entwicklungszusammenarbeit leitet sich demnach in direkter Linie von der Ideologie der Aufklärung ab, schreibt Rist (2010: 39). Im Zentrum „westlichen Denkens“, führt er weiter aus, läge also eine Vorstellung von einer natürlichen Geschichte der Menschheit. Die „Entwicklung“ der Gesellschaft, des Wissens und der Gesundheit – all das sei hier an ein „natürliches“ Prinzip [der Entwicklung, Anm.] gebunden, das seinerseits (vormals) die Möglichkeit einer *großen Erzählung*¹⁴ begründet hat (vgl. Latouche, 1986 zit. n. Rist, 2010: 39). Der „natürliche“ Lauf des Fortschritts kann aus dieser Sicht nicht aufgehalten werden:

„In this view, the ‘order of things’ – that is, progress – cannot be stopped: ‘development’ is not a choice but the finality – and fatality – of history. (Rist, 2010: 40)

Entwicklung steht somit nicht nur in einem speziellen Verhältnis zur Geschichte, sie markiert gewissermaßen ihren fiktiven Endpunkt. Im alten Glauben an einen Fortschritt der Menschheit gab es nur eine geschichtliche Entwicklungsrichtung: nämlich eine, in der alle Länder, egal wie „unterentwickelt“ sie einmal waren, eines Tages auf dem Niveau der Industriegesellschaften ankommen. Nichts anderes postulierten die Theoretiker der Modernisierung¹⁵ Anfang der 1960er-Jahre, zu dem Zeitpunkt an dem sich das politisch-institutionelle Entwicklungsfeld vollends konstituiert hat (vgl. ebd.: 92ff.). Mit seiner Entstehung, als Rahmen für eine interventionistische Politik, kommt nun auch dem Wissensgebiet der Ökonomie eine bedeutende Rolle zu:

¹⁴ Als zentraler Vordenker des postmodernen Zustands (*La condition postmoderne*), hat Jean-François Lyotard diesen durch die Delegitimierung der „großen Erzählungen“ charakterisiert. Demnach verlieren die Meta-Konzepte der Moderne, wie etwa *Emanzipation*, *Freiheit* und *Fortschritt*, aber auch *Entwicklung*, ihre Glaubwürdigkeit. Sie erweisen sich als Erzählungen einer vergangenen Zeit (vgl. Lyotard, 2012/1979).

¹⁵ In ihrem Sammelband „*Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*“ haben Karin Fischer, Gerald Hödl und Wiebke Sievers, mitbegründende Forschende der Internationale Entwicklung an der Universität Wien, erstmals eine deutschsprachige Anthologie entwicklungstheoretischer Texte vorgelegt. Das erste Kapitel „Modernisierung und Wachstum“ stellt die Schlüsseltexte von Paul N. Rosenstein-Rodan (2010/1944), Walt Whitman Rostow (2010/1960) und Alex Inkeles (2010/1966) vor.

„The core of the doctrine had been clearly stated, the international organizations had managed to arouse widespread interest and to mobilize growing resources, decolonization was well under way, [...] and the rulers of the new Third World States had discovered ways in which they could themselves benefit from offers of international aid. The political preliminaries were over, we might say, so that economics was able to sweep onto centre-stage.“ (Rist, 2010: 92)

Unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, besteht die anfängliche Formel der Entwicklung aus einer Variable, von der sich alle anderen Bezugsgrößen ableiten lassen: Wirtschaftliches Wachstum ist der Motor der Entwicklung. Hierin besteht auch der zentralste Bezugspunkt zum Fortschrittsdenken seit dem 18. Jahrhundert, denn Wachstum ist die diskursive Währung im Glauben an eine lineare Geschichte des Fortschritts der Menschheit. Rist fasst zusammen:

„If the engine of ‘development’ is growth, the engine of growth is belief – and it is far from being shared by everyone.“ (Rist, 2010: 46)

Es scheint, dass die bloße Annahme des Wachstums bedeutsamer ist als Wachstum selbst, argumentiert Rist, weil sie bedeutet, dass die Vorstellungen von Wachstum immer wieder reproduziert werden. Das gleiche gelte für Entwicklung: Sind einmal die nötigen Grundannahmen, wie etwa ein lineares Geschichtsbild, und der sinngebende „Glaube an Entwicklung“ verfestigt, dann besteht im Grunde nur noch ein gangbarer Denkpfad, eine Art des retrospektiven Handelns. Deswegen sei die als Lösung (aller Probleme) präsentierte Entwicklung selbst das Problem und erzeuge immer weitere Probleme (vgl. ebd.). Darüber hinaus bestünde zwischen einer evolutionistischen (linearen) Auffassung von Geschichte und dem Konzept asymptotischen Wachstums ein grundlegender Widerspruch, schreibt Rist:

„It is contradictory to cling simultaneously to an evolutionist view of history (in which everyone has to attain the same ‘development’ in the end) and to an asymptotic representation of growth as the foundation of ‘development’.“ (Rist, 2010: 45)

Denn während die Zeit überall gleich weit voranschreitet, verlaufe der Wachstumsprozess per Definition nichtlinear, was zur Folge habe, dass das Gefälle zwischen armen und reichen Ländern tendenziell zunehme, anstatt abzunehmen (vgl. Rist / Rahnema / Esteva, 1992: 44 zit. n. Rist, 2010: 45).

Modernisierung und Massenmedien

Die ersten Theorien einer modernen Konzeption von Entwicklung, die im institutionellen Rahmen des Entwicklungssektors Widerhall fanden und zu einem „Programm mit globaler Reichweite“ (Fischer / Hödl / Sievers, 2010: 15) beitrugen, wurden von Theoretikern der Modernisierung formuliert. Sie stehen im Zeichen des Fortschrittsdenkens und teilen die Annahme einer evolutionären Entfaltung technischer und zivilisatorischer Errungenschaften der Menschheit entlang einer linearen Geschichte.

In den frühen Entwicklungstheorien, die durch die Ansätze der Modernisierungstheoretiker geprägt waren, wird ein Verständnis von Massenmedien artikuliert, wonach Massenmedien nicht nur als Zeichen für Modernität anzusehen seien, sondern gleichzeitig als zentrales Instrument ihrer Verbreitung und Durchsetzung (vgl. Mathew, 2010; Inkeles, 2010/1966; Sosale, 2008). Der Diskurs rund um Kommunikation und Entwicklung, schreibt Sujatha Sosale (2008: 86), besitze eine Genealogie, die mindestens bis in die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts zurückreicht – also an den Beginn der Internationalen Entwicklung, als der institutionelle Apparat der Entwicklung zu arbeiten beginnt. Demgemäß liegt in der vorliegenden Arbeit der Ausgangspunkt für die Analyse dieses Diskurses ebenfalls am Beginn der Entstehungsperiode des institutionellen Entwicklungsapparates. Arturo Escobar zufolge begründet das Entstehen dieses Entwicklungsapparates, das grob gesagt in den ersten zehn Jahren nach dem sich abzeichnenden Ende des Zweiten Weltkriegs stattfindet, ein Regime zur Regierung der „Dritten Welt“ (vgl. Escobar, 1995: 9; Rist, 2010: 69ff.). Escobar schreibt, dass aus dem Entwicklungsdiskurs ein extrem effizienter Apparat zur Wissensproduktion und gleichzeitigen Machtausübung gegenüber der „Dritten Welt“ hervorgegangen ist. Es handelt sich um ein gouvernementales Regime der geopolitischen Interventionen, argumentiert er, das einerseits „Subjekt-Nationen“ und andererseits einen Raum für „Subjekt-Völker“ (‘subject peoples’) (Bhabha, 1990: 75 zit. n. Escobar, 1995: 9) begründet. Dabei ist diese soziale Produktion eines Raumes verbunden mit der Produktion von *Unterschieden*, *Subjektivitäten* und *sozialen Ordnungen* (vgl. ebd. [Hervorh. AG]). Escobar kontextualisiert den Entwicklungsbereich innerhalb des epistemischen Raumes der Moderne, als moderne Praktik – oder wie er sagt – ein Kapitel von etwas, das er die „Anthropologie der Moderne“ nennt, also die generelle Betrachtung der „westlichen Moderne“ als kulturell spezifisches Phänomen der Geschichte:

„If it is true that there is an „anthropological structure“ (Foucault, 1975: 198) that sustains the modern order and its human sciences, it must be investigated to what extent this structure has also given rise to the regime of development, perhaps as a specific mutation of modernity.“ (Escobar, 1995: 11)

Der moderne Entwicklungsapparat lässt die *Unterschiede, Subjektivitäten* und *sozialen Ordnungen* als Natürlichkeiten einer Welt erscheinen, in der sich einige Regionen moderner und fortschrittlicher darstellen als andere. Die Rückständigkeit der „Dritten Welt“ erscheint dann als Realität aus der die Theoretiker der Modernisierung eine ganze Reihe an entwicklungsstrategischen Empfehlungen ableiten. Zu den prominentesten Werken der Modernisierung zählen unzweifelhaft die Texte von Paul N. Rosenstein-Rodan (2010/1944), Walt Whitman Rostow (2010/1960) und Alex Inkeles (2010/1966), die hier in der Reihenfolge ihrer Nennung diskutiert werden (vgl. Fischer / Hödl / Sievers, 2010).

Rückständigkeit

Paul N. Rosenstein-Rodan, veröffentlichte 1944, also noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mitten in den „[...] Diskussionen über den Wiederaufbau nach dem Krieg [...]“ (ders., 2010/1944: 27) seinen Text *„The international development of economically backward areas“*, eine Rede, die er im gleichen Jahr „[...] am Royal Institute of International Affairs hielt, einem britischen *think tank* zu Fragen internationaler Politik [...]“ (Fischer / Hödl / Sievers, 2010: 26). Darin äußert Rosenstein-Rodan die Ansicht, dass „[d]ie ökonomisch rückständigen Gebiete der Welt zu entwickeln [...] die wichtigste Aufgabe bei der Durchsetzung des Friedens [ist].“ (ebd.: 30) Rosenstein-Rodan teilt die zu entwickelnde, ökonomisch rückständige Welt in fünf Regionen ein, fünf geographische Zonen mit jeweils spezifischen Problematiken, die aber eine Gemeinsamkeit vereint: Es handle sich um Agrarländer, in denen eine hohe Bevölkerungsdichte relativ zu den fruchtbaren Böden bestehe. Die Bebauungsmethoden seien rückständig und relativ zu den Flächen gäbe es zu viele Einwohner, die deshalb von einer „versteckten Arbeitslosigkeit“ betroffen seien, aber die ländlichen Gebiete nicht verlassen könnten, weil anderswo keine Maschinen, Werkzeuge oder Fabriken existieren würden, um ihnen Arbeit zu geben. Darüber hinaus gäbe es keine adäquaten Ausbildungseinrichtungen (vgl. ebd.: 31f.). Deshalb gäbe es aus „globaler Sicht“ zwei Lösungen, die in Frage kommen:

„Die überzählige Bevölkerung könnte in reiche Länder umgesiedelt werden. Das ist allerdings eine eher ‚akademische‘ Lösung. [...] Der wichtigere Lösungsansatz folgt dem Prinzip ‚Wenn wir die Menschen nicht zu den Produktionsinstrumenten bringen können, können wir Produktionsinstrumente zu den Menschen bringen‘.“ (Rosenstein-Rodan, 2010/1944: 33)

Das nennt Rosenstein-Rodan „Industrialisierung“: Maschinen und Kapital zur Arbeitskraft zu bringen. Ein Vorgang, der auf zwei Wegen stattfinden könnte: Entweder durch eigene Kraft, oder mit fremder Hilfe. Weil aus eigener Kraft kaum möglich sei, im besten Fall viel Zeit in Anspruch nehmen würde und weil die meisten Länder wirtschaftliche Eigenständigkeit anstreben würden, hätte dieser Weg nachteilige Folgen für die Weltwirtschaft. Denn aus weltwirtschaftlicher Sicht wäre eine „ungeheure Verschwendung“ die Folge (vgl. ebd.: 33f.): „Die Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung würden geringer, wenn es zu keinen internationalen Aktivitäten in den rückständigen Entwicklungsgebieten käme.“ (ebd.: 34) Rosenstein-Rodan führt weiter aus: „Internationale Investitionen zu diesem Zweck würden die Weltwirtschaft auf eine solide Grundlage stellen. Selbst wenn sie sich nicht als unmittelbar profitabel erweisen würden, so wären sie ein geringer Preis für eine lange Periode des Friedens und der Stabilität.“ (ebd.: 35)

Gemäß dieser Vorstellung wäre der „Ferne Osten“, Rosenstein-Rodan spricht von China und Indien und weiten Teilen Asiens, aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen ein ungelöstes Problem. Damit dürften „[...] Investitionen in diesen Gebieten [...] in vielen Fällen Investitionen *à fonds perdu* sein.“ (ebd.: 37) Also ohne Aussicht auf Rückerstattung oder Gegenleistung. Demgegenüber scheint das Problem der Kolonien ein anderes zu sein, dort nehme Industrialisierung eine geringere Bedeutung ein, weil die wichtigste Aufgabe darin bestünde die landwirtschaftliche Produktion zu diversifizieren. „Ein weit geringeres Problem stellt der Nahe Osten dar. Dort könnten eine stark ausgeweitete Förderung des mineralischen Reichtums [Öl, Anm.] und die Erneuerung vernachlässigter Bewässerungssysteme dafür sorgen, dass der Lebensstandard erheblich steigt.“ (ebd.: 37f.) Das interessanteste Problem stellen für Rosenstein-Rodan die südlichen und östlichen Länder Europas dar, denn dort seien „Internationale Maßnahmen zur Lösung des Problems [...] sehr viel einfacher und könnten das erforderliche Resultat innerhalb von 20 bis 25 Jahren erreichen.“ Man könne davon ausgehen, „[...] dass diese Region Modellcharakter hat und sich dort all jene Probleme zeigen, die für den Wiederaufbau und die Entwicklung rückständiger Gebiete von Bedeutung sind.“ (ebd.: 38)

Entwicklungsstufen

Während Rosenstein-Rodan in seiner Einteilung der fünf „rückständigen Gebiete“ der Welt lediglich von technischen Prämissen der Entwicklung ausgeht und demgemäß Entwicklung als eine technische Lösung der Probleme vorschlägt, teilt der Modernisierungstheoretiker Walt Whitman Rostow die gesamte Welt, in seiner 1960 veröffentlichten Publikation „*The Stages of Economic Growth*“ in fünf Wachstumsstadien ein. Demnach sei es möglich, „[...] jede Gesellschaft in wirtschaftlicher Hinsicht einer von fünf Kategorien zuzuordnen: der traditionellen Gesellschaft; der Anlaufperiode, in der Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg (*take-off*) geschaffen werden; eine Periode des wirtschaftlichen Aufstiegs; der Entwicklung zur Reife; und dem Zeitalter hohen Massenkonsums.“ (Rostow, 2010/1960: 40)

Nun entstand Rostows Text zu einer Zeit der Blockkonfrontation, als der Kommunismus in den Beraterkreisen der US-Administration, wo Rostow als hochrangiger Berater der demokratischen US-Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson tätig war, als handfeste Bedrohung angesehen wurde. Der englische Untertitel, „*A Non-Communist Manifesto*“, weist deutlich auf die ideologische Position hin, die der Text einnimmt. Obwohl sich Rostows Kritik also dezidiert gegen den Kommunismus richtet, teilt er mit seinem theoretischen Hauptgegner Karl Marx ein ganze Reihe an Vorstellungen (vgl. Fischer / Hödl / Sievers, 2010: 39). Das betrifft zum Einen „[...] die zentrale Rolle, die der Technologie im historischen Prozess [der Entwicklung] beigemessen wird, aber auch ein evolutionistisches Geschichtsmodell mit einem Endpunkt, den alle Gesellschaften erreichen sollen.“ (ebd.) Demnach befinden sich sogenannte „traditionelle Gesellschaften“ auf der ersten und untersten Stufe der Entwicklung, in einer Art vornewtonschem Stadium: „Newton steht hier als Symbol für jenen Wendepunkt in der Geschichte, als Menschen schließlich allgemein daran zu glauben begannen, dass die Außenwelt einigen wenigen ergründbaren Gesetzen unterliege und systematisch produktiven Manipulationen zugänglich sei.“ (Rostow, 2010/1960: 40) Dadurch dass die „traditionellen Gesellschaften“ im wesentlichen Agrargesellschaften sind, schreibt Rostow, bliebe ihr Produktivitätsniveau relativ konstant und nach oben hin limitiert, was zur Folge habe, dass ein Gutteil ihrer Ressourcen zurück in die Landwirtschaft fließe (vgl. ebd.: 40f.). Die Obergrenze für die Produktion ergebe sich aus der Tatsache, „[...] dass die Möglichkeiten der modernen Wissenschaften und Technik entweder nicht verfügbar sind oder nicht regelmäßig und systematisch genutzt werden.“ (ebd.: 41) Nun, wie kann dieses Stadium des ewig Gleichen überwunden werden? Rostow schreibt, dass dies erstmals in

Westeuropa ab dem späten 17. Jahrhundert geschah, „[...] als die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie in neue Produktionsfunktionen übersetzt wurden.“ (ebd.: 43) Großbritannien sei der erste Staat gewesen, dem dies gelungen sei, indem er die nötigen Voraussetzungen hervorbrachte. In der neueren Geschichte sei es jedoch häufiger, dass Voraussetzungen von außen auf eine „traditionelle Gesellschaft“ hereinbrechen (vgl. ebd.). „Dieses Eindringen erschütterte – buchstäblich oder bildlich gesprochen – die traditionelle Gesellschaft und setzte ihre Auflösung in Gang oder beschleunigte sie.“ (ebd.)

Die ganze Tragweite von Rostows Konzeption erschließt sich jedoch erst, wenn mitbedacht wird, dass das Aufkommen eines neuen Wissens gleichbedeutend mit dem Aufkommen einer neuen Macht ist: Durch die Anwendung einer Foucault'schen Leseweise wird deutlich, dass Rostows Konzeption des gesellschaftlichen Aufstiegs gleichbedeutend ist mit der allmählichen Durchsetzung der liberalen Gouvernamentalität. Rostow schreibt:

„Die Erziehung wird zumindest für einige umfassender und passt sich den Notwendigkeiten der modernen wirtschaftlichen Tätigkeit an. Neue Typen unternehmerische Menschen treten auf den Plan – in der Privatwirtschaft, in der Regierung oder in beiden –, die gewillt sind Ersparnisse produktiv einzusetzen und Risiken einzugehen, um Gewinne zu erzielen oder um zu modernisieren.“ (Rostow, 2010/1960: 44)

Die Beschwörung eines rationalen Wirtschaftssubjekts, des *Homo oeconomicus*, als Ausgangspunkt des gesellschaftlichen Fortschritts in der zweiten Stufe der Entwicklung, der „Anlaufphase“, geschieht bei Rostow in einem Atemzug mit dem Postulat der Notwendigkeit neuer Erziehungstechniken. Rostow zufolge zeichnet sich die „Entwicklung zur Reife“ der Gesellschaft dadurch aus, dass die „[...] Wirtschaft [...] ihren Platz im internationalen Umfeld [findet] [...]“ (ebd.: 47) Die Erziehung zur Wirtschaftlichkeit und die Schaffung neuer „Typen unternehmerischer Menschen“, wie es Rostow es ausdrückt, leiten die Aufstiegsperiode ein (vgl. ebd.: 44f.).

Diese dritte Stufe ist für Rostow gekennzeichnet von der Durchsetzung des wirtschaftlichen Wachstums gegenüber Hindernissen und Widerständen: „Die treibenden Kräfte des wirtschaftlichen Fortschritts, der sich bis dahin nur in begrenzten Schüben und Enklaven moderner Aktivitäten äußerte, expandieren und beginnen die Gesellschaft zu dominieren.“ (ebd.: 45)

Das „Reifestadium“ einer Gesellschaft – die vierte Stufe – besteht für Rostow schließlich an einem Punkt, wo „[...] die Wirtschaft zeigt, dass sie fähig ist, über die ursprünglichen Industrien hinauszuwachsen, die ihren Aufstieg trugen, und die Errungenschaft der (zu diesem Zeitpunkt) modernen Technologie wirkungsvoll auf sehr viele ihrer Ressourcen – wenn nicht auf alle – anzuwenden.“ (ebd.: 48)

Das „Zeitalter des hohen Massenkonsums“, wie es Rostow ausdrückt – die letzte und fünfte Stufe – zeichnet sich durch eine Verschiebung der führenden Wirtschaftssektoren aus, ein Zuwachs von Konsumgütern und Dienstleistungen. Während für Rostow die USA Anfang der 1960er-Jahre gerade dabei sind diese Stufe allmählich zu überschreiten, seien Westeuropa und Japan damit beschäftigt sich darin zu orientieren, während die sowjetische Gesellschaft mit ihr kokettiere (vgl. ebd.: 49).

Moderner Mensch und Massenmedien

Nichts Geringeres als „Die Modernisierung des Menschen“ (im Orig. „*The modernization of man*“) schlägt Alex Inkeles (siehe ders. 2010/1966), Mitte der 60er-Jahre, in einer Vorstudie zu seiner 1974 erschienen Untersuchung „*Becoming modern: Individual change in six developing countries*“ vor. Inkeles vertritt bereits in der Vorstudie die Ansicht, dass Menschen unterschiedlicher Länder und Erdteile in unterschiedlichem Maße modern sind. „[Als] Professor für Soziologie in Harvard (später in Stanford) mit einer fundierten psychologischen Ausbildung, sah [er] Umfang und Verlauf von Entwicklungsprozessen durch kulturelle Faktoren bedingt, insbesondere durch die Persönlichkeitsmerkmale der jeweiligen Bevölkerung und ihrem Grad an ‚Modernität‘.“ (Fischer / Hödl / Siervers, 2010: 53) Rund 5000 junge Männer wurden im Rahmen der groß angelegten Hauptstudie (Inkeles / Smith, 1974) in sechs „Entwicklungsländern“ interviewt und gemäß einer Skala der „Modernität“ eingeordnet (vgl. Fischer / Hödl / Siervers, 2010: 53). Worauf diese Skala beruhte wird größtenteils in der Vorstudie geschildert und soll im Folgenden zusammengefasst werden.

Einen grundlegenden Faktor für „Modernität“ sieht Inkeles in urbanen Räumen: Die Stadt ist für Inkeles Ballungsraum für Massen und Ort der Differenzerfahrungen gleichzeitig. Der Bewohner urbaner Räume – Inkeles bezieht sich in seinem gesamten Text ausschließlich auf Männer – ist einer Vielzahl an Anstößen und Eindrücken ausgesetzt. Die Stadt nimmt für ihn zentralen Stellenwert ein, wenn es darum geht ein modernes Verhalten zu entwickeln: „Hier findet er nicht nur Menschenmassen, sondern auch Zugang zu allen möglichen Ressourcen

und Reizen, die das urbane Leben kennzeichnen. Unweigerlich gehören zu diesen Reizen die Massenmedien: Zeitungen, Radio, Kinofilme und vielleicht sogar das Fernsehen.“ (Inkeles, 2010/1966: 55) Die Stadt ist also nicht nur ein moderner Ort, für Inkeles ist sie vor allem *der* Ort der modernen Massenmedien. Das führt ihn zu einer ganzen Reihe von Annahmen. Er schreibt etwa: „Der moderne Mensch ist auch eher in der Politik eingebunden, vor allem in die nationale, da er Massenmedien stärker ausgesetzt ist.“ (Inkeles, 2010/1966: 56) Eine Schlussfolgerung, die vermittels ihrer Einfachheit und Naivität als exemplarisch für technokratische Positionen im Entwicklungsfeld angeführt werden kann. Massenmedien erscheinen gemäß dieser Sicht als Instrumente der Politisierung, nicht selten auch der Demokratisierung. Unklar bleibt, wie der Meinungsbildungsprozess mit politischem Handeln oder demokratischem Handeln in Verhältnis zu setzen ist. Inkeles betrachtet Massenmedien schlicht als Teil eines modernen Umfeldes, weil „[...] der Modernisierungseffekt der Massenmedien gesellschaftliche Gruppen beinahe aller Bildungsgruppen erfasst.“ (ebd.: 66) Der Modernisierungseffekt besteht für Inkeles in der Erweiterung menschlicher Erfahrung, wenn auch nur aus zweiter Hand. Sie vermitteln Vorstellungen über „[...] neue Werkzeuge, Konsumgüter, Transportmittel und eine Myriade neuer Handlungsweisen [...]“ (ebd.). Darunter falle, gemäß Inkeles, auch „effektives Verhalten“¹⁶ im technischen Sinne (vgl. ebd.). Massenmedien würden neue Wertmodelle und Verhaltensstandards präsentieren. Nicht alle davon, räumt Inkeles ein, würden gezwungenermaßen dem hier präsentierten Bild der „Modernität“ entsprechen. Aber: „Dem modernen Umfeld ausgesetzt zu sein, kann zum Wandel des traditionellen Menschen beitragen, es kann neue Umgangsformen erfordern. Dennoch kann der Mensch erst dann als modern bezeichnet werden, wenn er einen Geisteswandel vollzogen hat – wenn er sich bestimmte Arten des Denkens, Fühlens und Handelns angeeignet hat.“ (Inkeles, 2010/1966: 56) Aber worin besteht für Inkeles dieser „Geisteswandel“, den sein modernes Subjekt vollzogen hat?

In den hier folgenden neun Punkten formuliert Inkeles seine Definition des „modernen Menschen“: Erstens zeigt der „moderne Mensch“ eine „Bereitschaft für neue Erfahrungen“ (Inkeles, 2010/1966: 57), eine grundlegende „Aufgeschlossenheit für Innovationen und Veränderungen“ (ebd.). Weil er, zweitens, Meinungen zu zahlreichen Themen hat, schreibt Inkeles, vertritt er unterschiedliche „[...] Ansichten zu einer großen Anzahl von Problemen und Angelegenheiten [...]“ (Inkeles, 2010/1966: 58), die kennzeichnenderweise auch außer-

¹⁶ „Effektiv“ bedeutet hier in etwa das Gleiche wie „rational“, kurz: angepasst an den industriellen Produktionsprozess (in Fabriken). Der Produktionsprozess seinerseits fördert und belohnt diszipliniertes Verhalten.

halb seiner unmittelbaren Lebensrealität liegen. Inkeles postuliert eine Gleichsetzung, wonach der moderne Meinungsbürger immer auch ein demokratischer Mensch ist. Er schreibt: „Wir halten auch jenen Menschen für moderner, der in der Sphäre der Meinungen eine demokratischere Orientierung aufweist.“ Drittens ist er moderner, „[...] wenn er auf die Gegenwart oder Zukunft hin orientiert ist statt auf die Vergangenheit.“ (Inkeles, 2010/1966: 59) Der „moderne Mensch“ ist demnach vorausschauend, also, viertens ein Mensch der „Planung und Organisation“ (Inkeles, 2010/1966: 60). Das moderne Subjekt, das Inkeles hier voraussetzt ist außerdem pünktlich, umsichtig und gut organisiert (vgl. ebd.: 59f.) und dementsprechend, fünftens, ein Mensch der „Effektivität“ (ebd.: 60). Der Text weist an dieser Stelle eine Lücke auf, es findet sich keine schlüssige Erklärung, was mit dieser „Effektivität“ gemeint ist. „[...] Ein sechster Bereich [...]“, schreibt Inkeles, „[...] den wir dem Komplex der Moderne zuordnen und in unser Modell inkludieren, ist Berechenbarkeit. Unserem Verständnis nach hat der moderne Mensch mehr Vertrauen in die Berechenbarkeit seiner Welt [...]“ (Inkeles, 2010/1966: 61). Folglich steht der „moderne Mensch“, laut Inkeles, in einem grundlegenden Vertrauensverhältnis zu anderen Menschen und Institutionen seiner Umgebung. Der „moderne Mensch“ ist bei Inkeles ein *Mensch des Rechts* (vgl. ebd. [Hervorh. AG]). Er sei sich, gemäß dem siebten Punkt, „[...] der Würde Anderer eher bewusst und zollt ihnen eher Respekt.“ (ebd.) Weiters erstreckt sich das Vertrauen des „modernen Menschen“, gemäß dem achten Punkt, auch auf „Wissenschaft und Technologie“ (ebd.). Im neunten und letzten Punkt behauptet Inkeles schließlich, dass der „moderne Mensch“ an „Verteilungsgerechtigkeit“ glaubt: „Damit ist seine Überzeugung gemeint, Vergütungen sollen entsprechend der erbrachten Leistungen erfolgen und nicht nach Belieben oder besonderer Eigenschaften einer Person ohne Bezug zu ihrem geleisteten Beitrag.“ (ebd.) Dieses Ideal, der Glaube an Verteilungsgerechtigkeit, den Inkeles seinem „modernen Menschen“ zuschreibt, zeigt wohl am deutlichsten wie sehr Inkeles theorieverhaftet bleibt, und wie wenig er die tatsächliche Praxis berücksichtigt. Letztendlich beruft sich die Interventionsprogrammatik des Entwicklungssektors ja gerade auf einen Zustand, in dem grundsätzlich keine Verteilungsgerechtigkeit besteht. Deswegen kann man die Verteilungsgerechtigkeit, von der Inkeles spricht, als diskursives Element im Entwicklungsbereich verstehen, das in den verschiedenen Diskursen strategisch in Stellung gebracht wird. Die von Inkeles postulierte Orientierung des „modernen Menschen“ an Verteilungsgerechtigkeit scheint in der Praxis keine Bedeutung zu haben: Der industrielle Produktionsprozess und (die Ausbeutung weiter Teile der Welt über) die ihn durchziehenden Wertschöpfungsketten widersprechen der Logik der Verteilungsgerechtigkeit, die Leistung und Vergütung in ein direkt-

proportionales Verhältnis setzt. Was die industrielle Produktion dominiert, ist mit Michel Foucault gesprochen, ein ganz anderes Prinzip. Denn wenn eine bestimmte Verteilung eminente Wichtigkeit für den Produktionsprozess einnimmt, dann ist es die Verteilung der Arbeitstätigkeit, der einzelnen Handgriffe, innerhalb oder entlang der zeitlichen Dimension. Foucault schreibt: „Der Fortschritt der Gesellschaften und die Entwicklung der Individuen – diese beiden großen Entdeckungen des 18. Jahrhunderts entsprechen wohl den neuen Macht-techniken, den neuen Prozeduren des abteilenden, reihenden, zusammenfügenden und – zählenden Einsatzes der Zeit.“ (Foucault, 2012b: 207) Der disziplinierende Einsatz der Zeit ist einer, der das Handeln der Individuen, ihr Funktionieren im Produktionsprozess einer Verwaltung der Zeit unterwirft, die nicht nur Arbeits- von Freizeit unterscheidbar macht, sondern einzelne Tätigkeiten erfasst. Die Uhr als „Sakrament der Moderne“, um einen Ausdruck aus den Vorlesungen von Gerald Faschingeder, langjähriger Lehrender im Projekt Internationale Entwicklung an der Universität Wien, zu gebrauchen, verweist auf die Vorstellung einer „modernen Religion“ – oder besser gesagt „Moderne *als* Religion“ – die sich als Beherrschung der Zeit oder zumindest des kontrollierten Handelns in der Zeit darstellt. Da wo Zeit keiner Messung unterliegt, gibt es demnach scheinbar keine Moderne. Umgekehrt kann man die industrielle Produktion als großes taktgebendes Uhrwerk verstehen, die Fabriken als Metronome, die allesamt den Rhythmus des „modernen Menschen“, wie Inkeles ihn sieht, vorgeben. Dieser „moderne Mensch“ scheint in seinen Eigenschaften an den Produktionsprozess angepasst zu sein:

„Es handelt sich um Eigenschaften, die unseres Erachtens dazu beitragen, einen Menschen in einen produktiven Arbeiter seiner Fabrik, in einen effektiven Bürger seiner Gemeinschaft und in einen zufriedeneren und zufriedenstellenderen Ehemann und Vater in seinem Zuhause zu verwandeln.“ (Inkeles, 2010/1966: 62)

Während Inkeles staatlichen Institutionen, hierbei vor allem dem Militär, eine wichtige Rolle bei der „[...] Einführung des Menschen in die moderne Welt [...]“ (ebd.: 67) zuschreibt, kommt der Fabrik ein herausragender theoretischer – ein „zentraler Platz“ zu. Als moderne Institution, vermittele die Fabrik die durchgehend gleiche Botschaft, schreibt Inkeles (vgl. ebd.). Sie kann in Anlehnung an Foucault als moderne Subjektivierungsanstalt, als eine gleichzeitige Erzeugungsstätte sozialer und kultureller Normen, als Kernelement in einem Regime der Nationalökonomie betrachtet werden. Bei Inkeles wird sie als Instrument der Modernisierung und Entwicklung präsentiert, die Arbeit in der Fabrik als ein Leitbild modernen Lebens mit Vorbildfunktion:

„[...] [D]ie von einem modernen Management geführte und von moderner Personalpolitik geprägte Fabrik [ist] ein Beispiel für rationelles Verhalten, emotionale Ausgeglichenheit, offene Kommunikation und die Achtung der Sichtweisen, Gefühle und Würde des Arbeiters. Dies kann als leuchtendes Vorbild für die Prinzipien und Praktiken modernen Lebens dienen.“ (Inkeles, 2010/1966: 68)

Das Bild, das hier gezeichnet wird, vermittelt wenig über die Art der Rationalität, die in der Fabrik herrscht. Auch wird nichts über die Funktion der „offenen Kommunikation“ gesagt oder erklärt was „emotionale Ausgeglichenheit“ bedeutet. Mit Foucaults Konzeption der Disziplin lässt sich zeigen, worin die Rationalität der Fabrik besteht, die offensichtlich in einem Zusammenhang mit dem Auftauchen moderner Subjekte steht.

Disziplin im Produktionsapparat

Die Disziplin als die „politische Besetzung des Körpers“ (Foucault, 2012b: 37) ist die Herrschaft und Verwaltung der Produktivkräfte ebendieses. In der „Meisterung seiner Kräfte“ (ebd.), seiner Beherrschung artikuliert sich die „politische Ökonomie des Körpers“ (Foucault, 2012b: 37). Die Disziplin ist eine „[...] Mikrophysik der Macht, die [...] zwischen [...] [den] großen Funktionseinheiten [der Herrschaft, Anm.] und den Körpern mit ihrer Materialität und ihren Kräften [liegt].“ (Foucault, 2012b: 38) Kaum eine Macht ist subtiler, als eine, die in „gelehrige Körper“ (ebd.: 173ff.) eintritt und es dabei vermag ihre Effizienz zu potenzieren. Der Wirkungsbereich dieser „Mikrophysik der Macht“ (vgl. ebd.: 38f., 41, 178f.) beginnt bei den kleinsten Gesten, Haltungen und Bewegungen individueller Körper und dehnt sich auf den gesamten Gesellschaftskörper aus. Daher ist es keine Übertreibung, von der *Disziplinar-gesellschaft* zu sprechen. Foucaults Grundthese hierbei ist, dass es mit der zunehmenden Industrialisierung zur Einführung spezifischer Techniken der Führung kommt, die, einerseits, Individuen an den Produktionsprozess binden und, andererseits, zur Steigerung ihrer Produktivkräfte beitragen sollen. Fügbarmachung und Effizienzsteigerung verzahnen sich in der Disziplin, sowie Wissen und Macht in den Techniken der Führung. Es geht darum, den Mensch als (s)einen Körper zu „entwickeln“; aber meist nicht im Sinne einer sukzessiven Entfaltung seiner Fähigkeiten, die gerade vor dem Hintergrund des Fortschrittsdenkens einen ganz neuen Menschen in Aussicht stellen, sondern in der Weise, dass sie ökonomisch verwertbar werden. Der Imperativ des „Mach dich nützlich!“ liegt nun auf der sozialen Existenz der Einzelnen. Die, die seiner Stimme nicht folgen oder nicht folgen können, werden in der

herrschenden „Kultur der Gefahr“ (vgl. ebd, 2006: 99ff.; Lemke, 2004) als Störgrößen der sozialen Maschine detektiert. Demgegenüber ist der moderne Mensch als Maschine – Foucault verweist beiläufig auf den *Homme-machine* des Philosophen Julien Offray de La Mettrie – „[...] sowohl eine materialistische Reduktion der Seele wie eine allgemeine Theorie der Dressur, zwischen denen der Begriff der Gelehrigkeit herrscht, der den analysierbaren Körper mit dem manipulierbaren Körper verknüpft.“ (ebd.: 174f.) Der Schlüssel zur Beherrschung dieser Maschine ist ihr Inneres, argumentiert Foucault. Die Besetzung und Unterwerfung der Körper erfolgt dadurch, dass aus ihnen „Wissenobjekte“ (ebd.: 40) gemacht werden: „Die Verdoppelung [des Körpers] durch sein Unkörperliches [...]“ (ebd.: 41). Dieses Unkörperliche, die „Seele“ hat eine Wirklichkeit, schreibt Foucault, denn „[...] sie wird ständig produziert – um den Körper, am Körper, im Körper – durch Machtausübung an jenen, die man bestraft, und [...] an jenen, die man überwacht, dressiert und korrigiert [...]“ (ebd.) Es ist bezüglich des Themas der vorliegenden Arbeit erwähnenswert, dass Foucault an dieser Stelle neben Wahnsinnigen, Kindern und Schülern dezidiert von Kolonisierten und denjenigen, die an einen Produktionsapparat gebunden werden, spricht (vgl. ebd.). Gerade im zeitgenössischen Entwicklungssystem werden die vormals Kolonisierten meist zu denjenigen, die an einen Produktionsapparat gebunden werden sollen. Die gegenwärtige Entwicklungspraxis zielt insofern auf das Unkörperliche ab, als sie den Unternehmergeist beschwört und die Gelehrigkeit voraussetzt. Im diskursiven Feld des Kolonialismus wurde indes ausdrücklich für das Seelenheil der Kolonisierten gekämpft. So beispielsweise im Rechtfertigungsdiskurs der *mission civilisatrice*, die sich anschickte, die Geschicke der kolonialen Subjekte in ihre Hände zu nehmen. Ein Humanismus, der die Emanzipation verordnet, die er selbst, oft im gleichen Atemzug, wieder negiert. Ein Humanismus, der an der Schwelle zur Moderne entsteht und mit den Humanwissenschaften seiner Zeit gekoppelt ist. Es wäre falsch anzunehmen, dass mit dem Aufkommen eines neuen Wissens über den Menschen die Seele verschwindet. Im Gegenteil, die Seele, wie sie Foucault definiert hat, ist der Ort, an dem sich Macht und Wissen miteinander verschränken, „[...] das Zahnradgetriebe, mittels dessen die Machtbeziehungen ein Wissen ermöglichen und das Wissen die Machtwirkungen erneuert und verstärkt.“ (ebd.: 42) In den Wissenschaften verdunstet diese Seele und kondensiert in den unterschiedlichen Wissensgebieten, beispielsweise als Psyche, als Subjektivität, als Persönlichkeit, als Bewusstsein oder als Gewissen (vgl. ebd.). Man habe, schreibt Foucault, „[...] an die Stelle der Seele, der Illusion der Theologen, nicht einen wirklichen Menschen [...] gesetzt.“ (ebd.) Der Mensch, schreibt Foucault sei ein Gefangener seiner Seele:

„Der Mensch, von dem man uns spricht und zu dessen Befreiung man einlädt, ist bereits in sich das Resultat einer Unterwerfung, die viel tiefer ist als er. Eine »Seele« wohnt in ihm und schafft ihm eine Existenz, die selber ein Stück der Herrschaft ist, welche die Macht über den Körper ausübt. Die Seele: Effekt und Instrument einer politischen Anatomie. Die Seele: Gefängnis des Körpers.“ (Foucault, 2012b: 42)

Es ist dieses Innere des Menschen, auf das sich die Techniken der Führung einer modernen Gouvernamentalität beziehen. Und im Moment der Verinnerlichung dieser Techniken wird das geboren was Inkeles als „Rationalität“ oder „Effektivität“ des „modernen Menschen“ bezeichnet. Demnach erscheint der „moderne Mensch“ als diszipliniert und pünktlich, er zeichnet sich durch Regelmäßigkeit wie planerische Umsichtigkeit aus (vgl. Inkeles, 2010/1966: 59f.). Er besitzt aber nicht nur Disziplin, er ist vielmehr das Produkt der Disziplin: Eine Technologie der Kontrolle, die als „autonome Macht“ (Opitz, 2004: 33) der Organisation zu Tage tritt und deren „[...] Wirkungsweise als materielle Umcodierung der Existenz [...]“ (ebd.: 66) verstanden werden muss. Die Disziplin lasse sich, schreibt Sven Opitz, nicht einfach als Effekt der ökonomischen Transformation Ende des 18. Jahrhunderts beschreiben, sondern begründe ihre eigene Ökonomie: Zum Einen, weil sie „ökonomische Individuen“ erzeugt, „[...] die nach den Normen einer industriellen Gesellschaft mechanisiert sind.“ (vgl. Lemke, 1997: 71 zit. n. Opitz, 2004: 33). Zum Anderen weil sie selbst äußerst ökonomisch ist: Während die souveräne Macht ein Prinzip der absoluten Macht als Verschwendung der Macht formuliere, zeige sich, dass die Disziplin eine Macht der geringsten Verschwendung und höchstmöglichen Effizienz kalkuliere (vgl. Foucault 2001: 52 zit. n. Opitz, 2004: 33).

Taylorismus und Fordismus

Das eindringlichste Beispiel für dieses Kalkül des *zählenden Einsatzes der Zeit* (vgl. Foucault, 2012b: 207), stellen wohl die Studien von Frederick Winslow Taylor (1856-1915) dar, der die Anwendung der Disziplinarstrukturen in der industriellen Fabrikarbeit empfiehlt. Seine Prinzipien des *Scientific Management*, erregten große Aufmerksamkeit in den ersten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts. Vorwiegend in kritischen Bezugnahmen wird diese Lehre der effizienten Prozesskontrolle als *Taylorismus* bezeichnet. Opitz fasst die Methodik des *Scientific Management* so zusammen: „Isolierung der zu bewältigenden Aufgabe, Zerlegung des Arbeitsvorganges in kleinste Einheiten, Analyse und Protokollierung der einzelnen Abläufe sowie des jeweils benötigten physischen und zeitlichen Aufwandes.“ (ebd.: 93) Auf diese Weise wird der Produktionsprozess geglättet und rationalisiert: Etwaige Leerlaufzeiten

und nutzlose Tätigkeiten werden annulliert, während die restlichen Produktionsschritte nach dem Prinzip maximaler Effizienz neu geordnet werden. In dieser logistischen Verkettung füge sich der Arbeiter „quasi-mechanisch“ ein, schreibt Opitz. Auf der Grundlage einer Trennung von Hand- und Kopfarbeit bedürfe es nur mäßig qualifizierter Arbeitskräfte, denn der Produktionsprozess selbst sei hochgradig durchorganisiert (vgl. ebd.). Der *Taylorismus* sei in Europa schon vor 1914 aufgegriffen worden, als einer der provokantesten Aspekte der wirtschaftlichen Expansion Nordamerikas, schreibt der Historiker Charles S. Maier (1970: 29). Aus der Sicht enthusiastischer Befürworter des *Scientific Management*, bot sich in dessen konsequenter Ausweitung die Möglichkeit eine ganze Reihe gesellschaftlicher Probleme, darunter Klassenkampf und soziale Segregation, abzuschaffen (vgl. ebd.). Dies insbesondere, weil das utopische Angebot des *Taylorismus* darin bestand, auf allen Ebenen, vornehmlich in der Fabrik, aber schließlich auch in allen Sphären der Regierung und des sozialen Lebens, von Knappheit und Einschränkung zu befreien (vgl. ebd.: 32). Denn der *Taylorismus* stelle einen wissenschaftlichen Führungsstil der „maschinenorientierten Disziplin“ (ebd.: 30) in Aussicht, dessen dreiste Lehren der *Produktivität*, der *Expertise* und *Optimierung* eine neue Vorstellung von Klassenbeziehungen ermögliche, schreibt Maier (1970: 29). Der Ingenieur als berufliches Leitbild der aufstrebenden Mittelklassen, besitzt ein nichtwertendes, technisches Urteilsvermögen und ist, statt in Interessenskonflikten der Fabrik eingebunden zu sein, der Wahrung wissenschaftlicher Standards und der Objektivität verschrieben. Als meist gut bezahlte Fachkraft vereint ihn – aus ideologischer Sicht betrachtet – recht wenig mit dem Bild des schlichten Arbeiters bzw. der schlichten Arbeiterin (vgl. ebd.: 30). An dieser Stelle möchte ich einen weiteren Begriff einführen, der für das Verständnis der globalen Verbreitung der Disziplinarform der Gesellschaft von essentieller Bedeutung ist.

Der Begriff des *Fordismus*, der von Antonio Gramsci (1891-1937) geprägt wurde, bezeichnet ein spezifisches Organisationsprinzip der industriellen Produktion, wie es beispielhaft in Henry Fords Automobilfabriken zur Anwendung kam (vgl. Opitz, 2004: 96). Dazu gehört erstens eine *tayloristische* Rationalisierung der Zeit, Analyse und Technisierung der Arbeitsschritte, zweitens ein strikt hierarchisches Modell von Konstruktion, Entwicklung, Produktion und Vertrieb innerhalb des Betriebs sowie, drittens, die Vorrangstellung einer Ökonomie der Produktion gegenüber einer des Marktes, und schließlich, viertens, eine Koexistenz von Groß- und Kleinbetrieben zur Befriedigung von Individual- wie Massenbedürfnissen (vgl. Dörre 2001: 694f. zit. n. Opitz, 2004: 96). „Insgesamt beschreibt die fordistische Ökonomie einen Wachstumszirkel, basierend auf steigender Produktivität, steigendem Einkommen,

wachsender Massennachfrage nach standardisierten Massenkonsumgütern und Kapazitätsauslastung.“ (Elam 1994: 63 zit. n. Opitz, 2004: 96). Genau diese Regulationsweise betrachten die Modernisierungstheoretiker als die höchste Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung. Die *fordistische Disziplinargesellschaft*, die das „Zeitalter des hohen Massenkonsums“ – Rostows fünfte und letzte Entwicklungsstufe (siehe ders. 2010/1960: 49f.) – erreicht hat, gilt ihnen als Modell, das es in den „rückständigen Gebieten“ durchzusetzen gilt. Rostow selbst schreibt dazu: „Für die USA war der Wendepunkt vielleicht Henry Fords Fließband von 1913/14. Aber erst in den 1920er Jahren und im Nachkriegsjahrzehnt 1946-56 wurde dieses Wachstumsstadium [...] zu seinem logischen Abschluss gebracht.“ (ebd.: 50)

Facebook als „soziale Fabrik“ (Coté und Pybus, 2011: 62) lässt an andere Bilder „moderner“ – oder besser „postmoderner“ Menschen denken. Sein erzieherisches Potential resultiert nicht aus Zwang und Disziplin wie im *Taylorismus*, sondern aus der Verknüpfung von Möglichkeiten der (gemeinsamen) Identitätskonstruktion, der sozialen Online-Partizipation und Vernetzung mit Feedbackschleifen der Selbst- und Fremdbeobachtung (vgl. Wiedemann, 2011). Die „Erziehung zur Immateriellen Arbeit 2.0“ (Coté und Pybus, 2011) fußt deswegen auf ganz anderen Voraussetzungen, die in weiteren Kapitel der vorliegenden Arbeit detaillierter besprochen werden sollen. Soviel sei vorweggenommen: Es handelt sich um ein „performatives Spielfeld“ (ebd.), in dem sich die Mitglieder des Netzwerkes in relativer Freiheit wäghen (vgl. Han, 2013b: 76). Es verwundert deshalb wenig, dass im Rahmen internationaler Zusammenarbeit das ambivalente Verhältnis zwischen Teilhabe und Überwachung, aber auch zwischen einer neuen Art der *Produktion* (Andrejevic, 2011a) und neuen Möglichkeiten der *Ausbeutung* (Andrejevic, 2007, 2011b) gespalten wird, sodass in der Regel lediglich Freiheit, Partizipation und Vernetzung thematisiert werden – die Aspekte der Ausbeutung im Einschließungsmilieu oder *Enclosure* (Andrejevic, 2007) der digitalen Sozialfabrik, zu der Facebook unzweifelhaft gehört, bleiben weitgehend unsichtbar (vgl. Smeltzer / Paré, 2010; O’Dwyer /Doyle, 2012; UN, 2012; UNCTAD, 2008).

Reform des Kapitalismus

Nun, was geschah vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zum „logischen Abschluss“ der *fordistischen* Wachstumsperiode? Bei Michael Hardt und Antonio Negri (2003) findet sich eine schlüssige Schilderung des Entstehens der *fordistischen Disziplinargesellschaft* und ihrer sukzessiven Ausweitung in Gefolge des sogenannten *New Deal*. Die beiden Autoren gehen

davon aus, dass die Entwicklung des Kapitalismus am Beginn der 1920er-Jahre in eine Krise geschlittert war. Der Erste Weltkrieg markiere, als erster großer innerimperialistischer Krieg, eine deutliche Zäsur, die mit der Zäsur der Sowjetischen Revolution von 1917, eine Herausforderung für das „Kapital“ darstelle: „Das Kapital musste sich dieser Herausforderung stellen, doch waren die Bedingungen hierzu weltweit nicht günstig [...]“, schreiben Hardt und Negri (2003: 252), denn: „Wachstum und Konzentration industrieller Produktion, die im Krieg auf die Spitze getrieben worden waren, setzten sich in den dominanten kapitalistischen Ländern mit hoher Geschwindigkeit fort, und die Einführung des Taylorismus erlaubte noch die Steigerung der Produktivität.“ (ebd.) In Folge sei es innerhalb der dominanten Länder zu einer Verschärfung der Lohnarbeiterregime und einer zunehmenden Durchsetzung der *fordistischen* Regulationsweise gekommen. Dies auch, weil diese „starren Regime mit hohen Löhnen“ als „Impfstoff“ gegen den Kommunismus angesehen wurden. Laut Hardt und Negri bildet sich hier eine wesentliche Grundlage der Krise von 1929, welche die beiden Autoren als eine Krise der „Überakkumulation“ bezeichnen, bei der gleichzeitig eine „Unterkonsumtion“ des Proletariats vorlag (vgl. ebd.: 252f.). Während die Spitzen der europäischen Nachkriegsregierungen keine Reformen durchsetzen konnten oder wollten, wurde jenseits des Atlantiks nach einem Ausweg für den Kapitalismus gesucht: „Einzig in den USA wurde die kapitalistische Reform als demokratischer New Deal entworfen und auf den Weg gebracht. Der New Deal stelle eine tatsächliche Abkehr von vorangegangenen Formen bürgerlicher Regulation der ökonomischen Entwicklung dar.“ (ebd.: 253) Hardt und Negri stellen an dieser Stelle die These auf, dass diese Reform des Kapitalismus nicht nur „[...] in der Lage war, die Produktions- und Machtverhältnisse in einem einzigen dominanten kapitalistischen Land [den USA, Anm.] zu restrukturieren, sondern [...], dass [...] [sie] weltweite Auswirkungen hatte [...]“ (ebd.). Kurz: Es geht hier um die Geburt des modernen Sozialstaats:

„Der Staat wurde nicht nur als Vermittler sozialer Konflikte, sondern auch als Motor sozialer Mobilität gefeiert. [...] Auch in der ökonomischen Regulation übernahm der Staat die Hauptrolle, als in die Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik der Keynesianismus eingeführt wurde.“ (Hardt / Negri, 2003: 254)

Hardt und Negri sehen den Wohlfahrtsstaat auf einer Trias begründet, die eine *tayloristische* Arbeitsorganisation mit *fordistischen* Lohnverhältnissen und einer *keynesianistischen* Regulation verbindet. Dieses Wohlfahrtsregime US-amerikanischer Ausprägung zielt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ganzes und bilde die Grundlage eines Kapitalismus, der transparent sein wolle und von einem liberalen, aber planenden Staat reguliert werden sollte

(vgl. ebd.). Bei Foucault geht diese Wohlfahrtsökonomie mit einer spezifischen Sozialpolitik einher, die bestrebt ist eine „Vergesellschaftung“ des Konsums zu schaffen. Gemeint ist hier nicht einfach der Konsum von Massenprodukten der Industrie, sondern ein „Kollektivkonsum“, der gleichermaßen den Konsum medizinischer oder kultureller Produkte einschließt; ein umfassendes Regime des Konsums (vgl. Foucault, 2006: 201f.). Wenn nun bedacht wird, dass die Produktion die Kehrseite des Konsums ist, dann wird deutlich, dass der Konsum, egal von welcher Art er ist, produziert werden muss – und das wiederum bedeutet, dass diese Produktion, egal von welcher Art sie ist, reguliert werden muss. Deswegen bezeichnen Michael Hardt und Antonio Negri den *New Deal* als „[...] die höchste Form einer *Disziplinarregierung* [...]“ (dies., 2003: 254). Ihr Begriff einer Disziplinarregierung geht über den ausschließlich rechtlich-politischen Rahmen hinaus:

„Mit dem Begriff Disziplinarregierung meinen wir nicht einfach die rechtlichen und politischen Formen, die organisierend wirken. Uns geht es vor allem um die Tatsache, dass die gesamte Gesellschaft – als Disziplinargesellschaft – einschließlich all ihrer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse dem Kommando des Kapitals und dem Staat subsumiert ist und dass so tendenziell, zwar langsam, aber sicher, einzig die Maßstäbe der kapitalistischen Produktion die Gesellschaft regieren. *Eine Disziplinargesellschaft ist eine Fabrikgesellschaft.* [...]“ (Hardt / Negri, 2003: 254f.)

Die beiden Autoren schreiben in einer Fußnote zu dieser Passage, dass sie sich zwar, hinsichtlich der Disziplin, auf dieselbe Allgemeinheit des Begriffs beziehen, diesen aber dahingehend erweitern, sodass er als gesamtgesellschaftliches Organisationsprinzip eines Regimes der Produktion gilt (vgl. ebd.: 433). Das bedeutet zusammengefasst:

„Disziplin ist eine Form der Produktion und der Regierung in dem Sinne, dass Disziplinarproduktion und Disziplinargesellschaft in ihrer Tendenz völlig ineinander aufgehen.“ (Hardt / Negri, 2003: 255)

Bis in die 1960er-Jahre sei dieses Modell immer weiter ausgeweitet und verfeinert worden, so dass tatsächlich von einer Reform des Kapitalismus die Rede sein kann. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieser Reformkurs schließlich auch in weiten Teilen Europas wirksam (vgl. ebd.: 256). Am Beginn des Kalten Kriegs gibt es zwei dominante Modelle der Entwicklung: Der Sozialstaat wirtschaftsliberaler Ausprägung und das sowjetische Modell des Sozialstaats (vgl. ebd.: 257). Die weltweite politische Szenerie, schreiben Hardt und Negri (2003: 256), sei von drei Funktionszusammenhängen oder Dispositiven geprägt gewesen:

Die drei Schlagworte der Zeit waren *Dekolonisierung* – und damit einhergehend die Neuordnung des Weltmarktes unter US-Hegemonie, *Dezentralisierung* hinsichtlich der Produktion und *Internationalisierung* auf Ebene der Politik und Diplomatie. Jeder dieser drei Aspekte, schreiben Hardt und Negri, stelle „[...] einen Schritt im Übergang vom Imperialismus zu Empire dar.“ (ebd.: 257) Als *Empire* bezeichnen Hardt und Negri eine neue Form der globalen Souveränität, die auf den Niedergang der nationalstaatlichen Souveränität folgt (vgl. ebd.: 10). „Der Übergang zum Empire taucht aus der Dämmerung der modernen Souveränität auf.“ (ebd.: 11) Es wird diese neue Souveränität sein, in der Foucaults Konzept der *Biopolitik* entscheidenden Bedeutungszuwachs verzeichnen kann, die aber zumindest teilweise über das hinausgeht was Foucault als neue Art der Menschenführung erkannte.

Doch zunächst soll hier in Kürze geschildert werden, wie Hardt und Negri die Folgen der von ihnen konstatierten globalen Ausweitung des Disziplinarregimes bewerten. „Durch die Dezentrierung von Produktionsabläufen begannen sich neue regionale Ökonomien und eine neue weltweite Arbeitsteilung abzuzeichnen (vgl. Andreff 1995; Ohmae 1996 zit. n. Hardt / Negri, 2003: 259). Daraus ergab sich ein Reihe an Implikationen für die institutionelle Entwicklung und die Praktiken der Intervention, in „rückständigen Regionen“ der Welt. Dabei erscheint es wesentlich, darauf hinzuweisen, dass die zu dieser Zeit im Umlauf befindlichen Entwicklungstheorien – also die Theorien der Modernisierungstheoretiker – implizit die Ausweitung des Disziplinarregimes forderten, sei es um der „Modernisierung des Menschen“ (Inkeles, 2010/1966) Willens oder um „[d]ie Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung [...]“ (Rosenstein-Rodan, 2010/1944: 34) nutzbar zu machen. „Das ideologische Modell, das die [wirtschaftlich, Anm.] dominanten Länder (besonders die USA) übertrugen, bestand aus fordistischem Lohnregime, tayloristischen Methoden der Arbeitsorganisation und einem Wohlfahrtsstaat, der modernisierend, paternalistisch und fürsorglich auftrat.“ (Hardt / Negri, 2003: 259) Zwar hatten die USA hinsichtlich des Dekolonisierungsprozesses seit den 1950er-Jahren weder Interesse noch Kompetenz zur Einmischung gezeigt, doch gaben sie eindeutig den historischen Rahmen vor (vgl. Schicho, 2003: 209). Ein Rahmen der, laut Hardt und Negri, ein vorrangiges Ziel hatte: Die Errichtung einer weltweiten Fabrikgesellschaft – oder wie sie anfügen – des globalen Fordismus (vgl. dies., 2003: 259). Der „Eintritt in die globale Fabrik“ (ebd.) versprach, im Zuge der Modernisierung und nachholenden Entwicklung, ein Regime der hohen Löhne und gleichzeitiger staatlicher Fürsorge nach *fordistischem* Zuschnitt, das aber, wie die Geschichte zeigen sollte, niemals erreicht wurde. Tatsächlich diente es lediglich als Versprechen, als „[...] ideologisches Schlaraffenland, um dem Modernisierungs-

projekt ausreichend Konsens zu sichern.“ (ebd.) Hardt und Negri fassen zusammen: „Die wirkliche Substanz, das erreichte Durchstarten in Richtung Moderne fällt zusammen mit der Durchsetzung des Disziplinarregimes auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Sphären von Produktion und Reproduktion.“ (ebd.)

Sicherlich ist diese Bilanz grob gefasst und mag anfangs gegenüber der tatsächlichen Praxis eher hinsichtlich ihrer diskursiven Rolle von Bedeutung gewesen sein, jedoch kann mit Foucault argumentiert werden, dass der Diskurs durchaus materiellen Niederschlag zeitigt. Einmal in die »situative Verkettung« des Entwicklungsdenkens eingetreten, bleibt das Disziplinarregime des *Fordismus* ein fixer Bestandteil der diskursiven Ordnung. Die allgemein verbreitete Ansicht, die auch von sozialistischen Ökonomen in- und außerhalb der ehemaligen Kolonien geteilt wurde, war, dass Entwicklung durch Industrialisierung erreicht werden konnte. Auch wenn die Praxis zeigen sollte, dass es sich um Illusionen handelte, änderte das nichts am „[...] eingeschlagenen Kurs der Modernisierung und Disziplinierung [...]“, schreiben Hardt und Negri (2003: 260). Ihr maßgebender Ausgangspunkt lautet, dass die Rolle des Kalten Krieges für die theoretische Betrachtung nur sekundär sei. Tatsächlich sei die „gewaltige postkoloniale Transformation“ im Zuge von Modernisierung und Entwicklung von weit größerer Bedeutung. Die im „Massenprojekt der Befreiung“ stattfindende Übersetzung der diskursiven Figuren von Modernisierung und Entwicklung erwies sich als Programmatik der Eliten, die kaum Aussicht auf eine tatsächliche Umsetzung hatte. Demgegenüber sollte eine andere Kraft tatsächliche Bedeutung erhalten: „Die revolutionären Befreiungsprozesse wiesen – in ihrer Bestimmung durch die Menge – über die Modernisierungsideologie hinaus und zeigten eine erstaunliche neue Subjektivität.“ (ebd.: 261) Die Rede ist von einem Begehren, das sowohl das „utopische Bild“ der sozialistischen Revolutionen als „alternative Entwicklungswege“ wie auch die Aussicht auf eine „Wiederholung der glorreichen Moderne“ verwirft (vgl. ebd.). Als „[...] Ausdruck des gewaltigen Befreiungspotenzials, das die Subalternen selbst hervorbrachten [...]“ (ebd.) weist dieses Begehren über das Projekt der Moderne hinaus.

Entwicklungskritik und Gegenöffentlichkeit

Am Ende der 1960er-Jahre herrscht eine latente Krise des globalen *fordistischen* Systems, die als unmittelbare Folge des „proletarischen Kampfes“ (Negri, 1972) betrachtet werden kann – also „Arbeiterkämpfe“ gegen die Art disziplinierender Zurichtung, wie sie in *tayloristischen* Regimen der Produktivitätssteigerung herrscht. Begleitet wurde dieser Widerstand von neuen Formen kollektiver Praktiken und Lebensweisen (wie beispielsweise Kommunen und Wohngemeinschaften, Anm.) (vgl. Castellano u.a., 1988; Virno, 1998; Carpijano, 1976 zit. n. Hardt / Negri, 2003: 272). In gewisser Weise trug die Modernisierungsideologie zu ihrer eigenen Überholung bei, denn: „Die Modernisierungsideologie schuf, auch wenn sie keine »Entwicklung« brachte, neue Wünsche, die über die vorhandenen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse hinausgingen.“ (Hardt / Negri, 2003: 273) Es wäre eine weltweite „Akkumulation der Kämpfe“ (ebd.: 274) auf imperialistischem Gebiet gewesen, schreiben Hardt und Negri, bei der das Proletariat nun „[...] selbstorganisiert, bewaffnet und gefährlich in Erscheinung [...]“ (ebd.) trat. Vietnam, Algerien und die Befreiungskämpfe in Lateinamerika, Afrika und der arabischen Welt, überall waren proletarische Lohnforderungen im Vordergrund gestanden (ebd.: 275). „[...] [D]as Goldene Zeitalter des kapitalistischen Wachstums unter US-Hegemonie, begann sich aufzulösen.“ (ebd.)

Antikolonialismus

Einer der radikalsten Vordenker des antikolonialen Aufbegehrens und Aktivist der Nationalen Befreiungsfront in Algerien Frantz Fanon (1925-1961) liefert hierzu ein illustratives Beispiel. Fanon, der in Martinique – einem französischen Übersee-Departement aufwuchs, eine französische Schule besuchte und sich im Zweiten Weltkrieg freiwillig meldete, um das französische Mutterland zu verteidigen, machte durch seine Erfahrung während des Krieges einen deutlichen Wandel durch. Der ehemalige Schüler von Aimé Césaire – ein bedeutender Vordenker schwarzer Emanzipation – verließ 1956 seinen Posten als Leiter der psychiatrischen Klinik in Blida (Algerien) und schloss sich dem Befreiungskampf an. In dieser Zeit entstand sein Manifest des Antikolonialismus „*Les damnés de la terre*“ – zu Deutsch „*Die Verdammten dieser Erde*“. Am Zenit des geopolitischen Umbruchs der Dekolonialisierung, schreibt der französische Philosoph und Herausgeber der Zeitschrift „*Les Temps modernes*“ Jean-Paul Sartre das Vorwort zu Fanons Meisterwerk.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt als das Vorwort zu „*Les damnés de la terre*“ entstanden ist, wurden 17 afrikanische Staaten – vormals englische und französische Kolonien – formal unabhängig. Fanons Kritik zeige kaum direkte Bezüge zu europäischen Intellektuellen. Vielmehr ist es am Beginn der 1960er-Jahre ein Manifest des sich neu schaffenden Menschen (vgl. Sartre, 1961: 19), denn „[...] der Kolonisierte heilt sich von der kolonialen Neurose, indem er den Kolonialherren mit Waffengewalt davonjagt. Wenn seine Wut ausbricht, findet er sein verlorenes Selbstverständnis wieder, und er erkennt sich genau in dem Maße wieder wie er sich schafft.“ (ebd.) Sartre argumentiert in seinem Vorwort, dass die Gewalt der Kolonialherren bald wie ein Spiegelbild auf sie zurückgeworfen werde (vgl. Sartre, 1961: 16). Der Kolonisierte fände seine Menschlichkeit im Widerstand gegen die Unterdrückung wieder (vgl. ebd.). Sartre formuliert in seinem Vorwort nicht nur eine Kritik am europäischen Imperialismus, sondern gleichzeitig auch eine Kritik europäischer Denkweisen, denn nichts sei konsequenter als ein rassistischer Humanismus, weil sich der Europäer nur durch diesen zum Menschen hätte machen können. Die kolonialen Subjekte, die „Anderen“, hätte der Kolonialismus zu Sklaven und Monstren gemacht (vgl. Sartre 1961: 23). Sartre (1961: 18) zeigt einen zentralen Widerspruch des Humanismus auf: „Gleichzeitig [für die Kolonisierten] den Status eines Menschen verlangen und verleugnen [...] ist [...] explosiv.“ „[...] ‘Erschießt Sartre!’“, skandierten Veteranenverbände bei einer Demonstration im Oktober 1960. Juli 1961 und Januar 1962 explodieren in seiner Wohnung Bomben.“ (Mathieu, 2004, o.S.)

Das Beispiel Fanons verweist auf mehrere wichtige Aspekte: Zum Einen zeigt es, wie der Zweite Weltkrieg das vielerorts vorherrschende Bild Europas als Ort höchster zivilisatorischer Errungenschaften zweifelhaft erscheinen lässt. Zum Anderen wird deutlich, dass die europäische Linke beginnt, die „Dritte Welt“ zu einem zentralen Thema ihrer Debatten zu erheben, wie die Bezugnahme Sartres zeigt. Ein dritter, vielleicht noch wichtigerer Aspekt ist – wie Hardt und Negri es begreifen – das Erscheinen einer neuen Subjektivität: „Das Kapital musste sich der neuen Produktion der Subjektivität des Proletariats stellen und eine Antwort darauf finden. Diese neue Produktion der Subjektivität reichte (über die bereits erwähnten Kämpfe um Wohlfahrt hinaus) bis zu dem, was man ökologischen Kampf nennen könnte, ein Kampf um die Lebensweise, in dem schließlich die Entwicklung der immateriellen Arbeit manifest wird.“ (Hardt / Negri, 2003: 280) Eine Hypothese der vorliegenden Arbeit lautet, dass der institutionelle Entwicklungsbereich, der eine Schnittstellenfunktion zwischen den Diskursen einer interventionistischen Gouvernamentalität ausübt, in gleichem Maße von diesen Umbrüchen betroffen ist. „Erste Dissonanzen“ treten im Entwicklungsdenken wohl

schon in den 50er-Jahren auf, tatsächlich noch bevor der institutionelle Entwicklungsapparat vollends ins Laufen gekommen war (vgl. Fischer / Hödl / Sievers, 2010: 71f.). Einleitend sei gesagt, dass es – wie sich bei Foucault nachlesen lässt – keine Macht gibt, die nicht auch ihre Kritik hervorbringt. Deshalb muss eine diskursanalytische Betrachtung nach den praktischen Gründen für das Auftreten der jeweiligen kritischen Einwände fragen. Mittlerweile ist der entwicklungskritische Standpunkt zu einer etablierten Position im Wissensfeld der Entwicklung geworden.

Ungleichgewicht

Einer, der diesen Standpunkt bereits sehr früh eingenommen hat, ist der schwedische Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Myrdal (1898-1987). Als Verfechter einer kritischen Haltung gegenüber neoklassischer Ökonomie bestand Myrdals Einwand darin, den neoklassischen Modellen des Gleichgewichts eine Theorie des wachsenden Ungleichgewichts gegenüber zu stellen. Demnach können sich kleine Vor- oder Nachteile einer Wirtschaftsregion so verschärfen, dass ein schweres Ungleichgewicht besteht. Diese „zirkulären“ und „kumulativen“ Ursachen des Ungleichgewichts legen in einer Zeit der Dekolonisierung nahe, dass es nicht vorteilhaft sein muss in ein „freies Spiel der Kräfte“ auf dem Weltmarkt einzutreten. Myrdals Buch *„Economic theory and underdeveloped regions“* (1957) erschien unter anderem als *„Théorie économique et pays sous-développés“* (1959) bei *Présence Africaine* in Paris, einem Publikationsorgan des neuen (pan)afrikanischen Selbstverständnisses, zum dem Aimé Césaire mit seinem Konzept der *Négritude* beitrug, und wo Césaire 1962 in seiner *„Hommage à Frantz Fanon“* den frühen Tod Fanons bedauert. Wenn wichtige Ausgangspunkte der anti- wie der postkolonialen Theorie bei Fanon und Césaire liegen, dann muss jedenfalls Gunnar Myrdal eine ebenso wichtige Position für das (kritische) Entwicklungsdenken zugestanden werden. Er gilt weithin als Begründer der *Entwicklungspolitik*, ein Sammelbegriff für staatliche Politiken zur Förderung von Entwicklung. In den 1960er-Jahren wurde die Kritik an Entwicklung hörbar lauter und die anfänglichen „Dissonanzen“ (Fischer / Hödl / Sievers, 2010) weiten sich zu einer diskursiven Wende aus, die im Folgejahrzehnt einen Paradigmenwechsel im Entwicklungsdenken und eine weitgehende Abkehr von den Modernisierungsansätzen einleitet. Die „Peripherie“ des kapitalistischen Systems rückt in den Mittelpunkt der Betrachtung, während die „Drittweltperspektive“ der „Metropolensicht“ entgegengesetzt wird (vgl. Rist, 2010: 109ff., Hardt / Negri, 2003: 275)

„Kritiker des Entwicklungsparadigmas formulierten Theorien über Unterentwicklung und *Dependencia*-Theorien, die in den 1960er Jahren, vor allem im lateinamerikanischen und afrikanischen Kontext, entstanden.“ (Hardt / Negri, 2003: 294) Bedingt durch diese neuen Perspektiven auf Entwicklung entsteht so etwas wie ein Bewusstsein der „Vernetzung“, denn „[i]hr Vorteil und ihre Bedeutung liegt darin zu betonen, dass die Ausbildung eines regionalen oder nationalen Wirtschaftssystems zum großen Teil von dem Platz abhängig ist, den es in der Hierarchie und in den Machtstrukturen des kapitalistischen Weltsystems einnimmt [...]“ (Frank, 1969; Cardoso / Faletto, 1976; Wallerstein, 1979 zit. n. Hardt / Negri, 2003: 294)

Entwicklung der Unterentwicklung

„*Die Entwicklung der Unterentwicklung*“, ein 1966 erschienener Text von Andre Gunder Frank, stellt die klassischen Konzepte der Modernisierungstheoretiker regelrecht auf den Kopf. Frank formuliert folgende Hypothese:

„Es gibt immer mehr Belege dafür [...], dass die Expansion des kapitalistischen Systems in den vergangenen Jahrhunderten sogar die scheinbar isoliertesten Bereiche der unterentwickelten Welt effektiv und vollständig durchdrungen hat. Deshalb sind die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Institutionen und Verhältnisse, wie wir sie jetzt dort vorfinden, genauso das Produkt der historischen Entwicklung des kapitalistischen Systems wie die scheinbar moderneren kapitalistischen Züge der nationalen Metropolen dieser unterentwickelten Länder.“

(Frank, 2010/1966: 150f.)

Während die globale Metropole niemandes Satellit sei, zeige sich die untergeordnete Metropole durch ihren Status als Satellit begrenzt und ihre ökonomische Entwicklung sei – entgegen der weitgehenden Meinung – gerade dann am stärksten, wenn der Kontakt zwischen beiden am schwächsten ist. Frank selbst merkt an, dass seine Hypothese geradezu in „diametralem Gegensatz“ zur der generell anerkannten Ansicht stehe, wonach Entwicklung durch ein Höchstmaß an Kontakt mit den entwickelten Ländern zustande käme (vgl. Frank, 2010/1966: 156f.). Eine weitere Schlussfolgerung, die sich aus dem Verhältnis Metropole-Satellit ableiten lasse, besagt Frank zufolge, „[...] dass jene Regionen, die heute am unterentwickeltsten sind und besonders feudal erscheinen, in der Vergangenheit die engsten Verbindungen zur Metropole hatten.“ (ebd.: 161) Diese seien die größten Exporteure für Rohstoffe gewesen, bedeutende Kapitalquellen in der Vergangenheit und gegenwärtig zumeist Regionen der „Ultra-Unterentwicklung“ (vgl. ebd.: 161f.).

Viele Entwicklungen?

Das Aufbrechen der Konzepte von Entwicklung und Fortschritt, das sich am Ende der sechziger Jahre einem Höhepunkt zuneigt, markiert eine Zäsur in der modernen Geschichts-idee. Die maßgebende Rationalität, die bis dahin einen geschlossenen epistemischen Raum definiert hat, verliert ihre Plausibilität. Die Geschichts-idee (einer einheitlichen, kontinuierlichen, überall denselben Regeln gehorchenden, stets voran- und nicht etwa zurück-schreitenden Entwicklung der gesamten Menschheit), steckt in einer Krise (vgl. Vattimo, 2011/1987: 14). „Wenn es keinen einheitlichen Ablauf der menschlichen Geschichte gibt, kann auch nicht mehr behauptet werden, dass sie sich auf ein Ziel zubewegen, dass sie ein rationalisiertes Konzept von Verbesserungen, Erziehung und Emanzipation verwirklichen.“ (ebd.) Das bisherige Entwicklungsdenken erweist sich hier als erschöpft, denn es vermag nicht über den epistemischen Horizont der Moderne hinauszugehen. Für die Praxis der Menschenentwicklung durch selbsternannte Entwicklungshelfende mag dies zunächst nicht viel ändern. Doch die qualitative Veränderung entsteht im „Süden“ selbst und zeigt sich in unterschiedlichen Praktiken des Widerstands, die von den basisdemokratischen Modellen der Befreiungstheologen, über den befreiungspädagogischen Ansatz von Paulo Freire, bis zu aktiven Formen des bewaffneten Kampfes reichen (vgl. Vattimo, 2011/1987: 14f.). Es war die „[...] Verwirklichung der Gestalt des modernen europäischen Menschen [...]“ (ebd.: 14), die von „[...] sogenannten „primitiven“ Völker[n], die von den Europäern im Namen der „höher“ und weiter entwickelten Zivilisation kolonialisiert wurden, [...] als ein Ideal unter anderen entlarvt worden [ist].“ (Vattimo, 2011/1987: 14f.) Das Ende der Ausdehnung der *fordistischen* Regulationsweise im Namen von Modernisierung, Entwicklung und Fortschritt scheint spätestens mit den Ereignissen des Mai 1968 besiegelt zu sein. Hardt und Negri schreiben: „Wenn es den Vietnamkrieg, wenn es die Revolte der Arbeiter und Studenten in den 1960er Jahren nicht gegeben hätte, wenn es kein 1968 und keine neue Frauenbewegung und auch nicht die ganze Reihe antiimperialistischer Kämpfe gegeben hätte, hätte sich das Kapital damit begnügen können, sein eigenes Machtarrangement aufrechtzuerhalten, in dem glücklichen Bewusstsein, dass ihm ein Paradigmenwechsel in der Produktion erspart bleibt.“

Revolte und Gegenöffentlichkeit

Die *Revolte gegen die Autorität* wird zum Teil auch als *Revolte gegen die Autorität der Medien* geführt, wie die „Informationsguerilla“ (siehe Eco, 1967) der studentischen Revolte von 1968 veranschaulicht. Der in diesem Zusammenhang artikulierte Verdacht, dass Medien

einzig den Interessen des Kapitals dienen, ist nicht nur ein Sujet der studentischen „Revolutionäre“. Es markiert ein traditionelles Problem der Medienkritik, das neue Aktualität bekommen hat.

In gewisser Weise sei es die Grundproblematik einer „sozialistischen Medientheorie“ Hans Magnus Enzensbergers, schreibt Jean Baudrillard in Bezug auf dessen Text *„Baukasten zu einer Theorie der Medien“* (vgl. Enzensberger 1970/1999: 264 zit. n. Baudrillard, 1972/1999: 280). Nämlich die Frage, wie die Medien zu „unterlaufen“ oder zu „entfesseln“ seien. Beginnend bei Enzensbergers Postulat der Entfaltung einer kapitalistischen „Bewusstseins-Industrie“, die aber durch den Kapitalismus selbst gefesselt werde (1970/1999), und Brechts enthusiastischem Aufruf in dessen Radiotheorie „[...] den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen [...]“ (...) entwickelt Jean Baudrillard einen Gegenentwurf. Baudrillards „Requiem für die Medien“ (1972/1999) richtet sich gegen ein Analyseschema, das auf der Dualität von Sender und Empfänger beruht und diese durch eine Botschaft verbindet. Demgegenüber formuliert Baudrillard eine „Philosophie der Form“ von Medien, die mit Foucault gesprochen, ein Eingreifen in die diskursive Ordnung fordert und sich gegen Vorstellungen richtet, wonach die Medien zu kapern seien. Enzensberger behaupte, dass die „Linke“ wehrlos bleibe, dass sie sich damit begnüge die Kultur der Massenmedien als ideologische Manipulation zu bezeichnen. Das führe Enzensberger zu der Annahme, schreibt Baudrillard, dass sich die „revolutionäre Fraktion“ lediglich auf die Erkundung neuer Medien konzentriere, während der militante Flügel schlicht und einfach neue Medien ablehne. Er ergänzt: „Enzensberger wirft somit den Studenten des Mai ‚68 vor, für die Verbreitung ihrer Parolen auf handwerkliche Mittel (die bildenden Künste) zurückzugreifen und anstelle von O.R.T.F. das Odeon, das alte Allerheiligste der Kultur besetzt zu haben.“¹⁷ (ebd.: 282) Das Denken Enzensbergers gebe sich optimistisch und offensiv: Ihm zufolge seien die Medien gegenwärtig in den Händen der herrschenden Klasse, seien aber grundlegend „egalitär“, also offen für eine revolutionäre Praxis und folglich frei für ihre wahre gesellschaftliche Bestimmung, nämlich offene und unbegrenzte Kommunikation (vgl. ebd.). Baudrillard schreibt, dass Enzensberger demselben Schema aufsitze, das von Marx bis Macuse die befreiende Wirkung der Produktivkräfte und der Technik behauptet, wenn diese nur erst entfesselt würden.

¹⁷ Das *Office de Radiodiffusion Télévision Française* (O.R.T.F.) in Paris war zum damaligen Zeitpunkt die öffentliche Rundfunkanstalt Frankreichs. Das *Théâtre National de l’Odéon* – kurz *Odeon*, ebenfalls in Paris, ist ein französisches Staatstheater, das im Mai ’68 für ein Monat besetzt war.

Baudrillard schreibt: „Sie haben eine befreiende Wirkung, aber dazu muß [sic!] man sie befreien [...]. Wie man sieht entkommen auch die Medien nicht dieser phantastischen Logik der filigranen Einschreibung der Revolution in alle Dinge.“ (ebd.) Enzensberger behaupte in Ahnlehnung an Brechts Radiotheorie – und wohl auch aufbauend auf der Kritik der Frankfurter Schule – Medien würden in der gegenwärtigen Ordnung als bloße Distributionsinstrumente begriffen werden, die man aber in wirkliche Kommunikationsmedien verwandeln müsse (ebd.: 283). Es sei aber falsch, schreibt Baudrillard, dass Medien ein bloßes „Distributionsmedium“ seien und damit nichts als Vehikel eines Inhalts. Vielmehr wird „[...] durch die Form und Operation selbst [...] ein gesellschaftliches Verhältnis [begründet], und dieses Verhältnis ist keines der Ausbeutung, sondern ein Verhältnis der Abstraktheit, der Abtrennung und Abschaffung des Tauschs.“ (ebd.) Nun, was ist damit gemeint? Baudrillards Hypothese zufolge liegt „[...] die Ideologie der Medien [...] auf der Ebene ihrer Form, auf der Ebene der von ihnen institutionalisierten Abtrennung, die eine *gesellschaftliche* Teilung ist.“ (ebd.: 284) Denn Baudrillard zufolge sei die Architektur der Medien durch folgendes Prinzip begründet: „[...] *die Medien sind dasjenige, welche[s] die Antwort für immer untersagt*, das, was jeden Tauschprozeß [sic!] verunmöglicht [...]“ (ebd.). Illustrierend fügt Baudrillard an, müsse man, um die Bedeutung des Terminus Antwort zu verstehen, ihn auf das beziehen, was in den „primitiven“ Gesellschaften Macht charakterisiere, nämlich ein Vermögen zu geben, ohne dass zurückgegeben werden kann. Zurückgeben bedeute die Machtbeziehung zu zerbrechen (vgl. ebd.). „In der Sphäre der Medien verhält es sich ebenso: hier wird zwar gesprochen, aber so daß [sic!] nirgends darauf geantwortet werden kann.“ Deshalb bestünde die einzige Möglichkeit einer Revolution – „[...] [e]ine andere mögliche Theorie oder Strategie gibt es nicht [...]“ (ebd.) – in der Bildung einer „Möglichkeit der Antwort“ (ebd.). Dabei gehe es nicht darum den Einzelnen das Wort zu erteilen oder die Macht über die Medien zu erobern, sondern darum das „Monopol der Rede“ zu brechen. Kurzum, es geht darum Möglichkeiten zu finden, wie „[...] die Rede ausgetauscht, gegeben und zurückgegeben [...] werden kann [...]“ (ebd.: 285). Baudrillard sieht also die Problematik nicht als eine technische von Sender und Empfänger, sondern als eine der diskursiven Ordnung der Rede. Wer nämlich in der diskursiven Ordnung den Status eines Konsumenten inne hätte, sei nur noch in der Lage zu nehmen. „In diesem Sinne sind auch die »Konsum«-Güter ein Massenmedium [...]“ (ebd.) Enzensbergers These, dass durch die Medien erstmals eine Teilnahme der Massen am produktiven Prozess erfolge, sei schlicht und einfach unzutreffend, denn der Besitz eines Fernsehapparates oder einer Kamera ändere nichts hinsichtlich der diskursiven Ordnung.

Es ergebe sich dadurch kein neues gesellschaftliches Verhältnis. Auf einen funktionalen Gegenstand könne es keine Antwort geben, er kontrolliere lediglich den Bruch, das „Auftauchen des Sinns“ (vgl. ebd.: 285f.). Es sei gar nicht notwendig, im Orwell’schen Sinn, den Fernsehapparat als Periskop der Macht zu behandeln, weil durch seine schiere Existenz bereits die soziale Kontrolle installiert sei. Deswegen, schreibt Baudrillard, mag es zwar auf den ersten Blick so ausgesehen haben, als hätten die Massenmedien effektiv – und womöglich unfreiwillig – dazu beigetragen die Revolte im Mai ’68 auszubreiten, tatsächlich hätten sie jedoch stets ihre Rolle der gesellschaftlichen Kontrolle beibehalten: „Denn sie haben (trotz Umwälzung der Inhalte) ihre Form bewahrt, und es ist diese Form, die sie, in welchem Kontext auch immer, unausweichlich mit dem Machtsystem solidarisiert.“ (ebd.: 287) Eine Strategie, die auf einer Theorie der „symbolischen Aktion“ beruhe, also die Um- und Ver-Wendung der Medien gegenüber der Macht, sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil Überschreitung und Subversion nicht über den Äther gingen, ohne als solche der subtilen Negation zum Opfer zu fallen. Die beste Methode Überschreitung und Subversion zu verringern, bestünde darin sie einer tödlichen Öffentlichkeit auszusetzen. Die „spektakulären Resultate“ bedeuten gleichzeitig eine „Einebnung der Bewegung“. Im Extremfall treten Subversion und Überschreitung nur noch modellhaft „*im Dienst der Reproduzierbarkeit*“ in Erscheinung, schreibt Baudrillard (vgl. ebd.: 286ff.). Denn „[...] wenn politisches Handeln sich entschlossen auf Medien richtet und von ihnen seine Macht erhofft [...]“ (ebd.: 288), dann würden sich die Medien im Gegenzug auf dieses Handeln richten und es entpolitisieren (vgl. ebd.). In Wahrheit sei „das große Medium“ (ebd.: 289) das Modell – oder vielleicht präziser ausgedrückt Rationalitätsmodell – welches Zeichen und Form dominiert „[...] und vom Code regiert wird.“ (ebd.) Baudrillard paraphrasiert Marshall McLuhan und postuliert „*Medium is Message*“, aber so gemeint, dass ein „Sinntransfer“ auf Medien als technologische Strukturen stattfindet. (vgl. ebd.) Aus dieser Sicht formuliert Baudrillard die Feststellung, dass das „wahre revolutionäre Medium“ der studentischen Revolte von ’68 die Wände, Plakate, die Straße gewesen seien. Hier sei das Wort ergriffen und ausgetauscht worden (vgl. ebd.: 290). Zusammengefasst geht es hier um „[...] all das, was unmittelbare Einschreibung war, was gegeben und zurückgegeben, was ausgesprochen und beantwortet wurde, was sich bewegte, zur gleichen Zeit am gleichen Ort, reziprok und antagonistisch.“ Nun besteht Baudrillards „*Requiem für die Medien*“ nicht etwa darin ihr nahendes Ende vorauszusagen, sondern jedweder Vorstellung, die Medien seien zu „befreien“, zu „manipulieren“ oder zu „unterwandern“, ganz im Sinne einer subversiven Strategie, eine eindeutige Absage zu erteilen.

Bei Baudrillard formiert sich eine Gegenöffentlichkeit *nicht als Inbesitznahme*, sondern als *Desubjektivierung*, als gänzlicher Bruch mit den Massenmedien:

„In diesem Sinne ist die Straße die alternative und subversive Form aller Massenmedien, denn anders als jene ist sie nicht objektiver Träger von Botschaften ohne Antwort, nicht auf Distanz wirkendes Übertragungsnetz, sondern Freiraum des symbolischen Austauschs der ephemereren und sterblichen Rede, einer Rede, die sich nicht auf der platonischen Bildfläche der Medien reflektiert. Wird sie institutionalisiert durch Reproduktion und zum Spektakel durch die Medien, muß [!] sie krepieren.“ (Baudrillard, 1972/1999: 290)

Baudrillard fügt an, dass es eine „strategische Illusion“ sei, daran zu glauben, dass eine „kritische *Ver-Wendung*“ der Medien möglich sei. Im Gegenteil sei die einzige Möglichkeit eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen nur durch *Destruktion* [verstanden als Bruch, Anm.], *Dekonstruktion* [bezogen auf eigentliche Unmöglichkeit der Antwort, Anm.] und *Liquidierung* der aktuellen Form [verstanden als gesellschaftliches Verhältnis, Anm.] der Medien möglich (vgl. ebd.). „In diesem Sinne ist Strategie nur jene, die die herrschende Form radikal in Frage stellt.“ (ebd.: 297)

Die zahlreichen Versuche, theoretische wie praktische Formen des Widerstands, ausgehend von den Fabriken, Universitäten, unterschiedlichen – quer über den Globus verteilten – sozialen Bewegungen, aber auch marginalisierten Positionen weltweit, darüber hinaus die neu entstandenen Arten des Zusammenlebens, die Revolte gegen Disziplin und Kontrolle, die allesamt von der Frage der Gegenöffentlichkeit begleitet werden; sie alle bilden den Hintergrund eines weitreichenden Paradigmenwechsels. Das folgende Kapitel thematisiert die Auswirkungen dieses Wandels, der getragen von dem entstandenen Begehren nach Freiheit, eine neue „Regierung der Freiheit“ begründet, die ihrerseits ein Novum in der „Menschenführung“ darstellt. Es ist die „*Geburt der Biopolitik*“ (Foucault, 2006), das Erscheinen einer neuen Gouvernamentalität, einer produktiven und proaktiven Macht, die sich auf Individuen und die gemeinschaftliche Form der *Community* gleichermaßen richtet. Ob als *neoliberale Wende* oder *Postfordismus* bezeichnet, die Transformation der ökonomischen, sozialen und diskursiven Produktion und Reproduktion ist weitreichend. Sie lässt sich aber auf zwei kontextuell bedeutsame Schlagworte reduzieren. Sie lauten: *Kommunikation* und *Netzwerk*.

IV. ENTWICKLUNG IM POSTFORDISMUS: KOMMUNIKATION & NETZWERK

Übergang zum *Postfordismus*

„Irgendetwas scheint sich in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts getan zu haben. Unabhängig nämlich von ihrer jeweiligen fachlichen theoretischen und politischen Bildung verlegen Diagnostiker unterschiedlicher Couleur die Schwelle eines fundamentalen Wandels in diese Zeit.“; schreibt Sven Opitz (2004: 94f.). In seinem Buch „*Gouvernementalität im Postfordismus*“ (2004) zeichnet Opitz diesen Wandel deutlich nach. Es erscheint daher an dieser Stelle angebracht zu sein, die zentralen Inhalte des Buches kurz vorzustellen. Zum Einen, weil die vorliegende Arbeit wesentliche Argumente daraus bezieht, zum Anderen, weil die darin entwickelte Darstellung das Aufkommen der *postfordistischen Rationalität* begreifbar macht. Opitz führt hierfür im ersten Teil seiner Abhandlung zuerst den Begriff der *Gouvernementalität* ein und bespricht anschließend die Foucault'schen Begriffe *Regierung* (14ff.), *Macht* (26ff.), *Wissen* (40ff.) und *Subjektivierung* (63ff.), um schließlich mit einer Besprechung von Foucaults *Techniken des Selbst* (75ff.) abzuschließen. „*Die Gouvernementalität des postfordistischen Unternehmens*“, der zweite Teil, versammelt schließlich einzelne Kapitel zu *Postfordistische Rationalität* (88ff.), den neuen *Techniken der Führung* (113ff.), *Techniken des unternehmerischen Selbst* (145ff.) und schließlich einen Abriss über *Die Kultur der Kultur* (169ff.). Die Analyse endet mit einem Kapitel zu *Blindheit und Einsicht* (191ff.). Insgesamt spannt Opitz einen Bogen, der vom historischen Aufkommen der Disziplin bis zu modernen Führungstechniken des Management reicht. Er stützt sich dabei in vielen zentralen Punkten auf Foucault'sche Theorie. Im *Gouvernementalitätsbegriff*, der seiner Arbeit zugrunde liegt und darin als integrative Zentralinstanz auftritt, versammelt Opitz eine Reihe unterschiedlicher theoretischer Eingänge, die er bei Gilles Deleuze, Maurizio Lazzarato, Antonio Negri und Judith Butler findet. Darüber hinaus nehmen die *Gouvernementality Studies* an den Stellen eine vorrangige Rolle ein, wo Opitz die Ausweitung des Unternehmerischen in das Soziale bespricht.

Zunächst sei vorweg gestellt, dass Opitz' zweiteilige Analyse bereits den Bruch markiert, der für die „neoliberale Wende“ typisch erscheint. Es gibt also etwas, so lautet die Grundannahme, das nach neuen Begrifflichkeiten und theoretischen Konzepten verlangt. Aber worin besteht diese Änderung? Nun, sie kann beispielsweise in der „Zurückdrängung des Staates und dessen Wiederentdeckung“ (vgl. Ataç / Schippers, 2011: 121ff.) unter anderen Vorzeichen gefasst werden. Sie tritt aber auch als „Postmodernisierung der Produktion“

(vgl. Hardt / Negri, 2003: 291ff.) auf, als eine Subordination des Sozialen unter die Form des Marktes sowie die Ausweitung ökonomischer Kategorien und Analyseschemen auf das „Nicht-Ökonomische“ (vgl. Foucault, 2006: 336f.). „Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß [sic!] Foucault seine Vorlesungen *vor* den Wahlerfolgen Margaret Thatchers in Großbritannien und Ronald Reagans in den USA hielt. Deren politischer Erfolg beruhte darauf, Elemente der rechten und linken Staatskritik aufzugreifen und sie innerhalb eines Programms zu reartikulieren, das auf eine ‚Ökonomisierung des Sozialen‘ zielte.“ (Lemke, 2001: 15) Wenn Opitz daher dem Aufkommen des „realen Neoliberalismus“ in der Sphäre der Politik, seiner tatsächlichen Arbeitsmarktpolitik und seinen unterschiedlichen realpolitischen Agenden wenig Platz einräumt, dann mag es aus einer strategischen Vorgehensweise durchaus angebracht erscheinen. Auch sei daran erinnert, dass Opitz im Foucault’schen Sinne keine evolutionäre Geschichte erzählen möchte. Dies soll auch in der vorliegenden Arbeit nicht passieren. Opitz schlägt vor, für die Analyse des Postfordismus aus einer Makro-Perspektive einen regulationstheoretischen Ansatz zu verwenden, weil die Regulationstheorie „[...] an die Stelle eines orthodoxen evolutionären Geschichtsbegriffs ein offenes Modell einer umkämpften Gegenwart [...] [stellt].“ (Opitz, 2004: 95) Hierin impliziere der Begriff des Postfordismus eine Perspektive, die es erlaubt, die Analyse des Ökonomischen über die formalen Grenzen dieses Bereichs auszudehnen. Opitz entnimmt dieser theoretischen Sicht die Konzepte des *Akkumulationsregimes* und der *Regulationsweise*, baut diese aber in eine gouvernementale Perspektive ein (vgl. ebd.). Aus dieser Sicht erscheinen Dienstleistung und immaterielle Produktion einer neuen Art der Regierung von Unternehmen – der *postfordistischen* Rationalität – zugehörig zu sein, die den Staat selbst als Unternehmen begreift. Sie umfasst die Flexibilisierung der Lebens- und Arbeitsformen, Panoptismus und Leistungskontrolle genauso wie Installation einer Teamstruktur als Kontrollinstanz (vgl. Opitz, 2004). Die *Techniken des unternehmerischen Selbst* (siehe ebd.: 145ff.) richten sich schließlich auf Individuen im Produktionsprozess, die dazu angehalten werden, durch andauernde Selbstoptimierung – wie etwa lebenslanges Lernen – ihren Marktwert als humane Ressource zu steigern. Anstatt der schweigenden Disziplin des *Taylorismus* und einer passiven Haltung der Subjekte, wie sie im *Fordismus* bestimmend waren, sind in der *postfordistischen* Produktionsweise fortdauernde Lernbereitschaft, ständige Kommunikation und ausdauernde Aktivität gefordert. Gianni Vattimo schreibt, dass der Begriff der Postmoderne (bzw. *postfordistische* Produktionsweise) eine Bedeutung hat, die „[...] an die Tatsache gebunden ist, dass die Gesellschaft, in der wir leben, eine Gesellschaft der generalisierten Kommunikation, die Gesellschaft der Massenmedien ist.“ (ders., 2011: 11)

Vernetzungsgesellschaft: *Dienstleistung* bis *digitale Arbeit*

Eine wichtige These, die Hardt und Negri in „*Empire*“ formulieren lautet, dass der „[...] *Prozess der Modernisierung an ein Ende gekommen* [ist] [...]“ (dies., 2003: 296). Das bedeutet, den beiden Autoren zufolge, dass die industrielle Produktion gegenwärtig nicht länger ihre Vorherrschaft über Ökonomisches und Soziales ausdehnen kann. Es sei dadurch zu einem Wandel der gesamten Produktion gekommen, mit Verschiebungen in den Arbeitskräfteverhältnissen. „Ein Wandel der Beschäftigung also, der sich in den dominanten kapitalistischen Ländern bereits vollzogen hat und insbesondere in den USA schon seit Beginn der 1970er Jahre zu beobachten war [...]“ (ebd.) und dadurch charakterisiert ist, dass den Momenten *Bildung, Kommunikation, Information* und *Affekte* herausragende Positionen zufallen (vgl. ebd.). Dabei sei die Konstatierung eines Übergangs von der „Modernisierung“ zur „Postmodernisierung“ nicht gleichzusetzen mit der Behauptung, dass die industrielle Produktion völlig verschwunden sei oder abgeschafft worden wäre. Tatsächlich habe die „informationelle Revolution“ die industrielle Produktion transformiert, vergleichbar mit der industriellen Revolution der Landwirtschaft zur Zeit der Modernisierungsideologie. (ebd.: 296f.) Der zentrale Schlüsselbegriff zum Verständnis der informellen Transformation in der Produktion lautet *Dienstleistung*.

Dienstleistung

Die Dienstleistung umfasst im Wesentlichen immaterielle Dimensionen der Arbeit. Spätestens mit den Überlegungen von Alain Tourraine (1969) und Daniel Bell (1973), schreibt Sven Opitz, wurde gemeinhin die Transformation der Produktion entlang der Vorstellung von Wirtschaftssektoren beschrieben. Dabei umfasse der erste, primäre Sektor die Landwirtschaft sowie den Abbau von Rohstoffen. Der sekundäre Sektor ist durch industrielle Produktion gekennzeichnet, während in den tertiären Sektor die postindustrielle Produktionsform falle (vgl. Opitz, 2004: 99f.). Hardt und Negri schreiben dazu:

„Während der Prozess der Modernisierung durch die Abwanderung der Arbeitskräfte aus Landwirtschaft und Bergbau, aus dem primären Sektor, in die Industrie, in den sekundären Sektor, gekennzeichnet war, ist im Prozess der Postmodernisierung oder Informatisierung eine Abwanderung aus der Industrie in die Dienstleistungsjobs, in den tertiären Sektor der Ökonomie, festzustellen.“ (Hardt / Negri, 2003: 296)

Wenn sich also die *postfordistische* Produktionsform dadurch auszeichnet, dass es zu einer „[...] Verschiebung der wirtschaftlichen Aktivität in Richtung des dritten Sektors [...] [kommt]“ (Opitz, 2004: 100), dann verfehle eine quantitative Deutungsweise [in der beispielsweise Beschäftigungszahlen gemessen werden, Anm.] die Bedeutung dieser Verschiebung (vgl. ebd. 99f.). Denn, so lautet der Einwand von Opitz: „Die Dominanz eines neuen Wirtschaftssektors muss als Paradigmenwechsel verstanden werden, der alle anderen Sektoren ebenso erfasst.“ (ebd.: 101) Demzufolge sollte der tendenzielle Rückgang der industriellen Produktion in den wirtschaftlich dominanten Ländern – „das Ende der Fabrik“, wie Opitz schreibt – nicht aus einer quantitativen Sicht analysiert werden. Stattdessen schlägt Opitz vor, die „qualitative Transformation“ einer informatisierten, postindustriellen Produktionsweise ins Auge zu fassen (vgl. ebd.: 101f.). Kurz: „Nur wenn man erkennt, dass das Postindustrielle alle anderen Bereiche der Produktion durchdringt, versteht man die paradigmatische Bedeutung der Dienstleistung.“ (ebd.: 102) Die vorliegende Arbeit behandelt diese *qualitative Transformation* der Produktion als Grundlage für das Aufkommen neuer Organisationsformen von *Arbeit* und *Gesellschaft*. Auf der Grundlage dieser Transformation sollte eine kritische Betrachtung von Facebook daher beide Aspekte berücksichtigen. Deshalb soll zunächst die qualitative Veränderung der Arbeit skizziert werden. Im Anschluss daran werden zwei für die Thematik dieser Arbeit zentralen Begriffe der gesellschaftlichen Transformation vorgestellt.

Immaterielle Arbeit und Affektive Arbeit

Um die Bedeutung der Dienstleistung zu erschließen, benutzen Hardt und Negri den Begriff der *immateriellen Arbeit* von Maurizio Lazzarato (1998a). Er dient ihnen dazu den Übergang zu einer informellen Ökonomie unter soziologischen und anthropologischen Gesichtspunkten zu besprechen (vgl. Hardt / Negri, 2003: 300). Ihre Grundaussage in diesem Zusammenhang lautet: „Information und Kommunikation haben eine fundamentale Rolle im Produktionsprozess eingenommen“ (ebd.) Produktion und Märkte sind hierbei durch ständige Interaktion gekennzeichnet, sodass eine *just in time* Produktion möglich wird. Das bedeutet nichts Geringeres als die „Umkehrung“ des fordistischen Produktionsverhältnisses, weil hier nicht mehr für einen anonymen Markt produziert wird, sondern auf Geheiß des Marktes produziert wird. Kurzum, entgegen der fordistischen Produktion von Massenwaren gibt hier der Markt den Ton an. Es ist dieses Verhältnis, das den Dienstleistungssektoren der Ökonomie ihren Aufstieg gesichert hat (vgl. Hardt / Negri, 2003: 301f.).

„Da die Produktion von Dienstleistungen auf nicht-materielle und nicht-haltbare Güter zielt, definieren wir die Arbeit [...] in diesem Produktionsprozess [...] als *immaterielle Arbeit* – das heißt als eine Arbeit, die immaterielle Güter, wie Dienstleistungen, kulturelle Produkte, Wissen und Kommunikation produziert.“ (Lazzarato, 1998a, 1998b zit. n. Hardt / Negri, 2003: 302).

Der andere Bereich, den der Begriff der immateriellen Arbeit eröffnet, ist jener Aspekt, der als *affektive Arbeit* bezeichnet wird. Hier spielt die zwischenmenschliche Beziehung eine bedeutende Rolle. Sie spielt beispielsweise im Gesundheitswesen eine wichtige Rolle, wo *services of proximity*, also die Arbeit am Menschen vorherrscht (vgl. ebd.: 304). „Doch im Grunde geht es um die Erzeugung und Handhabung von Affekten.“ (ebd.) Im Allgemeinen wird der affektive Austausch als zwischenmenschlicher Kontakt verstanden. Dieser Kontakt kann in einer realen zwischenmenschlichen Kontaktsituation erfolgen oder rein virtuell sein, wie etwa in der Unterhaltungsindustrie. Weil hier ökonomische Produktion und Zwischenmenschliches verbunden sind, konstituiert die *affektive Arbeit* eine Grundlage der Biomacht (vgl. ebd.). Hardt und Negri sprechen es deutlich aus:

„Affektive Arbeit produziert soziale Netzwerke, Formen der Gemeinschaft, der Biomacht.“
(Hardt / Negri, 2003: 304)

Arbeit und Kooperation im Netzwerk

Die *immaterielle Arbeit* produziert ein neues soziales Verhältnis, das nicht ohne Kooperation auskommt. Das ist insofern von Bedeutung, weil sich hier in voller Deutlichkeit zeigt, wo die Ansatzpunkte der neoliberalen Gouvernamentalität liegen. Denn es bedarf keiner Zwangsmaßnahmen oder einer vorhergehenden Organisation der Kooperation, sie ist der *immateriellen Arbeit* bereits inhärent (vgl. ebd.: 305). Die Bedeutung der Kooperation liegt auf der Herstellung „[...] eines gesellschaftlichen Surplus [...] [in] Form der kooperativen Interaktion [...], die sich sprachlicher, kommunikativer und affektiver Netzwerke bedient.“ (ebd.) Das Netzwerk ist hier von herausragender Bedeutung, weil die *immaterielle Arbeit* eine kollektive Praxis darstellt und daher auf Netzwerke angewiesen ist, argumentiert Opitz. Es sei nicht eindeutig bestimmbar, ob die immaterielle Ökonomie Gesellschaftlichkeit konsumiere *oder* steigere (vgl. Opitz, 2004: 106, Hervorh. AG). Etwas zynisch könnte man einwenden, dass es sich nicht unbedingt um ein „oder“ handeln muss, beides kann simultan erfolgen. Kooperation nimmt hierbei keine Rücksicht auf Entfernungen und so zeigen sich die Auswirkungen der aufkommenden Informationsökonomie in einer „dramatischen Dezentralisierung“ der

Produktion. Auf Ebene der Industrien und Betriebe kommt es zu einer Abflachung der Hierarchien. Die Netzwerkproduktion ist der Tendenz nach eine horizontale Organisationsform (vgl. 306f.). Schließlich wird die „Verhandlungsposition“ der Arbeit geschwächt und es kommt zu neuen Formen der prekären Arbeit (vgl. Bologna / Fumagalli, 1997 zit. n. Hardt / Negri, 2003: 308). Die *Netzwerkproduktion* stellt für Hardt und Negri außerdem eine neue Möglichkeit zur Kontrolle der Arbeitstätigkeiten dar, die „[...] im virtuellen panoptischen System der Netzwerkproduktion potentiell individualisiert und kontinuierlich [...] [wird].“ (ebd.) Für den Gegenstand dieser Arbeit sind die eben geschilderten Gedankengänge von herausragender Bedeutung. Denn entlang einer genealogischen Darstellung der Produktion erscheint das Phänomen Facebook nicht als völliges Novum im Bereich der Kommunikation – das wäre eine Verkürzung – sondern verweist auf die sozialen Praxen der postfordistischen Produktionsweise. Gegenüber der *Netzwerkproduktion* und den weiter oben geschilderten Gedankengängen der *immateriellen* und *affektiven Arbeit* formuliert der aktuellere Ansatz der *digitalen Arbeit* eine gegenwartsbezogene Kritik, die sich auf das Web 2.0 bezieht.

Digitale Arbeit

Digitale Arbeit ist ein Konzept, das zu einer entscheidenden Grundlage in den Debatten rund um die politische Ökonomie des Internets geworden ist (vgl. Andrejevic, 2013, 2011a, 2009; Burston / Dyer-Witheford / Hearn, 2010; Scholz, 2013). Wer gegenwärtig *digital arbeitet*, schreibt Scholz (2013: 1), tue dies in einem *simple-to-join*- und *anyone-can-play*-System, das Menschen als gewinnbringende Ressourcen benützt und sich in den Händen einiger weniger Eigentümer (Oligarchen) befindet. Während also auf der einen Seite neue Formen der Arbeit entstanden seien, hätten sich auf der anderen Seite alte Formen der Ausbeutung gehalten: Für die Arbeit im Netz gäbe es keine Mindestgehälter oder Krankenversicherung und staatliche Behörden hätten bisher kaum regulierend eingegriffen. *Digitale Arbeit* sei ein brisantes Thema der Gegenwart und sollte daher Beachtung finden, in Bezugnahme auf den *kognitiven Kapitalismus* (ebd.). Die Ausbeutung im Kontext *digitaler Arbeit*, betont Mark Andrejevic (2009), sei dadurch geprägt, dass die digitale Arbeiterschaft im Allgemeinen von ihren Produkten *entfremdet* sei. Er greift damit ein Konzept von Karl Marx auf, der in seinen Pariser Manuskripten von 1844 argumentiert, dass sowohl die produktiven Mittel wie auch das durch sie geschaffene Privateigentum in den Händen der Kapitalistenklasse bleibe.

Das Privateigentum ist demnach ein Produkt der Ausbeutung, das durch eine *Entfremdung*¹⁸ bzw. *Entäußerung* der Arbeit geschaffen wird (vgl. Marx, 1968/1844: 510ff.). Nun argumentiert Andrejevic, würden sich typische Anwendungen des *Web 2.0* dadurch auszeichnen, dass sie, der digitalen Arbeiterschaft Kontrollmöglichkeiten über die Produkte ihrer kreativen Arbeit suggerieren (vgl. ebd., 2009: 419; Hesmondhalgh, 2010: 275). In Andrejevics Konzeption der *digitalen Arbeit* spalten sich Inhalte (*user-created content*) und Daten auf. Während also die Inhalte *sichtbar* in den Händen der digitalen Arbeiterschaft bleiben, werden die Daten (*user-generated data*) im Hintergrund – also *unsichtbar* für die Userinnen und User – in Privateigentum umgewidmet (vgl. ebd., 2009: 418, 2011a: 39). Bezüglich Facebook ist zu ergänzen, dass die Plattform sich auch noch vorbehält, Inhalte zu verwerten. Durch das Akzeptieren der Geschäftsbedingungen von Facebook, verlieren Facebooks Mitglieder weitgehend die Rechte an den von ihnen produzierten Inhalten:

„Für Inhalte wie Fotos und Videos, die unter die Rechte an geistigem Eigentum (sog. „IP-Inhalte“) fallen, erteilst du uns durch deine Privatsphäre- und App-Einstellungen die folgende Erlaubnis: Du gibst uns eine nicht-exklusive, übertragbare, unterlizenzierbare, gebührenfreie, weltweite Lizenz zur Nutzung jeglicher IP-Inhalte, die du auf oder im Zusammenhang mit Facebook postest („IP-Lizenz“). Diese IP-Lizenz endet, wenn du deine IP-Inhalte oder dein Konto löschst, außer deine Inhalte wurden mit anderen Nutzern geteilt und diese haben die Inhalte nicht gelöscht.“ (Facebook, 2014d)

Mit der Ausbreitung digitaler Vernetzung, orientieren sich die allgemeinen Vorstellungen von „guter Arbeit“ daran, ob Informationstechnologien beteiligt sind. Kurzum, *digitale Arbeit* wird mit positiven Vorstellungen besetzt (vgl. King, 2010: 291). Der *digitalen Arbeit* haftet ein Gefühl der *Leichtigkeit*, des *Spielerischen* an: Die Userinnen und User lernen in spielerischen Varianten der Arbeit kreative Inhalte zu produzieren. Darüber hinaus wird das Spielen selbst komodifiziert, wie das Phänomen virtueller „Goldsucher“ (*gold farmers*) in Online-Spielwelten zeigt (vgl. Yee, 2006; Dibbell, 2007 zit. n. King, 2010: 287). Gegenüber der monotonen Fabrikarbeit unter der *tayloristischen* Zurichtung und der Fließbandarbeit in

¹⁸ „Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht gegenüber. Das Produkt der Arbeit ist die Arbeit, die sich in einem Gegenstand fixiert, sachlich gemacht hat, es ist die Vergegenständlichung der Arbeit. Die Verwirklichung der Arbeit ist ihre Vergegenständlichung. Diese Verwirklichung der Arbeit erscheint in dem nationalökonomischen Zustand als Entwicklung des Arbeiters, die Vergegenständlichung als Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes, die Aneignung als Entfremdung, als Entäußerung.“ (Marx, 1968/1844: 511f.)

der *fordistischen* Produktionsweise, erscheint wissensintensive geistige Arbeit unter positiven Vorzeichen. Die *digitale Arbeit* muss in einem Zusammenhang mit der generalisierten Aufwertung der Kreativität, im Zuge des Aufstiegs der *kreativen Klasse* (Florida, 2002), betrachtet werden: Der *Kreativitätsimperativ* (Reckwitz, 2013) naturalisiert einen Diskurs der Talente, wodurch gemeinhin übersehen wird, dass *kreative Arbeit* in hohem Maße vom Besitz der nötigen technologischen Produktionsmittel *abhängig* ist (vgl. Bilton, 2007: 72-74 zit. n. King, 2010: 293), also von ihr vorgelagerten Kapitalinvestitionen. Barry King zufolge markiert *digitale Arbeit* den Höhepunkt einer solchen Abhängigkeit (ebd.). Er sieht im Diskurs der Kreativität, der kontinuierlich rund um *digitale Arbeit* produziert wird, ein Mittel, wie die „einschmeichelnde Ideologie der Selbstwertschätzung“ Eingang in die Subjekte einer digitalen Arbeiterschaft findet (ebd.: 297). Der Kreativitätsdiskurs entpuppt sich damit als Instrument einer gouvernementalen Führungsweise im *Postfordismus*: In der neoliberalen Kreativwirtschaft sind die Subjekte einer ständigen Sorge um sich selbst ausgesetzt, die darin besteht als *unternehmerisches Selbst* (Bröckling, 2007) in ihre *kreativen skills* – verstanden als *Humankapital* – zu investieren, während auf der anderen Seite ständige Investitionen in die technologischen Produktionsmittel nötig sind. Vor diesem Hintergrund suggerieren die Anwendungen des *Web 2.0* und insbesondere auch Facebook den Userinnen und Usern nicht nur neue Möglichkeiten der Kontrolle (vgl. Andrejevic, 2009: 419), sondern statten sie darüber hinaus mit Produktionsmitteln (Speicherplatz, Bildbearbeitungswerkzeuge, etc.) aus, die für die *digitale Arbeit* im Netz notwendig sind. In diesem Sinne ist Facebook „doppelt produktiv“, denn es dient einerseits als „Auffangbecken“ für *user-created content* und *user-generated data*, während es andererseits „wichtige Kommunikationsressourcen“ für die digitale Arbeiterschaft bereitstellt (vgl. ebd.: 41f.). In der vorliegenden Arbeit soll das Konzept der *digitalen Arbeit* verwendet werden, um die Mechanismen der Ausbeutung in Facebooks *neuer Produktionsweise* (Andrejevic, 2011a) kenntlich zu machen.

Krise der Repräsentation, *Community* und *Empowerment*

„Speaking for the other“ (Mohanty, 1984), ist jene ureigene Verhaltensweise innerhalb der Wissenschaften, die wissenschaftliches Arbeiten so ambivalent macht. So auch im Entwicklungsbereich, der vor dem Hintergrund der am Ende der 1970er-Jahre auftretenden massiven Hungersnöte zunehmend seine Legitimierung verliert. Zusammen mit der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, die letztlich aus der Praktik der Entwicklung selbst

resultierte, markieren sie eine Krise des Entwicklungssystems. Denn spätestens jetzt ist allgemein sichtbar, dass die Praxis der Intervention – egal wie sie gestaltet war – die großen Probleme der Armut, des Hungers und des Massensterbens im besten Fall nur mildern konnte. Grob zwei Drittel der Menschheit waren davon betroffen. Noch immer führte die allgemeine Wohlfahrt ein Inseldasein, in den reichen Regionen Europas, Nordamerikas und einzelnen wirtschaftsstarken Gebieten, wie beispielsweise innerhalb der aufstrebenden Tigerstaaten. Diese „entwickelten“ Regionen hoher sozialer Sicherheit stellen die Ausnahme dar, nicht die Regel. Ein Umstand, vor dessen Hintergrund Paul Rabinow in seinem Essay „*Representations are Social Facts: Modernity and Post-Modernity in Anthropology*“ (1986) die „Anthropologisierung des Westens“ (Rabinow, 1986: 234) fordert. Aus seiner Perspektive erscheint die Herausbildung der „westlichen Moderne“ als Sonderfall der Geschichte, der nicht als Universalität aufgefasst werden sollte. Den Sonderfall zur allgemeinen Regel zu erheben ist *Eurozentrismus*, ein Begriff den Samir Amin in seinem Buch „*L’eurocentrisme, critique d’une idéologie*“ (1988) herausarbeitete. Zeitgleich kritisierte Gayatri Chakravorty Spivak in ihrem Essay „*Can the Subaltern Speak?*“ (1988) die etablierten Regime der Repräsentation. Die eben zitierten Texte gehören einem Kanon der postkolonialen Kritik an, welcher seit dem Dekolonialisierungsprozess zunehmend inhaltsreicher wurde und in den 1980er-Jahren, parallel zur oben angedeuteten Krise im internationalen System, eine bedeutende Ausweitung erfuhr. Die „Krise der Repräsentation“, von der hier die Rede ist, muss als Ergebnis der verschiedenen antikolonialen und antiimperialistischen Kämpfe gesehen werden, die von den unterschiedlichsten sozialen Bewegungen initiiert wurden.

Community

Ein anderes Produkt des sozialen Widerstands ist der *Community*-Diskurs. Nikolas Rose, beschreibt sein Entstehen in Hinblick auf einen Rückgang des Sozialen. Der Terminus *Community* habe sich vor allem in den Debatten rund um den Multikulturalismus etablieren können, weise aber daneben direkte Bezüge zur Terminologie von Markt, Vertrag und Konsum auf (vgl. Rose, 2000: 79). Die Vorstellung von Gemeinschaft, wie sie die *Community* in Aussicht stellt, formuliert ein Gegenmodell zur anonymen Massengesellschaft. „In der politischen Theorie spielte der Begriff der Gemeinschaft freilich schon lange eine bedeutende Rolle, aber erst, als er im technischen Sinne gebraucht wurde, erlangte er auch eine Funktion für den Kontext des Regierens.“ (ebd.: 80) Damit soll gesagt sein, dass diese Vorstellung von Gemeinschaft zuerst ein Thema des Aktivismus war, bevor sich ein Expertendiskurs

entwickelte. Rose schreibt: „Bereits Anfang der sechziger Jahre bemühten Soziologen die »Community« als mögliches Gegengift gegen Einsamkeit und Isolierung des Einzelnen in der »Massengesellschaft«.“ (ebd.) Es dauert nicht lange bis das ursprüngliche Konzept der Selbstrepräsentation von Behörden aufgenommen und für einen anderen Gebrauch adaptiert wird: Aus dem „Diskurs des Widerstands und der Gegenkultur“ (ebd.: 81) entsteht ein Expertendiskurs der „ethnographischen Soziologie“ (ebd.: 80), der ein neues Wissen über Vorgänge im Sozialen hervorbringt. „Die »Communities« wurden so zu Zonen, die erforscht, dargestellt, klassifiziert, dokumentiert und interpretiert werden mussten [...]“ (ebd.: 81) Rose merkt an, dass die *Community* in gewisser Weise einen Weg darstellte, um eben jene Problematiken greifbar und sichtbar zu machen, die das Soziale gar nicht fähig war zu erfassen. Womöglich sogar die Defizite des Sozialen selbst (vgl. ebd.). Aus einer Gouvernamentalitätsperspektive betrachtet, argumentiert Rose, zeichnet sich hier eine neue Rationalität des Regierens ab: „Regieren durch die Community“ (ebd.). Die Folgen dieser Adaption der Macht sind weitreichend. Sie setzen nämlich ein völlig neues räumliches Verständnis voraus: Zum Einen bedinge die neue Abgrenzung des Raums durch Gemeinschaften eine „Fragmentierung des Raumes“, während andererseits „virtuelle Gemeinschaften“ völlig ohne „wirklichen“ Raum und ohne „wirkliche“ Zeit existieren (vgl. ebd.: 82). Die „virtuellen Gemeinschaften“ sind durch „[...] ein Netz kommunikativer Relais, wie etwa Symbole, Bilder, Moden und sonstige Formen der Identifikation, miteinander verbunden [...]“ (ebd.) Diese innere Bindung muss – gemäß Rose – als Konstruktion betrachtet werden:

„Virtuelle Gemeinschaften haben den Charakter einer Diaspora, sie bestehen nur in dem Maße, wie ihre Mitglieder untereinander über Identifikationsleistungen verknüpft sind, die in den nicht-geografischen Räumen von Aktivisten-Diskursen, von kulturellen Codes und Bildern der Medien konstruiert werden.“ (Rose, 2000: 82)

Die *Community* wird heute, im aktivistischen Milieu wie im behördlichen Bereich gleichermaßen als Selbst- wie Fremdbezeichnung gebraucht, meist ohne auf die innere Widersprüchlichkeit zwischen der Gemeinschaft als Selbstermächtigung und einer Rationalität der Fremdkontrolle hinzuweisen. Aus beiden Perspektiven erscheint die Community als ein *Instrument*, das man ungern verwirft. Nicht umsonst habe Rose das Wiederaufleben der Gemeinschaft in Zusammenhang mit dem Niedergang der modernen Öffentlichkeit – oder, wie Rose es nennt „Tod des Sozialen“ (siehe ders. 2000, Titel) – gebracht, schreibt Reinhard Kreissl (2004: 38). „Die ironischerweise auch von linken Kritikern des panoptischen Wohlfahrtsstaats vor nicht allzu langer Zeit noch gefeierte Subsidiarität und Autonomisierung lokaler sozialer Einheiten

entpuppen sich heute als ökonomische Strategie des Outsourcing ebendieses Staates unter Bedingungen der fiskalischen Krise.“ (ebd.) Das bürgerlich-moderne Konzept des Staatsbürgers als „Gleicher unter Gleichen“ zerfalle bei Rose in zwei Teilaspekte: Auf der einen Seite stünden die „hoch individualisierten“ Einzelnen, als Unternehmer ihrer selbst, während auf der anderen Seite die „engsinnig gefasste Community“ stünde (vgl. ebd.). „Was bleibt, sind der Appell an den Einzelnen und eine kommunitäre Politisierung, im Westentaschenformat durch Betroffenenengruppen.“ (ebd.: 39) Letztlich lässt sich, der Leseweise Kreissls nach, kein gesamtgesellschaftlicher Konsens mehr herstellen. Die verschiedensten Gruppierungen würden um die „Ressource“ der öffentlichen Aufmerksamkeit konkurrieren (vgl. ebd.). Pointiert ausgedrückt kann das als Kampf um Sichtbarkeit verstanden werden, bei dem in Regimen der Aufmerksamkeit, von PR-Techniken bis zu Formaten der theatralischen Performance, alles zum Einsatz kommt, was in irgendeiner Weise die Beachtung oder das Interesse zu fördern verspricht. Und noch ein Aspekt erscheint hier wichtig zu sein: „Die paternalistisch-panoptische Kontrolle der in taylorisiertem Trott gefangenen Arbeitskräfte wurde abgelöst durch die kommunitär gedachte Gruppenarbeit.“ (ebd.: 40) Fast hört sich das wie eine Wendung zum Positiven an, doch ist das Regime der Disziplinierung und Kontrolle nicht gänzlich verschwunden. Im Gegenteil sei der kollektive Druck der Gruppe auf die Einzelnen „[...] viel effektiver, kostengünstiger und scheinbar humaner als die an der Spitze konzentrierte Sanktionsmacht [...]“ (ebd.) Aus den namenlosen Schwerstarbeitern *tayloristischer* Zurichtung werden dynamische, eigenverantwortliche und kommunikative Mitarbeiter, die täglich ihre Teamfähigkeit und Flexibilität unter Beweis stellen müssen. Auf diese Weise „[...] amalgamieren die Motive von Konkurrenz und Solidarität [...]“, schreibt Kreissl (2004: 40).

Empowerment

Zeitgleich mit den verschiedenen selbstkritischen Ansätzen in den Sozialwissenschaften, die allesamt die Repräsentation der „Anderen“ in Frage stellen, verfestigt sich ein Begriff, der so heterogen ist, dass er gleichzeitig als „normative Richtschnur“ wie auch als „Handlungskonzept“, aber auch als „analytische Kategorie“ eingesetzt wird (Bröckling, 2003: 323). Das Dispositiv des *Empowerment* (Rappaport, 1985), schreibt Ulrich Bröckling, finde sich in Entwicklungshilfeprogrammen von UNO und Weltbank sowie bei Non-Governmental Organizations, in der Psychotherapie, aber auch im Personalmanagement und in der Unternehmensberatung (UNDP, 1998; Narayan, 2002; Friedmann, 1992; Worrell / Remer,

1992; Kantsperger, 2001 zit. n. Bröckling, 2003: 324). Dabei ist *Empowerment* „[...] ein Konstrukt von hoher Attraktivität [...] nicht trotz, sondern gerade wegen seiner Vieldeutigkeit.“ (ebd.) Um dieses vielseitige Konstrukt erfassen zu können, hat Bröckling die folgende Definition vorgeschlagen:

„[...] Empowerment [umfasst] ein Bündel anthropologischer, psychologischer und soziologischer Grundannahmen insbesondere über Machtbeziehungen sowie ein Repertoire von Strategien und Taktiken, um diese Beziehungen im Sinne des Selbstbestimmungsimperativs zu verändern.“ (Bröckling, 2003: 324)

Der Schlüssel zum Verständnis dieser Definition liegt auf dem Wort „Selbstbestimmungsimperativ“ welches genauso paradox wie erklärend ist. Widersprüchlich ist, dass hier die Selbstbestimmung gleichsam verordnet wird, von einem „[...] Modus des Regierens, der sich dadurch definiert, dass all seine Interventionen die Fähigkeit zur Selbstregierung steigern sollen.“ (ebd.) *Empowerment* ist wie geschaffen für die *Community*. Ein Umstand, der in den USA, ab Mitte der sechziger Jahre, Beachtung fand: Bereits der 1964 ausgerufene *War on Poverty*, eine Anti-Armutskampagne der Johnson-Administration, setzte auf aktive Bürgerbeteiligung in *Community Action Programs*, bei denen die Forderungen der sozialen Bewegungen, die seit den 1950er-Jahren im Raum standen, in „sozialintegrative Bahnen“ gelenkt werden sollten (vgl. ebd.: 325f.). Die Devise lautete: „Nachbarschaftshilfe statt Aufstand“. Erst in den siebziger Jahren, schreibt Bröckling, sei der eigentliche Begriff geprägt worden (vgl. Levy Simon, 1994 zit. n. Bröckling, 2003: 325). So sei aus dem „Geist der Bürgerrechtsbewegung“ (ebd.: 325) schließlich eine „harmonistische Sozialutopie“ (ebd.: 329) abgeleitet worden, „[...] aus der alle Spuren eines Kampfes um Macht getilgt sind [...]“ (ebd.). Das bedeutet aber nicht, dass die Macht selbst kein Thema im Diskurs des *Empowerment* ist. Tatsächlich wird Macht darin zur sozialen Ressource, die frei verfügbar ist, aber ungleich verteilt ist. In diesem Punkt erweist sich das Konzept als apolitisch, denn es wird weniger nach den systemischen Gründen dieser Verteilung gefragt, als vielmehr eine „Ohnmacht“ festgestellt. Hier setze dann die fürsorgliche „Belagerung durch professionelle Helfer“ ein, die durch das systematische Eingreifen die Autorität derselben stütze, in dem Maße wie sie gleichzeitig die Unmündigkeit ihrer Schützlinge konstatiere (vgl. ebd.: 328). „Ausgeblendet bleibt dabei, dass diese Machttheorie selbst eine Form der Machtausübung darstellt, eine in hohem Maße produktive Form, die weniger unterdrückt und beschneidet als sie vielmehr Neues entstehen lässt und Freiheitsspielräume schafft [...]“ (ebd.) Deswegen kann *Empowerment* in einer Reihe von Sozial- und Selbsttechnologien eingeordnet werden,

die dem Repertoire neoliberalen Regierens angehören und dem auch eine neoliberale Vorstellung der *Community* angehört: „Der Anrufung des autonomen Selbst korrespondiert die des solidarischen Gemeinschaftswesens; *governing by self-control* und *governing by community* stehen in Opposition zueinander und laufen doch parallel.“ (Rose, 2000 zit. n. Bröckling, 2003: 331)

Community und *Empowerment* sind heute höchst gängige Begriffe im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Als ehemalige Vokabel des Widerstands haben sie zwar längst ihre kämpferische Bedeutung eingebüßt, gewähren aber einer ganzen Sparte professioneller Kräfte im Entwicklungsdienst eine positive Selbstwahrnehmung. Sie brechen globale Asymmetrien auf lokale Problemfelder herab und ermöglichen damit kontextuelle Lösungsstrategien für Probleme vor Ort, ohne die großen, umfassenden Strukturen der Ungleichheit in die sie eingebettet sind, angreifen zu müssen.

V. ENTWICKLUNG IN DER
TRANSPARENZGESELLSCHAFT:
INTERNET & FACEBOOK

Transparenzgesellschaft und digitale Rationalität

Der Befund der *Transparenzgesellschaft* ist in zahlreichen Publikationen, die dem aktuellen Zeitgeschehen kritisch gegenüberstehen, eine zentrale Leitfigur, anhand derer verschiedene andere Thematiken in den Blick genommen werden. Diese reichen von Postulaten der Auflösung des (auf Gemeinschaft beruhenden) Politischen bis zur Rekonfiguration des Gemeinsamen in der sogenannten „Positivgesellschaft“. In seiner erst kürzlich erschienenen Schrift zur „*Transparenzgesellschaft*“ [Titel], schreibt Byung-Chul Han, dass sich in dieser „[...] keine *Gemeinschaft* im emphatischen Sinne [bildet]. Es entstehen nur zufällige *Ansammlungen* oder *Vielheiten* von für sich isolierten Individuen, von *Egos*, die ein gemeinsames Interesse verfolgen [...]“ (Han, 2013b: 80). In dieser Verfolgung gemeinsamer Interessen, die auch bloße Vorlieben des Konsums sein können, bilden sich sogenannte *Content Communities*. Der Grundgedanke dieser neuen Vergesellschaftung ist schon mehr als ein Jahrzehnt zuvor in Michael Hardts und Antonio Negris „*Empire*“ formuliert worden. Hardt und Negri haben hierin den Begriff der *Multitude* geprägt und etwas später, in einer gleichnamigen Publikation, im Detail ausgeführt (vgl. dies., 2004). Die fundamentale Idee wird aber auch schon in einem Aufsatz des englischen Soziologen Nikolas Rose (1996, hier 2000), unter dem Titel „*Tod des Sozialen?*“, behandelt. Die *Multitude*, die eine Anhäufung von Singularitäten (Individuen) ist, stellt das Endergebnis eines Prozesses dar, in dessen Folge das Soziale nicht mehr beanspruchen kann eine „[...] zeitlose Existenzform menschlicher Sozialität [...]“ (Rose, 2000: 75) zu sein. Nun, ganz tot ist das Soziale nicht, auch wenn es in seiner ursprünglichen Bedeutung als Interventionsfeld der Regierung an Bedeutung verloren hat. „[I]n den derzeitigen politischen Auseinandersetzungen macht »das Soziale« in dem Sinne, wie es fast ein Jahrhundert lang verstanden wurde, einen tief greifenden Wandel durch [...]“ (ebd.: 76f.); schrieb Rose Ende der 90er-Jahre. Ein Wandel, der auch mehr als zehn Jahre nach der Jahrtausendwende nicht abgeschlossen ist. Als Folge dieses Wandels sei die gängige Vorstellung einer Nationalökonomie in Frage zu stellen, denn sie verliere ihre zentralen Bezugsfelder, in dem Maße, in dem Bevölkerungsgruppen über Staatsgrenzen hinweg in Beziehung treten und Wirtschaftsprozesse global geworden sind (vgl. ebd.: 77). Je undurchsichtiger diese Zusammenhänge geworden sind, desto mehr kann angenommen werden, dass ein allgemeines Bedürfnis der Durchblickbarkeit entstanden ist. Kaum ein anderes Schlagwort sei hinsichtlich der öffentlichen Sphäre mehr beherrschend als „Transparenz“, schreibt Han.

Sie werde hauptsächlich im Zusammenhang mit der Informationsfreiheit emphatisch beschworen (vgl. Han, 2013b: 5). Durch den taktischen Rückgriff auf Transparenz, ergeben sich für Han praktische Widersprüchlichkeiten in der Sphäre des Politischen. Die *Transparenzgesellschaft* gehe mit dem Befund der „Post-Politik“ (Han, 2013b: 60) einher, weil Politik „strategisches Handeln“ sei und folglich des Geheimnisses bedürfe. Übermäßige Transparenz lähme sie (vgl. Han, 2013b: 14). Nur eine Politik der „Theatrokratie“ komme ohne Geheimnisse aus, argumentiert Han, denn hier ersetze die Inszenierung das politische Handeln (vgl. ebd.: 15). Die Transparenz der Netzradikalen – Han bezieht sich in seinen Ausführungen auf die Piratenpartei – verhindere gerade die politische Handlungsfähigkeit anstatt sie zu fördern. Wenn Han die Piratenpartei als eine „Partei ohne Farbe“, ohne „durchschlagende Negativität“ einer Ideologie begreift (ebd.), dann kann hier eine – wenn nicht *die* – zentrale Problematik der *Postpolitik* festgemacht werden: Auf das Ende der großen Ideologien, die in Diskursen artikuliert wurden, folgt ein Zustand der medialisierten Meinungspolitik, die sich auf Meinungsforschung, Umfragewerte und Statistiken – oder allgemeiner gesprochen – auf „Positivitäten“ stützt:

„Die Transformation der öffentlichen Sphäre zur Medienöffentlichkeit erreicht damit einen Punkt, an dem die Gespräche im Big Brother-Container die parlamentarische Debatte ersetzen können. In dieser panoptischen Öffentlichkeit ist Regieren gleichbedeutend mit der Durchsetzung von Transparenz, oder von Transparenz-Simulationen. [...] Und die archaische Interaktivität des Big Brother-Voting per Zuschauerumfrage [...] ist das Modell einer politisch-plebiszitären Ordnung, die unter dem Namen Demokratie ihre pseudo-plebiszitären Parlamente überall einrichtet.“ (Holert, 2008: 246)

Tom Holert argumentiert in Ahnlehnung an Foucault, dass der „Regierungsstaat“ ephemere Öffentlichkeiten nütze, um seine Programmatik in einem argumentativen und/oder spektakulären Rahmen durchzuspielen, bevor diese schließlich über die „Herstellung von Konsensualität“ realisiert würden (vgl. ebd.: 246f.). Wenn Politik zu einer Reality-Show wird, dann verspricht Transparenz nicht nur Teilhabe, sie etabliert ein Regime der Wahrheit.

Han beschreibt Transparenz als einen „Zustand der Symmetrie“: So ist die Transparenzgesellschaft bestrebt, alle asymmetrischen Beziehungen zu beseitigen. Zu ihnen gehört auch die Macht.“ (Han, 2013b: 31) Hier muss ergänzt werden, dass ein Machtbegriff, wie ihn Foucault in seinem Konzept der Biopolitik ausgearbeitet hat, gerade hier wirksam wird, wo scheinbar keine Macht zugegen ist. Freilich konnte Foucault nicht voraussehen, wie sich die

Macht in den biopolitischen Regimen des Selbst der vernetzten Gegenwart verfeinert, doch lässt seine Darstellung der neoliberalen Regierungsweise verstehen, warum Transparenz solch immanente Bedeutung erhalten hat: Sie ist ein ökonomisches Kalkül, da sie einerseits die Positivität der Mess- und Berechenbarkeit ins Spiel bringt und andererseits eine umfassende Logik der Transparenz voraussetzt. Jedes ökonomische Modell, jede Statistik ist nur so gut, wie die ihnen zugrunde liegende Datenmenge. Han merkt deshalb an, dass der „Transparenzwang“ ein „ökonomischer Imperativ“ ist (vgl. Han, 2013b: 80). Das gilt nicht nur für Parteiprogramme, sondern – mit Foucault argumentiert – insbesondere auch für die Mikroebene der *Homines oeconomici*, die „Atome“ der neoliberalen Regierungsform der Gegenwart, welche in der Führung und Selbstführung der Individuen besteht. Auf dieser Mikroebene ist „[...] Intimität [...] die *psychologische Formel der Transparenz*.“ (Han, 2013b: 58) Wer glaubhaft vermitteln kann, was er zu sein glaubt oder wünscht und dabei sein Inneres gegenüber der „Geständnisgemeinschaft“ in einem ausgewiesenen Akt der Freiwilligkeit transparent macht, gilt tendenziell als vertrauensserregend. Darüber hinaus kann Vertrauen als ökonomisches Gut verstanden werden, das fortlaufend produziert werden muss, weil es in immateriellen Arbeitsverhältnissen der Dienstleistungsgesellschaft einen hohen Stellenwert besitzt.

Nun haben wir bei Foucault gesehen, dass die neoliberale Führungsweise auf das Innere der Subjekte abzielt. Wenn also Han in der Offenbarung der intimsten Gefühle und Emotionen den Versuch, die „Transparenz der Seele“ (ebd.) herzustellen sieht, dann positioniert er sich nicht weit vom Standpunkt Foucaults, der die „Seele“ als Adresse der Macht beschrieben hat. Han geht nicht im Detail darauf ein, wie die Verallgemeinerung der Pastoraltechniken mit der Geständniskultur postmoderner Affektarbeiter in Verhältnis zu setzen ist. Er postuliert ein Schwinden der Narrativität zu Gunsten des direkt Visuellen, mithin ein Schwinden der Fähigkeit zur Distanzierung zu Gunsten von Präsenz und Kopräsentation (vgl. Han, 2013a: 41): „Die Welt ist heute kein *Theater*, in dem Handlungen und Gefühle dargestellt und gelesen werden, sondern ein *Markt* [...]“ (Han, 2013b: 57) Han trifft hier die Unterscheidung von „theatralischer Darstellung“ und „pornographischer Ausstellung“ (vgl. ebd.: 58). Eine Kritik, die sich direkt auf die Praktik von Facebook beziehen lässt, weil dort tendenziell jeder Ausdruck einem Imperativ der Ausstellung unterliegt. Ja, die Mitglieder stellen sich selbst aus. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Ökonomisierung sozialer Beziehungen mag es fraglich erscheinen, wie es hier um die Freiwilligkeit steht. Nichtsdestotrotz muss festgehalten werden, dass es auf den ersten Blick wenig Anhaltspunkte gibt, die nahelegen, dass es eine greifbare Instanz des Zwangs gibt, die man so einfach kritisieren könnte.

„Während die Insassen des Benthamschen Panoptikums sich der permanenten Präsenz des Aufsehers bewusst sind, wähnen sich die Bewohner des digitalen Panoptikums in Freiheit.“ (Han, 2013b: 76) Der Argumentation von Byung-Chul Han muss entgegengesetzt, dass sich die Teilnehmer der „partizipatorischen Überwachung“ (Albrechtslund, 2008) aus Beweggründen der Teilhabe dafür entscheiden, in eine Logik der Überwachung einzutreten. Die „Tyrannei der Sichtbarkeit“ (Han, 2013b: 24) und der hierbei bestehende „*ikonische Zwang*, zum Bild zu werden“ (ebd.) stehen einem Begehren der Sichtbarmachung und Selbsttransparenz gegenüber. Erzwingen und Ermöglichen von Sichtbarkeit fallen in einer „[...] panoptische[n] Ordnung [...], die als ‚decentered‘ und ‚predominantly consensual‘ beschrieben werden kann [...] [zusammen]“ (Holert, 2008: 260). Der postfordistische Zustand zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass Individuen über die Ermöglichung bestimmter Freiheitsräume und einzelner Freiheiten in Regime der Selbstregierung eingebunden werden. Han merkt an einer anderen Stelle passend an: „Die aperspektivische Durchleuchtung ist wirksamer als die perspektivische Überwachung, weil man von allen Seiten, von überall her, ja von jedem ausgeleuchtet werden kann.“ (Han, 2013b: 75) Benthams Panoptikum kann in der gegenwärtigen Debatte nur noch als „Dispositiv einer disziplinierenden Ausleuchtung“ (Holert, 2008: 223) verstanden werden. Holert paraphrasiert Foucault: „Die Sichtbarkeit wird zur Falle des Subjekts.“ (ebd.) Denn, „[i]n der Sichtbarkeit des „Panoptismus“ ist Subjektivierung unauflöslich an das dezentralisierte, allgegenwärtige Auge der Macht gebunden.“ (ebd.) In diesem Sinne ist das transparente Subjekt eines der Macht und ihrer Bedingungen.

Der Überhang des Visuellen, der in der Transparenzgesellschaft vorherrscht, hat Auswirkungen: „Der transparente Raum ist arm an Semantik.“ (Han, 2013b: 53) Die Transparenzgesellschaft schaffe jegliche Negativität ab. Das Verweilen am Negativen weiche einem *Rasen im Positiven*, postuliert Han. In der Positivgesellschaft – die, nebenbei erwähnt, ihren Ausdruck im *happy web* findet – hätten Negativgefühle keinen Platz. Das Übermaß an Positivität, sei ein Anzeichen, dass in der gegenwärtigen Gesellschaft die Narrativität verschwunden sei. (vgl. Han, 2013b: 54) Mit Han kann zusammengefasst werden: „Das allgemeine Verdikt der Positivgesellschaft heißt ›Gefällt mir‹.“ (Han, 2013b: 16)

Facebook: *Produktionsweise* und *Erziehungsanstalt*

In der vorliegenden Arbeit habe ich, im Sinne einer genealogischen Darstellung, Regime der *Produktion*, der *Entwicklung* und der *Medien* simultan untersucht. Der theoretische Ausgangspunkt für diese Vorgehensweise war die These, dass sich die einzelnen Diskurse überlagern und deshalb gemeinsam untersucht werden sollten. Im Verlauf der Arbeit konnte gezeigt werden, dass der Entwicklungssektor von Anfang an auch ein Sektor der Medien war und, dass Medien entlang einer historischen Transformation von Organisationsformen der Produktion und Entwicklung zunehmend bedeutsamer geworden sind. Mit der Analyse des Zusammenspiels von Facebook und Entwicklung, vor dem Hintergrund neuer Formen der Produktion und der Arbeit (*digitale Arbeit*) im *kognitiven Kapitalismus*, möchte ich an die Gegenwart anschließen. Zunächst gilt es das Phänomen Facebook einzuordnen.

„Facebook ermöglicht es dir, mit den Menschen in deinem Leben in Verbindung zu treten und Inhalte mit diesen zu teilen.“ (Facebook, 2014a) So lautet die lapidare und irreführende Selbstbeschreibung der größten Sozialen Netzwerkseite der Geschichte des Internets, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits zehn Jahre besteht und über 1,2 Milliarden Nutzerprofile verzeichnet. Über 80% dieser Profile werden, gemäß den Angaben von Facebooks eigenem „Newsroom“, außerhalb der USA und Kanada bedient (vgl. Facebook, 2014b). Facebook ist ein börsendotiertes Unternehmen, das einen geschätzten Marktwert von 133 Milliarden Dollar besitzt (vgl. NASDAQ, 2014). Aus Facebooks „*Annual Report 2012*“ geht hervor, dass Facebook über 80% seiner finanziellen Erträge aus Werbeeinnahmen schöpft. Ein Anteil, der im Sinken begriffen ist und 2010 noch 95% ausmachte. Längst hat Facebook begonnen, andere Wertschöpfungsmechanismen zu etablieren. Etwa 680 Millionen monatliche Nutzer greifen von internetfähigen Mobiltelefonen auf die Plattform zu und generieren Einnahmen durch sogenannte *Social Games*, mobile Applikationen, die oft kostenpflichtig sind und zur Monetarisierung von Facebook beitragen. Daneben hat Facebook 2010 die Tochterfirma Facebook Payments gegründet und hat seitdem sukzessive Zahlungsfunktionen integriert, die in der fiskalischen Periode des Jahres 2012 von geschätzten 27 Millionen Nutzern benutzt wurden, um – wie Facebook angibt – virtuelle Güter zu kaufen (vgl. Facebook, 2013: 17ff.). Facebook ist entgegen dem ersten Anschein nach mehr als nur ein Medium oder eine Plattform des sozialen Austausches, das steht fest.

Facebook kritisch betrachtet: *Technikdeterminismus* und *Cyberoptimismus*

„Man kann Facebook als Maschine betrachten, die ihre Aufmerksamkeit immer weiter in die verschiedensten Bereiche des Lebens ausdehnt, dabei Subjektivitäten zurichtet und ökonomische Prozesse auf algorithmischer Basis ausdifferenziert. Eine Maschine, der sich Menschen aus unterschiedlichen Gründen freiwillig unterwerfen.“ (Leistert / Röhle, 2011: 8) Aus dieser Schilderung wird deutlich, dass Facebook abseits seiner Funktionen des Austauschs in fundamental anderen Bereichen wirksam wird und deshalb eine alleinige Betrachtung seiner kommunikativen Seite eine Verkürzung wäre. Zunächst lassen sich zwei grundlegende Wirkungsfelder bestimmen: eines der *Ökonomie und Produktion* auf Facebook sowie eines der *Subjektivierung* auf Facebook. In Anlehnung an Leistert und Röhle, geht es um das Aufzeigen von Problemfeldern, die auf der Ebene der Gesellschaft und der Ebene der Subjekte gleichzeitig auftreten (vgl. ebd.). Dabei sind Fragen nach der technischen und sozialen Funktionsweise der Plattform *ein* Aspekt, ein anderer Aspekt ist die Frage nach Diskursen, die sich auf das Phänomen selbst richten. Letzterer Aspekt legt nahe, dass ein methodisches Vorgehen, das lediglich die funktionale Seite der Plattform behandelt, egal wie kritisch es ist, einem *Technikdeterminismus* zum Opfer fällt, der daraus resultiert, dass diskursive Einschreibungen nicht berücksichtigt werden. Kurz umrissen, geht es hierbei darum, wie sich Vorstellungen, die allesamt aus einem Repertoire „modernen Wissens“ stammen, größtenteils unbemerkt über das Phänomen legen. Das bezieht sich einerseits auf das diskursive Verhältnis von Medien und Demokratie, andererseits auf eine Ideenwelt, in der die *bürgerliche Öffentlichkeit* einen zentralen Platz einnimmt. Daran anschließend werden Diskurse der Medienhegemonie, Medienunterwanderung und Gegenöffentlichkeit formuliert. Sie alle münden in einem Metadiskurs zum Verhältnis von Medien und Entwicklung, der bereits an mehreren Stellen Eingang in die vorliegende Arbeit gefunden hat.

Der sogenannte Arabische Frühling fachte neue Debatten über Medien und Demokratie an. Durch das Zirkulieren „Stark selektiver Bilderwelten“ in diversen europäischen und amerikanischen Medien wurde ein „diskursiver Marker“ gesetzt, der die Annahme nahelegt, dass Facebook eine ursächliche Beteiligung an der Erhebung der Demonstrierenden, an vielen Schauplätzen der MENA-Region, gehabt hätte (Leistert / Röhle, 2011: 13f.). Die Bilder, von denen hier die Rede ist, haben eine Verbindungsfunktion ausgeübt, indem sie tradierte Diskurse mit den Ereignissen im Frühjahr 2011 kurzschlossen. Im Folgenden möchte ich auf einige beispielhafte Bilder eingehen und die Kontexte in denen sie Verwendung fanden

beleuchten. In den beispielhaften Situationen tauchten sie als Begleitmaterial zu journalistischen Texten auf, wo sie zur *Sichtbarmachung* eines vermeintlich demokratisierenden Potentials von Facebook dienten. Insgesamt fügen sie sich in ein visuelles Refugium ein, das unterschiedliche Dankesbotschaften an Facebook, Facebook-Graffitis und Ähnliches umfasst. Ihre zentrale Gemeinsamkeit ist jedoch, dass sie allesamt von führenden europäischen und amerikanischen Medienakteuren verbreitet wurden und dabei stets als Begleitmaterial zu journalistischen Texten verwendet wurden. Es waren Artikel, wie jener der französischen Tageszeitung Le Monde, die zwei Tage nach dem Rücktritt von Ägyptens langjährigem Staatspräsident Husni Mubarak schrieb, dass die Facebook-Revolution im Gange sei: *„La révolution Facebook en marche“* (Le Monde, 13. 2. 2011). Die weithin hörbaren Stimmen unterschiedlicher Medienakteure thematisierten einen Zusammenhang zwischen Facebook und den vermeintlich demokratisierenden Erhebungen. Der deutsche Nachrichtensender n-tv etwa titelte am 25. Februar 2011 auf seiner Webpage: *„Keine Facebook-Revolution bei den Palästinensern : Die Zeit ist noch nicht reif“* (n-tv, 25. 2. 2011).



Abb. 1: Agenturfoto der Deutschen Presseagentur (dpa) auf der Seite des deutschen Nachrichtensenders n-tv

Flankiert wurde der Artikel von einem Bild der Deutschen Presseagentur (dpa), das zwei Männer vor einem grünen Rollladen zeigt, der mit dem simplen Schriftzug „Facebook“ besprüht wurde. Während das Bild selbst relativ neutral erscheint, weil es, bis auf den Schriftzug

„Facebook“, lediglich zwei Männer vor grünem Hintergrund zeigt, kann mit Susan Sontag (2010/1977) argumentiert werden, dass die Diskurse stets den Bildern vorausgehen. Dabei entfalten Bilder ein Zeigen eigenen Rechts, denn Bildlichkeit ist keinesfalls „irrationaler Symbolismus“, vielmehr „[...] schöpft die Bildsymbolik aus den Beständen tradierten Wissens und reproduziert sie gemäß ihren eigenen Regeln dadurch, daß [sic!] die Nonverbalität des Bildes Bestandteil der intersubjektiv verbindlichen Verständigungspraxis ist.“ (Müller-Doohm, 1997: 88) So etwa, verweisen die beiden Männer aufgrund ihres Aussehens auf klischeehafte Darstellungen orientalischer Männlichkeit: beide tragen einen Bart, einer trägt eine Kufiya („Palästinensertuch“) auf dem Kopf. Das Bild erzeugt, was es vorgibt abzubilden (Brandes, 2010: 75): „Als gerahmte Konstellation visueller Daten tritt Visuelles *als Bild* in Erscheinung. So (und nur so) lässt es sich unterscheiden vom Kontinuum des ungerahmten Visuellen, der formlosen Information [...]“, schreibt Tom Holert (2008: 23). Die Radikalität des Bildes ergibt sich aus dem Umstand, dass es als „instrumentelles Bild“ (ebd.: 26) seine Wirksamkeit entfaltet, parallel zur Ebene der Diskurse und dabei einen „Plausibilitäts-Effekt“ (ebd.: 96) erzeugt, der zwar im digitalen Zeitalter der allgegenwärtigen Bildmanipulation prekär geworden ist, aber dennoch zum Einsatz kommt, um die Existenz der Diskurse zu untermauern. „Das Visuelle [...] suggeriert und realisiert Verknüpfungsoperationen; es vermittelt zwischen Dingen und Gedanken [...]“, schreibt Tom Holert (2008: 43). Ein gutes Beispiel hierfür liefert die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). Sie schreibt:

„Wie kommt es zu Umstürzen? Mit Armut und Unterdrückung allein lassen sich Revolutionen nicht erklären. Massenproteste hängen vom Bestrafungsrisiko eines jeden Einzelnen ab. Das verringert sich, wenn Proteste über das Internet koordiniert werden.“ (FAZ, 19. 02. 2011) Die Kinder



der Facebook-Revolution hätten es geschafft eine Regierung zu

Abb. 2: Agenturbild der Deutschen Presseagentur (dpa) auf der Seite der FAZ

stürzen, nun bestünde die Chance demokratischere Strukturen zu etablieren (ebd.). Auch die FAZ illustriert ihren Artikel mit Bildern der dpa. In der Bildstrecke taucht auch das Bild mit dem grünen Rollladen wieder auf.

Die unterschiedlichen Bilder der Danksagung an Facebook legen nahe, dass hier tradierte Formen der visuellen Repräsentation Anderer Verwendung finden. Denn eine solche Berichterstattung aktiviert spezifisch-kulturelle Archive, Narrative, welche den Diskurs über demokratisierende Wirkungen von Facebook anzufachen (vgl. Robertson, 2012). Die Einschätzung der Rolle von Facebook für die Erhebungen fällt, je nach Blickwinkel, unterschiedlich aus. Während etwa die Dubai School of Government (DSG) im Mai 2011 auf empirischem Weg zeigen wollte, dass *Soziale Medien* eine wichtige Rolle bezüglich *Mobilisierung*, *Empowerment* und *Meinungsbildung* einnehmen (vgl. DSG, 2011), verweisen kritische Stimmen auf die inkonsistente Korrelation zwischen *Social-Media*-Nutzung und erfolgreichen Massenprotesten (vgl. Dewey / Kaden / Marks / Matsushima / Zhu, 2012; Wilkins, 2012). Egal welcher Position man eher zugeneigt ist, war wohl Facebook, entgegen der Darstellung der FAZ, kein ursächlicher Faktor in den Erhebungen des *Arabischen Frühlings*, mag aber dazu beigetragen haben Proteste zu verstärken (vgl. DSG, 2011; Dewey / Kaden / Marks / Matsushima / Zhu, 2012). Es wäre also *Technikdeterminismus* zu unterstellen, dass die Erhebungen durch das Vorhandensein des Internets oder Facebook *ausgelöst* wurden.

Evgeny Morozov gehört zu den größten Kritikern einer Hypothese, die eine Demokratisierung autoritärer Regime durch die Verbreitung des Internets in Aussicht stellt. In seinem 2011 erschienenen Buch „*The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom*“ kritisiert Morozov was er als „Internet freedom agenda“ der US-Regierung bezeichnet (vgl. ders.: 332ff.; The White House, 2011): „The biggest tragedy of the Obama administration’s Internet freedom agenda, even in its weakest form, is the unleashing of a *conceptual monster* so ambiguous as to greatly impede the administration’s ability to accomplish other objectives.“ (ebd.: 234, Hervorh. AG) Nun ist es nicht alleine der Beschwörung der angeblich befreienden Kraft des Internets durch die Obama-Administration zu verdanken, dass Facebook in verschiedenen journalistischen Darstellungen als „Tool der Befreiung“ gefeiert wird, auch wenn Barack Obamas Wahlkampagne erstmals Facebook im großen Stil instrumentalisierte, um Wähler und Wählerinnen zu mobilisieren. Vielmehr scheint es die generalisierende Gleichsetzung von Facebook mit dem *öffentlichen Raum*, wie er im Konzept der *Bürgerlichen Gesellschaft* verstanden wird, zu sein, die den oben geschilderten Darstellungen zugrunde liegt. Facebook erscheint dadurch als Raum für das Entstehen einer Gegenmacht.

In Anlehnung an Michel Foucaults produktiven Machtbegriff und Alex Demirovics Auseinandersetzung zum Verhältnis von Hegemonie und Zivilgesellschaft hat Gottfried Oy den *öffentlichen Raum* aber nicht etwa als Gegenteil, sondern als „festen Bestandteil von Macht“ beschrieben. (Demirovic, 1997: 165 zit. n. Oy, 2000:6) Nun ist die Situation bei Facebook noch etwas komplizierter, weil hier vorgebliche Öffentlichkeit von einem privaten Unternehmen produziert wird, dem vorgeworfen wird seine Kundschaft rücksichtslos auszuspionieren (vgl. Andrejevic, 2011a). Worin besteht nun das *conceptual monster*, von dem Morozov spricht und das durch den diskursiven Rekurs auf die befreiende Kraft der Internet-Öffentlichkeit geboren wird? Nicht nur, dass eine utopistische Vorstellung einer Freiheit in der Abwesenheit von Macht konstruiert wird, findet eine Idealisierung des öffentlichen Raumes statt. Als sei Demokratie im Internet oder auf Facebook der konsensuelle, spontane und unabdingbare Allgemeinwille (*volonté générale*), wie ihn bereits Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) ins Treffen geführt hat. Bei Rousseau bedarf es aber nicht einmal der Kommunikation: „Der Allgemeinwille bildet sich, dies hat man bisher kaum beachtet, ohne jede Kommunikation [...]. Rousseau begreift ihn als rein mathematische Größe, die man jenseits der kommunikativen Öffentlichkeit *objektiv materialisiert* vorfinden kann.“ (Han, 2013a: 20) Eine ganz andere Form der Kollektivität – und hier zeigt sich die Einseitigkeit der Vorstellung vom demokratischen und demokratisierenden Internet – repräsentiert der *Shitstorm*, ein Sturm der Empörung und Beschimpfung im Internet, der nicht selten instrumentalisiert wird. Die bloße Partizipation an etwas bedeutet noch keine Demokratie. In der flachen Hierarchie der digitalen „Empörungsgesellschaft“ produziere der Lärm des *Shitstorm* lediglich Aufmerksamkeit, sei aber nicht geeignet den öffentlichen Diskurs oder öffentlichen Raum zu gestalten, schreibt Byung-Chul Han (2013c: 12ff.). Trotz allem ruhe auf dem Internet eine Aura der freien und demokratischen Meinungsäußerung, wonach es auch die mächtigsten „virtuellen Mauern“ autoritärer Regime zu durchbrechen vermag, schreibt Morozov (vgl. 40ff.). Die Metaphern hierfür werden einer Rhetorik des Kalten Kriegs entlehnt und verleiten zu denselben Projektionen, die bereits Fax- und Kopiergeräte als Mittel der Demokratieverbretung erscheinen ließen (vgl. ebd.: xi, 46). Die stetige Hoffnungsrhetorik vom heilbringenden Internet, die in US-Regierungskreisen, internationalen NGOs, dem aktivistischen Milieu und letztlich auch von Facebook selbst beschworen wird, führt am Kern der Sache vorbei: „The problem with cyber-optimism is that it simply doesn't provide useful intellectual grounds [...].“ (Morozov, 2011: 282) Der Kopf dieses *conceptual monster*, seine Rationalität ist also der *Cyberoptimismus*.

Kommen wir zum Körper: Er besteht aus zahlreichen diskursiven Konzepten, beginnend bei der *Zivilgesellschaft* und der *bürgerlichen Öffentlichkeit*, über Vorstellungen *moderner Subjektivität*, bis hin zu Diskursen der *Einschreibung in die technischen Mittel* selbst. Der letztgenannte Punkt, „[d]ie Vorstellung eines technologischen Determinismus, also die Behauptung, dass Online-Kommunikationstools an sich gesellschaftlichen Wandel hervorrufen [...]“ (Leistert / Röhle, 2011: 15) erscheint besonders interessant. Der Diskurs, der sich hier entlang der Vorstellung demokratischer Eigenschaften der Plattform Facebook artikuliert, fällt, mit Ramón Reichert argumentiert, in eine Zeit „[...] in der die tägliche Medienberichterstattung eine Krise der etablierten politischen Repräsentation beschwört.“ (ders., 2008: 1) Explizite Rückgriffe auf das diskursive Archiv des *Technikdeterminismus* veranschaulichen – folgt man Leistert und Röhle (2011: 15f.) – die krisenhafte Lage, in der sich die basisdemokratische Handlungsfähigkeit westlicher Gesellschaften befindet. Die Einschreibung eines demokratiestiftenden Potentials in die Plattform Facebook speise sich aus einem Narrativ, das nahezu jede technische Innovation seit der Vermassung des Stromanschlusses mit Vorstellungen der Demokratie verbunden habe. „In der Glorifizierung von Facebook als Mittel der Demokratisierung erlebt es seinen vorläufig letzten und bizarrsten Widerhall: Handelt es sich diesmal schließlich um einen vollständig kommerziellen und zentralisierten Kommunikationsraum, der einem einzigen Konzern in den USA gehört.“ (ebd.: 16)

Facebook, begriffen als soziales Netzwerk, das der Kommunikation und dem Austausch dient, verstellt die Sicht auf andere Deutungsweisen des Phänomens, die es vermögen kritischere Perspektiven zu eröffnen. Diese gehen über die Thematisierung der kommerziellen Ziele von Facebook hinaus. Zunächst kann man Facebook als „Teil einer gouvernementalen Ordnung“ (ebd.: 22) begreifen, die ein biopolitisches Regime der „Selbstdarstellung, -bewertung und -kontrolle“ (ebd.) etabliert, das die Subjekte in mehrfacher Hinsicht neu ausrichtet: Erstens wird ein Imperativ der Selbstbeobachtung installiert, der einem Zustand der ständigen Fremdbeobachtung gegenübersteht (vgl. Wiedemann, 2011). Zweitens erlernen die Subjekte Techniken der „immateriellen Arbeit 2.0“ (Coté / Pybus, 2011), die ein wesentliches Kriterium der „Fitness“ in der postfordistischen Produktionsweise darstellen. Drittens werden die Subjekte selbst in eine „neue Produktionsweise“ (Andrejevic, 2011a) integriert, die darauf basiert, ihre soziale Interaktion zu privatisieren. Beginnend beim dritten Aspekt, also „*Facebook als neue Produktionsweise*“ – wie Mark Andrejevic (ebd.) seinen Buchbeitrag im Sammelband von Leistert und Röhle betitelt hat – möchte ich im Folgenden die mir am wichtigsten erscheinenden kritischen Einwände zusammenfassen. Im Anschluss daran sollen

tigsten erscheinenden kritischen Einwände zusammenfassen. Im Anschluss daran sollen die verschiedenen theoretischen Stränge in einer Abschlussreflexion verbunden werden. Die Synthese widmet sich dem Verhältnis von Facebook und Entwicklung.

Produktionsweise und Digitales Enclosure

„Facebook ist mehr als eine Plattform für Sozialität oder eine bestimmte Organisationsform der Infosphäre. Im Wesentlichen ist es eine Produktionsweise – eine Art und Weise, Menschen zum Arbeiten zu bringen, die den Wert generieren, der es der Plattform erst ermöglicht, all die anderen Funktionen zu erfüllen, die man ihr zuschreibt.“ (Andrejevic, 2011a: 31) Das Überraschende an dieser Feststellung, liegt darin zu behaupten, Facebook sei primär eine ökonomische Strategie der Produktion und Abschöpfung von Werten, bevor irgendeine andere Funktion zu tragen käme. Wenn es also vordergründig so aussieht, als fände auf Facebook eine Aufwertung der kommunitären und kollektiven Praxisformen statt, wie sie in den Utopien der sozialen Bewegungen der 1960er-Jahre beschworen wurden, dann geschehe dies unter Bedingungen, die von „Marketing und Kommerz“ diktiert werden, stellt Andrejevic fest (vgl. ebd.: 34). „Wir können dies als die formale Unterordnung des Sozialen unter kommerzielle Diktate bezeichnen.“ (ebd.) Egal wie viel Realität diesem „Sozialen“ zugestanden wird, egal ob der „Tod des Sozialen“ für seine eigentliche und ursprüngliche Bedeutung angenommen wird, wie Nikolas Rose (2000) es vorschlägt, oder ob weiterhin unverblümt von *der* Gesellschaft gesprochen wird, es zeigt sich deutlich worin die Subordination besteht. Denn während, auf der einen Seite, soziale Netzwerke „produktive Anlagewerte“ – wie Andrejevic es nennt – in der globalisierten Arbeitswelt geworden seien, also „Online-Sozialkapital“ für die Einzelnen, stelle es, auf der anderen Seite, „Online-Wirtschaftskapital“ dar, das die digitalen Arbeitskräfte pflegen müssen, um unter Bedingungen der postfordistischen Produktion bestehen zu können (vgl. Andrejevic, 2011a: 34). Andrejevic kritisiert den Umstand, dass „[...] aggressiv profitorientierte private Plattformen wie öffentliche Einrichtungen [...]“ (ebd.: 35) behandelt werden. Die Allgemeinheit würde dadurch an der „galoppierenden Kommerzialisierung des Soziallebens“ teilnehmen (vgl. ebd.). Nun könnte man einwenden, dass dies sicher keine neue Handlungsweise darstellt und im Laufe der Geschichte oftmals private Unternehmen in der Lage waren, öffentliche Monopole einzunehmen. Mehr noch, die neoliberale Rationalität verspricht sich gerade aus der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen eine Effektivitätssteigerung derselben.

Darüber hinaus ist aus neoliberaler Sicht die Ökonomisierung des Soziallebens explizites Ziel der politischen Agenda. Das wirklich Neue daran ist die Vollständigkeit, die Radikalität, der Kommerzialisierung sämtlicher sozialer Ausdrucksweisen, die erst dadurch möglich wird, dass ein Zustand der *connected presence* (Licoppe, 2004) aufrecht erhalten wird, aus dem Versuche sich zu entziehen immer schwieriger werden. In Facebooks „Annual Report 2012“ heißt es: „If we fail to retain existing users or add new users, or if our users decrease their level of engagement with Facebook, our revenue, financial results, and business may be significantly harmed.“ (Facebook, 2013: 16) Es liegt also im ausdrücklichen Interesse von Facebook, dass Kommunikation und Interaktion niemals abreißen. Hier setzt Andrejevic's Analyse an, denn der Ausgangspunkt seines Buchbeitrags besteht in folgender These:

„[Nämlich], dass die erwartete Produktivität der Informationsökonomie auf einer neuen Form der so genannten ursprünglichen Akkumulation beruht, die immer größere Teile unserer Kommunikationspraktiken und – in Form der florierenden sozialen Netzwerkbewegung im Internet – unseres Soziallebens umfasst.“ (Andrejevic, 2011a: 36)

Dabei versteht Andrejevic die „ursprüngliche Akkumulation“, in Anlehnung an Karl Marx, als die Umwidmung von Allgemeingütern in Privatbesitz. Ähnlich wie Karl Marx die „Einhegung von Ländereien“ durch das historische *Enclosure Movement* als eine Vorbedingung des Kapitalismus ansah, müsse zuerst ein „[...] System privater Kontrolle über produktive Informationsressourcen [...] [und] eine bürgerliche Vergesellschaftung etabliert werden [...]“ (ebd.: 37), bevor ein Informationskapitalismus existieren könne (vgl. ebd.: 36f.). Andrejevic beruft sich auf Massimo De Angelis (2001), um die Kontinuität des *Enclosure*-Prozesses hervorzuheben; und auf James Boyle (2003), der bezüglich des Internets von einer „zweiten *Enclosure*-Bewegung“ gesprochen hat (vgl. Andrejevic, 2011a: 37). Facebook dient als großzügiges Umfeld zur „Produktion von Informationsgütern“, die es in perfider Weise abschöpft und kommerziell verwertet, darin liegt seine grundlegende Dialektik. Nun bestünde eine weitere Perfidität von Facebook darin zu behaupten, dass die Informationspreisgabe auf freiwilliger Basis stattfinde, also sich die Nutzerinnen und Nutzer dazu entschieden hätten die Nutzungsbedingungen zu akzeptieren. Was aber, fragt Andrejevic zynisch, wenn man annehme, dass es um den Zugang zu einer „produktiven Ressource“, einer „produktiven Informationsinfrastruktur“ ginge? Eine Berufung auf bewusste Konsumentenentscheidungen ist irreführend, weil die produktive Seite, also sowohl die „wertgenerierende Arbeit“ auf Ebene der Nutzerinnen und Nutzer als auch die „Logik des *Enclosure*“, maskiert wird (vgl. ebd.: 42). Andrejevic fügt an, dass hierbei ein Vorgang naturalisiert werde,

„[...] durch den der Privatbesitz produktiver Ressourcen die Tauschbeziehung vorgibt, nach denen die Nutzer[Innen] ihre wertgenerierende Tätigkeit für den Zugang zu einem gemeinsamen und kollektiv produzierten Gut tauschen.“ (ebd.) Das Stichwort lautet Partizipation.

In diesem Kontext spricht Anders Albrechtslund (2008) von *participatory surveillance*, also dem Umstand, dass Überwachung und Partizipation im Netz zunehmend zusammenfallen. Er argumentiert, dass die Teilnahme an Selbstüberwachung nicht unbedingt mit dem konzeptuellen Verständnis der hierarchischen Überwachung beschrieben werden könne, weil hier der partizipative Ansatz der Überwachung durchaus ermächtigend wirken könne, im Sinne eines „Empowerment“ der Teilhabenden (ebd.: o.S.). Albrechtslund hebt außerdem die sozialen und spielerischen Aspekte der Überwachung hervor und betont den Aspekt der Gegenseitigkeit (*mutuality*) der *participatory surveillance*. Entgegen der Allmacht des hierarchischen Modells, wie es das Bentham'sche Panoptikum bei Foucault repräsentiere, könne man für die digitalen Netze der Gegenwart eine „flache“ Beziehung konstatieren, die Andrejevic als *lateral surveillance* konzeptionalisiert hat (vgl. Andrejevic, 2005 zit. n. Albrechtslund, 2008: o.S.). Andrejevic würde die Beziehungen der Macht in ein *peer-to-peer monitoring* übersetzen, unter der Annahme, dass sie die vertikale Hierarchie zusätzlich verstärken. Dazu schreibt Albrechtslund: „I will replace the vertical relation with a horizontal, which makes it possible to understand some of the positive aspects of being under (mutual) surveillance.“ (ebd.: o.S.) Die Überwachungspraxis, schreibt Albrechtslund weiter, sei an der Bildung von Subjektivität beteiligt und an der Sinnstiftung in der Lebenswelt. Durch die Darstellung oder Ausstellung ihrer Leben könnten Menschen ihr Leben mit einem „copyright“ versehen, was befreiend wäre, weil es einer Weigerung demütig zu sein gleich käme. Der Exhibitionismus auf Facebook sei befreiend. Die Rolle der Mitglieder wäre eine der Aktivität. Überwachung sei im Kontext der sozialen Netzwerke eine gemeinschaftliche Praxis, die Subjektivität erzeuge, ermächtigend wirke und daher fundamental sozial sei. Soziale Netzwerke seien ermächtigend, weil Menschen hier freiwillig mit anderen Menschen in Austausch treten und Identitäten konstruieren. Im Austausch zeige sich außerdem eine Art der Kommunikation, bei der Dinge weder zwingendermaßen geäußert werden, noch werde danach gefragt, sie seien einfach „da draußen“ (vgl. ebd.: o.S.).

Bei Anders Albrechtslund findet sich eine ganze Reihe an naiven Annahmen und theoretischen Verkürzungen, die ihn in die Nähe des *Cyberoptimismus* rücken. Nicht nur, dass

Albrechtslund völlig außer Acht lässt, dass beispielsweise Facebook ausdrücklich daran arbeitet die Kommunikation seiner Mitglieder zu steigern, ist die „Aktivierung“ an sich ein deutliches Kennzeichen einer gouvernementalen Rationalität der Gegenwart: „Inzwischen wird Aktivität beziehungsweise die glaubhaft vermittelte Bereitschaft zur Aktivität bereits zur Voraussetzung dafür, überhaupt soziale Anrechte geltend machen zu können [...]“, schreibt Hermann Kocyba (2004: 17). Diejenigen die in der *connected presence* der allgegenwärtigen Vernetzungspraxis nicht aktiv sind, die können in sozialen Netzwerken keinen Status der Präsenz geltend machen – sie existieren einfach nicht. Dabei sieht Partizipation auf Facebook so aus: „Um den Preis der eigenen Sichtbarmachung (und namentlichen Benennung) gewährt Facebook sukzessive die Chance, unter der Überschrift der *sozialen Vernetzung* Sichtungen *anderer* Sichtbarkeiten vorzunehmen.“ (Benkel, 2012: 2) Wenn Albrechtslund meint, dass die eigene Sichtbarmachung, das Versehen des eigenen Lebens mit einem „copyright“, befreiend wäre, dann vergisst er auf die Arbeit, die dahinter steckt. Andrejevic's Konzepte des *work of being watched* und des *work of watching one another* haben gezeigt, dass diese Arbeit in einem asymmetrischen Machtverhältnis erzeugt wird, in dem Konsumenten sich zunehmender Überwachung und der Abschöpfung der Produkte ihrer kreativen Arbeit aussetzen, um sich im Gegenzug ihre Partizipation (im Sichtbarkeitsregime) zu erkaufen (vgl. Andrejevic, 2002, 2005). Darüber hinaus stellt sich die Frage, was an Identitätskonstruktionen ermächtigend ist, denen von Beginn an das Stigma der Selbstdarstellung anhaftet. Das unterstellte „Empowerment“ der Einzelnen im *peer-to-peer* Modell der Überwachung kann leicht als gouvernementale Strategie der Einschließung entlarvt werden, welche die Einzelnen vor dem Hintergrund einer „[...] ‚Ich-Jagd‘ (Gross, 1999) inmitten der schwer überschaubaren ‚Multi-optionsgesellschaft‘ (Gross, 1995) [...] dazu einlädt, sich ihre Individualität zu erbasteln und das Produkt der kreativen „Ich-Konstruktion“ sichtbar auszubuchstabieren.“ (Benkel, 2012: 5) In diesem Sinne ist die Arbeit an sich selbst, in sozialen Netzwerken wie Facebook, weniger als Selbsttechnik im Foucault'schen Sinne aufzufassen, die das Sein tatsächlich zu modifizieren imstande wäre, sondern vielmehr als Sichtbarmachung eines, auf seine Außenwirkungen hin optimierten, Selbstbildes (vgl. ebd.: 5f.). Entgegen der Darstellung von Albrechtslund, ist Identitäts- und Imagekonstruktion kein paradiesischer Zustand, sondern die ständige Arbeit einer postfordistischen Affektarbeiterschaft. Auch ein Rückgriff auf die mit Kritik behaftete Metapher des *Empowerment* löst dieses Problem nicht, weil *Empowerment* längst selbst Teil einer „produktiven Macht“ (Foucault) geworden ist.

Eine Gesamtheit menschlicher Ausdrücke, in Form von Information und Emotion, zusammen mit statistischen Daten, bildet die Grundlage für Facebooks Geschäftsmodell. Hier setzt etwas ein, das im Jargon des Marketing als „Sentimentanalyse“ bezeichnet wird (vgl. Andrejevic, 2011a: 44). Es geht hierbei um eine, wie Andrejevic schreibt, „[...] Überwachung nicht bloß von demographischen Informationen und Verhaltensweisen, sondern auch von Vorlieben und Abneigungen und anderen Stimmungen und Emotionen.“ (ebd.) Entscheidend sind nicht die Emotionen der Einzelnen, sondern Hintergrundstimmungen. Die *Sentimentanalyse*, fügt Andrejevic an, sei eine Technik, die eine Gesamtheit der Ausdrucksformen in Echtzeit sichtbar mache. Der Endzweck sei nicht ihr Verstehen, sondern ihre lückenlose und dauerhafte Überwachung als Gesamtströmungen. Dazu sei ein anhaltender Kommunikationsfluss notwendig, der die Ressourcen der Produktion auf Facebook generiere. Schließlich münde die *Sentimentanalyse*, als Technik zur Sichtbarmachung von Stimmungen, in einen Bereich des Marketings, der als *predictive analytics* bezeichnet wird und bei dem es darum geht, das „künftige Verhalten von Kundensegmenten“ vorherzusagen (vgl. ebd.). „Das Ziel der *predictive analytics* ist gewissermaßen präventiv wie produktiv: Risiken sollen bewältigt werden, bevor sie auftreten oder ernste Formen annehmen, während gleichzeitig die Verkäufe maximiert werden. [...] Eine mögliche Zukunft soll in das gegenwärtige Verhalten integriert werden.“ (ebd.: 44f.) Andrejevic (2011a: 45) verweist auf einen Text, den Chris Anderson, Chefredakteur des Magazins Wired, in selbigem Magazin Mitte 2008 unter dem Titel „*The End of Theory: The Data Deluge Makes the Scientific Method Obsolete*“ publiziert hat. Hier vertritt Anderson die These, dass die ungeheure Menge an Daten des *Petabyte Zeitalters* den Rückgriff auf Realitätsmodelle, wie sie die Sozialwissenschaften entwerfen, obsolet erscheinen lassen: „[...] faced with massive data, this approach to science – hypothesize, model, test – is becoming obsolete.“ (Anderson, 2008: o.S.) Dem könnte man entgegenhalten, dass Daten, egal wie detailliert sie auch sein mögen, keine kritische Denkleistung ersetzen können, und demnach zwar vielleicht im Stande sind einen Teil der positivistischen Forschung zu ersetzen, letztendlich aber keine Differenzierungsleistung im Sinne einer Negativität bereitstellen. Mit Byung-Chul Han argumentiert, führt die fehlende Negativität zu einer „Vermassung des Positiven“, denn während die Wahrheit nur „exklusiv und selektiv“ in Erscheinung tritt, zeigt sich die Information „kumulativ und additiv“. Demnach existiere keine „Wahrheitsmasse“, dagegen „Informationsmasse“ durchaus. Die Positivität, schreibt Han, grenze die Information vom Wissen ab, welches oftmals Erfahrung voraussetzte und demnach auch eine andere Zeitlichkeit aufweise.

Dem Expliziten und Unmittelbaren der Information stehe das Implizite und Mittelbare des Wissens gegenüber (vgl. Han, 2013c: 56f.). Eine entgrenzte Herrschaft des Positiven, wie sie Anderson postuliert, verheißt daher in erster Linie nicht das „Ende der Theorie“, sondern etwas ganz anderes, nämlich die sogenannte *affektive Ökonomie*. Wenn Andrejevic von „Facebook als neue Produktionsweise“ spricht, dann deswegen weil es die *affektive Ökonomie* dauerhaft etabliert:

„Die kommerzielle Kontrolle über die Infrastruktur und damit über die Daten, die sie generiert, steht im Zentrum dieser Version der affektiven Ökonomie. Eine sich verändernde Produktionsweise führt daher zu einer anderen Modalität der sozialen Kontrolle.“ (Andrejevic, 2011a: 46).

In der *affektiven Ökonomie* kommt es nicht zur Wiederbelebung alter Formen der Vergesellschaftung, im Sinne einer „nostalgisch gefärbten Rückkehr“ zu kommunitären Praxisformen „eng verschworener“ sozialer Verbände. Stattdessen übernimmt die neue Form der Produktion die Kontrolle über Ressourcen, die von der Gemeinschaft produziert werden und etabliert damit eine „grundlegende Asymmetrie“ (vgl. ebd.: 46f.). Facebook konfrontiert die postfordistische Affektarbeiterschaft mit dem simplen Faktum, dass die Partizipation an den produktiven Ressourcen der Gemeinschaft nur durch Selbstpreisgabe möglich ist. Dabei erscheint das Gemeinschaftsleben selbst in der neuen Gestalt eines, von personalisierter Werbung durchdrungenen, Sichtbarkeitsraumes, der gänzlich in den Händen eines Privatunternehmens liegt. Es kommt dadurch, wie Andrejevic anmerkt, zur „Privatisierung von Gemeinschaftsbesitz“. Andrejevic beendet seine Ausführungen mit einem Plädoyer für die Rückeroberung des Gemeinschaftsbesitzes in offenen, von der Gemeinschaft selbst kontrollierten Netzwerken (vgl. ebd.: 46ff.).

Erziehungsanstalt

Eine andere kritische Perspektive auf Facebook entwerfen Mark Coté und Jennifer Pybus. Sie begreifen Facebook – das ihnen zufolge paradigmatisch für die Wandlung des ursprünglichen Internet zum *Web 2.0* ist – als Neuauflage der *immateriellen Arbeit*, wie sie ursprünglich von Maurizio Lazzarato konzeptioniert wurde. Coté und Pybus nennen ihre besondere Form von *immaterieller Arbeit*, die sie als Erweiterung von Hardts und Negris dreigliedrigem Konzept vorschlagen, „Immaterielle Arbeit 2.0“ (vgl. Coté / Pybus, 2011: 51ff.). Sie schreiben: „Das ‚2.0‘ bezeichnet ‚freie‘ Arbeit, [...] auf die sich Individuen auf einer kulturellen und biopolitischen Ebene einlassen, wenn sie sich auf einer Webseite wie Facebook anmelden.“

(ebd.: 53f.) Dabei sei *Immaterielle Arbeit 2.0* bei weitem nicht die einzige neue Form, die Arbeit annimmt, vielmehr markiere sie eine „Tendenz“, die dadurch zustande käme, dass die Produktion von einer „kulturellen und subjektiven Wende“ betroffen sei, die zu Konvergenzphänomenen führe. Davon betroffen seien einerseits alte Gegensätze wie Produktion und Konsum, Autor und Publikum, aber auch Medien selbst. Die neue Rolle der Kommunikation sei nicht nur im sozialen oder kulturellen Bereich von Bedeutung, sondern in steigendem Maße konstituierend für die neue Form der Arbeit. Deshalb sei die Erziehung zur *Immateriellen Arbeit 2.0* eine wesentliche Voraussetzung für das Fortbestehen des sogenannten *kognitiven Kapitalismus* (vgl. ebd.: 52f.). Coté und Pybus argumentieren, dass die *Immaterielle Arbeit 2.0* ein Phänomen biopolitischer Netzwerke ist und dazu beiträgt, die „subjektive Wende“ dort anzusiedeln (vgl. ebd.: 54). „Nutzerprofile fungieren als ein wichtiger ‘Ort des Werdens’ und der Subjektivierung. [...] Auf der nutzergenerierten Plattform Facebook werden Identitäten über die unmittelbaren Rückkopplungsschleifen reproduziert, die mit jedem Update, jedem Link oder jedem Foto, das zu einem Profil hochgeladen wird, verbunden werden.“ (ebd.: 55) In diesem Zustand der generellen, allseitigen und partizipativen Überwachung von Sichtbarkeiten gelingt es Facebook, seine Mitglieder zur effektiven Affektproduktion anzuhalten. Sie lernen fortlaufend produktiver zu sein, schreiben Coté und Pybus. Durch seine verschiedenen Funktionen der Eingabe und des Feedback, eröffnet Facebook ein „performatives’ virtuelles Spielfeld“, das als Feld der Biopolitik verstanden werden kann, weil es neue Subjektivitäten hervorbringt. Daneben beutet es die *immaterielle Arbeit* aus, die produziert wird um Sichtbarkeit zu erzeugen (vgl. ebd.). Die „[...] immaterielle Arbeit [ist] eine Modalität der Biomacht [...]“ (ebd.: 56). Coté und Pybus weisen darauf hin, dass in Foucaults dreigliedrigem Konzept der Macht jede Form der Macht eine spezielle Beziehung zu den Körpern der Subjekte einnimmt. Das alte Dispositiv der Macht, das in der Disziplinargesellschaft Individuen in Einschließungsmilieus fixiert hat, aber – gegenüber der relativen „Starre“ souveräner Machtausübung – doch zu einer verhältnismäßig vermehrten Beweglichkeit der Subjekte beigetragen hat, wird nun in der „vernetzten Gesellschaft“ durch neue Modi der Biomacht ersetzt (vgl. Foucault, 2005; Deleuze, 1993 zit. n. Coté / Pybus, 2011: 56f.). Weil sich Facebook auf Körper bezieht und diese neu organisiert, ist es „[...] eine höchst adäquate Organisationsform für Biomacht.“ (ebd.: 58) Auf die „Krise der Einschließung“ (Opitz, 2004: 90) ist ein Regime der Beweglichkeit und Mobilität gefolgt, das Imperative der Flexibilität und Kommunikation festgelegt hat. Die angepasste Affektarbeitschaft auf Facebook hat das Unternehmerische in sich selbst aufgenommen, sie hat das postfordistische Unternehmen, das – mit Gilles Deleuze gesprochen – eine „Seele“, ein „Gas“

ist, inhaliert (vgl. ders.: 1993: 256). Das *unternehmerische Selbst* (Bröckling, 2007) steht weniger im Konflikt mit äußeren Zwängen, es zeichnet sich vielmehr durch die Verlagerung von Kämpfen (der Selbstmotivation, Selbstdisziplinierung und Selbstüberwindung) in sein Inneres aus. Daneben schwinde der Gegensatz zwischen Materiellem und Virtuellem, was zur Folge habe, dass das Verhältnis der Menschen zu Webseiten wie Facebook – vermittelt durch neue technische Geräte – „affektiver“ geworden sei (Sunden, 2009 zit. n. Coté / Pybus, 2011: 60). Zwar gilt immer noch: „Ein Facebook-Profil ‚ist‘ man nicht, man ‚hat es‘“, wie Thorsten Benkel (2012: 7) schreibt. Jedoch wird das „digitale Unkörperliche“ des Körpers, das Facebook-Profil, ähnlich wie Foucaults „Seele“, kontinuierlich hergestellt, „[...] um den Körper, am Körper, im Körper [...]“ (Foucault, 2012b: 41). Mit dem Aufkommen multi-touch-fähiger Mobilgeräte, Smartphones und Touchpads, ist Facebook noch haptischer geworden: Dem Unkörperlichen und Berührungslosen des Digitalen entspricht eine berührungssensitive Steuerung. Die mobile Technologie wird zum ständigen Begleiter der postfordistischen Affektarbeiterschaft (vgl. Coté / Pybus, 2011: 60). Leistert und Röhle argumentieren, dass sich das gouvernemental zugerichtete Subjekt in einer paradoxen Situation befände, die es zwar von den Zwängen der Disziplinargesellschaft befreit, jedoch nur um es neuen Zwängen der Flexibilität und der Selbstverwirklichung auszusetzen (vgl. dies., 2011: 22). Kurz gesagt: Sein Büro trägt das postfordistische Subjekt *in* und *bei* sich. In diesem Zusammenhang markiert Facebook als Erziehungsanstalt der *Immateriellen Arbeit 2.0* „[...] eine soziale Praxis, die eine Subjektivierung sowohl im virtuellen wie im realen Körper ermöglicht.“ (Coté / Pybus, 2011: 60) Coté und Pybus ergänzen, dass Lazzarato bei Foucault deshalb Anleihen nahm, um eine neue Vorstellung der politischen Ökonomie zu entwickeln, die weder strikt auf Kapital und Arbeit, noch auf Konzepte klassischer Ökonomen oder marxistischer Wirtschaftskritik aufbaut, sondern auf ontologischen Annahmen beruht, die eine Regulation der Arbeitsverhältnisse in dieser neuen *Ökonomie der Kräfte* bestimmen und ihre abschöpfende Wirkung bedingen (Lazzarato, 2000 zit. n. Coté / Pybus, 2011: 60). Sie postulieren, dass die Neuerung in den „kreativen und kommunikativen Praktiken“ besteht. Der Affekt selbst wird hier zur „surplus power“ und damit tendenziell be- und verwertbar. Folglich wird der Konsum damit produktiv, weil er Affekte erzeugt. Weil soziale Beziehungen immer auch ökonomische Beziehungen sind, ist die „Produktion von Affekten“, das was sie verbindet (vgl. Coté / Pybus, 2011: 60-63). „Und diese affektive Bewegung [...] führt mitten ins Zentrum dessen, was immaterielle Arbeit ist – eine Modalität von Arbeit, die die Produktion (in Subjektivität und Konsum) bis in die äußersten Bezirke der sozialen Fabrik verbreitet.“ (ebd.: 62) Deshalb muss Facebook, gemäß Coté und Pybus, als konstitutiver Teil

der Sozialfabrik betrachtet werden, die ihrerseits auf „[...] neue Möglichkeiten, wie die Jugend zu arbeiten lernt [...]“ (ebd.) angewiesen ist. Dies geschieht im Wesentlichen dadurch, dass die Mitglieder von Facebook erlernen, eine vernetzte Subjektivität zu produzieren, wie sie die Netzwerkproduktion benötigt, die Hardt und Negri beschrieben haben (vgl. Coté / Pybus, 2011: 62; Hardt / Negri, 2003: 306). Mit Coté und Pybus lässt sich nun Andrejevics obige These von „*Facebook als neue Produktionsweise*“ besser verstehen, denn die „*Erziehung zur Immateriellen Arbeit 2.0*“ markiert zwar eine soziokulturelle, aber auch zutiefst ökonomische Handlungsweise, die der Logik der *affektiven Ökonomie* entspricht. Facebooks Mitglieder können nicht als Publikum aufgefasst werden, tatsächlich sind sie Konsumenten und Produzenten in einem (vgl. Coté / Pybus, 2011: 64, 69; Reichert, 2008: 11). Hier schließt sich gewissermaßen der Kreis: Die *Prosumer Cultures* (Toffler, 1983/1980) des digitalen Storytelling realisieren ein, im Zuge der *Empowerment*-Diskurse entstandenes Begehren, nach basisdemokratischen Kommunikationsweisen und verwirklichen damit – wenn auch anders als ursprünglich erhofft – eine soziale Utopie, die der amerikanische Zukunftsforscher Alvin Toffler schon 1980 antizipiert hat (Toffler, 1983/1980 zit. n. Reichert, 2008: 11). In den „digitalen Archiven des Selbst“ der neuen Technosozialität auf Facebook reicht Subjektivität über die Grenzen des Körpers und des Raumes hinaus. Dieser neue Zustand der „(Nicht)-Lokalität“ sprengt die ontologischen Grenzen des ursprünglichen Virtuellen. Das Wechselspiel aus Subjektivität und Intelligibilität des Archivs ist auf Facebook einer neuen zirkularen Dynamik ausgesetzt (vgl. Foucault, 2012b zit. n. Coté / Pybus, 2011: 66ff.). Abschließend sei gesagt, dass Facebook nur *eine* Art ist *immateriell* zu arbeiten. Coté und Pybus schließen ihren Text mit einem positiven Ausblick. „Die immaterielle Arbeit, so Lazzarato, hat im Kern ein befreiendes Potential – die kreative und affektive Dynamik, die vom Kapital gewonnen, aber nicht erschaffen wird.“ (dies., 2011: 70)

Digitale Rationalität: Entwicklung und Facebook

„Heute entwickelt sich der ganze Globus zu einem Panoptikum [...]“ (Han, 2013b: 81). Mit dieser vorläufigen Feststellung nähert sich die vorliegende Arbeit ihrem Ende. Der folgende Abschnitt widmet sich der Rekapitulation einiger theoretischer Überlegungen und daraus ableitbaren Implikationen hinsichtlich der Rolle von Facebook im Entwicklungssektor. Doch zunächst zu den Grundgedanken, die hierfür bedeutend sind: Mit dem Begriff der *Mediokratie* hat der deutsche Politikwissenschaftler Thomas Meyer (2001) darauf hingewiesen, dass das

alte bürgerliche Ideal einer diskursiven Öffentlichkeit heute weitgehend seine Gültigkeit verloren hat. Meyer postuliert eine Entmachtung des Demos in dem Sinn, dass sich heute meinungsbildende Medien und mündige Bürger nicht mehr gegenüberstehen, sondern Politik zunehmend in Form spektakulärer Ereignisse medialisiert wird und als *politainment* (Dörner, 2001) lediglich von einem Publikum konsumiert wird. Mayer spricht von einer „Kolonialisierung der Politik“ durch die Medien. Es bestünde ein zentraler Widerspruch zwischen „politischer Prozesszeit“ und „medialer Produktionszeit“, sodass es zu einer Entwertung traditioneller Organisationsstrukturen des Politischen (Vereine, Verbände, Parteien) komme (vgl. Meyer, 2002: 7-9). Hier schließen die Ausführungen von Byung-Chul Han an, der schreibt: „Der Zerfall des öffentlichen Raumes wird heute allgemein als Krise der Demokratie interpretiert.“ (ders., 2013a: 11) Han geht aber über die Behauptung einer „Kolonialisierung durch die Medien“ hinaus; für ihn widerspricht das Organisationsprinzip konventioneller Parteien der gegenwärtigen *Options- und Meinungsgesellschaft*. Gleichzeitig spricht Han von einem „Zerfall der Ideologie“ unter dem Primat des Ökonomischen, dass in Form von „Sachzwängen“ – hier liegt die neoliberale Rationalität – politische Parteien zunehmend angleicht (ebd.: 14). Schließlich stelle der *Digital Turn* die Möglichkeit *kommunikativen Handelns* (Habermas) vollkommen infrage, weil in der heutigen Kommunikationskultur des Digitalen kein Diskurs mehr stattfindet. Es gelte daher sich von alten Konzepten der politischen Repräsentation zu verabschieden:

„Im Web lassen sich [...] wohl keine Äquivalente für die diskursiven Öffentlichkeiten installieren. Daher müssen nicht Äquivalente, sondern Alternativformen zur diskursiven Öffentlichkeit gesucht werden [...]. Notwendig wäre aber hierfür ein politischer Paradigmenwechsel, der überlieferte Kategorien wie Diskurs, Dialog, Argument, Öffentlichkeit etc. verabschiedet, ein Paradigmenwechsel vom diskursiven Idealismus zum *digitalen Materialismus*.“ (Han, 2013a: 19)

Die im *digitalen Materialismus* stattfindende Wiederbelebung alter materialistischer Vorstellungen wird durch die Übertragung des Digitalen auf erloschene dialektische Felder alter Teleologien des Fortschritts möglich, argumentiert der amerikanische Politikwissenschaftler Timothy W. Luke (2001-2004: o.S.). Als Mitbegründer der Virginia Tech Cyberschool und Begründer des Center for Digital Discourse and Culture (CDDC) in Blacksburg (USA), ist Luke ein Pionier der *Cybercritique* (Luke, 2002). Bereits 1995 spricht Luke vom Aufkommen einer „Politischen Ökonomie des Cyberspace“ als zukünftiges soziales Projekt:

„Indeed, one also can anticipate an entirely new political economy emerging; one rooted in the production, circulation, consumption, reproduction of digital beings as cyberspace turns into a fully social project.“ (Luke, 1995: 33f.)

Facebook verinnerlicht all die Aspekte der *Produktion*, der *Zirkulation* und der *Reproduktion*, von denen Luke spricht, und zwar nicht nur hinsichtlich dem Entstehen neuer Subjektivitäten, sondern auch im umfassenderen Sinne einer „neuen Produktionsweise“ (Andrejevic, 2001). Gleichzeitig wird die alltägliche Praxis auf Facebook zum schemenhaften Modell der *Postpolitik*, denn aus der Sicht des *Technikdeterminismus* erscheint Facebook selbst als die paradigmatische und pragmatische Antwort auf die medial beschworene Krise der Politik. Der *Technikdeterminismus* zielt nicht darauf ab, das Internet politisch zu gestalten. Tatsächlich dreht er die Verhältnisse um: Demnach wäre es die Aufgabe der Politik, sich vom Internet gestalten zu lassen. Nichts Anderes werde eigentlich in Chris Andersons Aufsatz „*The End of Theory*“ behauptet, meint Byung-Chul Han, denn letztlich zielt die „digitale Hermeneutik“ des *Big Data* darauf ab „[...] Meinungen und Neigungen zutage [zu] fördern, die relevant wären für die politischen Entscheidungen.“ (ders., 2013a: 27) Han erwähnt es nicht explizit, aber darin zeigt sich eine neue Rationalität – die *digitale Rationalität*. Sie lässt sich als Update der neoliberalen Rationalität, wie sie Foucault in „*Die Geburt der Biopolitik*“ beschrieben hat, betrachten – als *digitale Biopolitik* (vgl. ebd.). „[...] [D]ie digitale Rationalität [ist] additiv und syndetisch. Sie ist egalitärer als die diskursive Rationalität. Sie schließt nicht aus. Sie erfasst nicht nur Argumente oder Diskurse. Ihr Gegenstand, die Big Data, enthält alle Reaktions- und Äußerungsformen. Jeder Klick, jeder Suchbegriff geht in sie ein. Die synthetisch-diskursive Exklusion weicht einer *syndetisch-additiven Inklusion*.“ (ebd.: 33) Daraus leitet Han das Entstehen einer neuen Demokratieform ab, die „direkter als die direkte Demokratie“ sei – eine Demokratie der „Präsenz“ oder „Kopräsentation“, die als Politik der Muße nebenbei erfolgen könne, ohne periodische Wahlen, ganz einfach durch Drücken des Like-Button (vgl. ebd. 33ff.).

Wenn diesen Befunden Gültigkeit zukommt, dann können sie durchaus auf die zeitgenössische Verfasstheit des Entwicklungssektors übertragen werden. Vor diesem Hintergrund bildet die globale *Transparenzgesellschaft* die Grundlage eines Rechtfertigungsdiskurses und gleichzeitig das utopische Ziel einer interventionistischen, überwiegend auf Positivitäten gestützten, internationalen Agenda (vgl. Sosale, 2008: 85; UN, 2000, 2012, 2013). Auch wenn einzelne Akteure hier eine bedeutende Rolle einnehmen, ist es vielmehr die ordnende Gewalt eines doktrinären Regimes verketteter Diskurse, das letztendlich den

epistemischen Raum vorgibt, aus dem kohärente Handlungsweisen formuliert werden. Escobar verweist darauf, dass die Produktion des Entwicklungsdiskurses unter Bedingungen ungleicher Macht stattfindet und daher als „the colonist move“ (Mohanty) bezeichnet werden kann. Ein Problem, das bis heute ungelöst ist (vgl. Escobar, 1995: 9). Macht im Entwicklungssystem kann als permanenter aber situativ angepasster Einsatz von Instrumenten der Sichtbarmachung aufgefasst werden (vgl. Escobar, 1988), der weniger auf der tatsächlichen Herstellung von Medienartefakten beruht, als vielmehr auf Techniken des „Regierens im Bildraum“ (Holert, 2008). Bildlich gesprochen, wurden Regionen *enframed* (Escobar) [eingerahmt, Anm.] und dadurch als entwicklungsbedürftig sichtbar gemacht, schreibt Sujatha Sosale. Durch die Einrahmung wird eine Innen/Außen-Beziehung konstatiert, die mit Innen/Außen-Positionen korrespondiert (vgl. Escobar, 1995 zit. n. Sosale, 2008: 85). „The social production of space [...] is bound with the production of differences, subjectivities, and social orders.“ (Escobar, 1995: 9) Aus Sicht der gegenwärtigen Ära der fortgeschrittenen Globalisierung, markiert die Periode der institutionellen Entwicklung einen spezifischen Zeitraum der Weltgeschichte, innerhalb dessen sich die heute bestehenden Hierarchien herausgebildet haben. Eine Betrachtung des Verhältnisses von Kommunikation und Entwicklung ist deshalb von Bedeutung, weil die wirtschaftlichen Unterschiede der Gegenwart, unter dem Wirken früherer Entwicklungspraktiken entstanden sind. Diese haben ihr Augenmerk auf eine weltweite Entwicklung (world development) gelegt und damit selbst zur Globalisierung beigetragen, schreibt Sosale. Deshalb, ermöglicht eine genealogische Betrachtung des Verhältnisses von Kommunikation und Entwicklung aus einer diskursiven Perspektive, ein tiefgründiges Verständnis jenes Macht/Wissen-Nexus, der letztlich den Signifikanten der „Entwicklung“ hervorgebracht hat (vgl. ebd.: 86). Diesen Standpunkt teilt auch die vorliegende Arbeit.

Sichtbarmachung, Transparenz und Logistische Effizienz

Der „Ausstellungsimperativ“ der Transparenz- und auch Positivgesellschaft, der auch in ihrer Sozialpraktik der Arbeit an sich selbst auf Plattformen wie Facebook deutlich wird, „[...] führt zu einer Verabsolutierung des Sichtbaren und des Äußeren.“ (Han, 2013b: 24) Han folgert: „Das Unsichtbare existiert nicht, weil es keinen Ausstellungswert, keine Aufmerksamkeit erzeugt.“ (ebd.) Das ist insofern nur bedingt gültig, weil die Unsichtbarkeit – insbesondere im panoptischen Setting – eine Strategie der Macht ist (vgl. Foucault, 2012b: 258f.). Bezugnehmend auf Escobar merkt Sosale an, dass eine Strategie der Unsichtbarkeit

dazu dient, Universalitäten in den Diskurs rund um Kommunikation und Entwicklung einzubetten (vgl. Escobar, 1995: 160 zit. n. Sosale, 2008: 92). Die Macht besteht darin eine Position aufrecht zu erhalten aus deren abgeschirmter Präsenz Sichtungen vorgenommen werden, ohne dass die Position selbst sichtbar wird, was es der Macht im Gegenzug erlaubt, das Terrain der Kommunikation abzustecken – Raum und Ort – welches erst die Gegenstände der Untersuchung hervorbringt (vgl. Sosale, 2008: 92). Hier liegt ein Einsatzbereich von Facebook im Entwicklungsbereich: Als Maschine der Sichtbarmachung, der auch noch vermeintlich basisdemokratische Züge und demokratisierende Funktionen nachgesagt werden, eignet sich Facebook dazu, visuelle Operationen durchzuführen. Facebook erscheint dank dieser Einschreibungen wie dafür gemacht zu sein, dem „visuellen Humanitarismus“ (Holert, 2008: 202) als operatives Werkzeug zu dienen. Egal wie mächtig und abgeschlossen einzelne institutionelle Formationen der Entwicklungspraxis auch sein mögen, der Einsatz von Facebook vermag ihnen einen vermehrt basisdemokratischen Anstrich verleihen, weil er die Möglichkeit der Partizipation in Aussicht stellt¹⁹. Eine Teilhabe, die über Brechts Vision deutlich hinausgeht: Die Perfidität solcher in der Gegenwart immer häufiger auftretenden Medienstrategien der Entwicklung auf Facebook liegt darin, dass die Subjekte der „Unterentwicklung“ nun vermehrt selbst dazu beitragen können ihre eigene „Unterentwicklung“ sichtbar zu machen. In gewisser Weise ist das die visuelle Netzwerkproduktion der „Unterentwicklung“. Unsichtbar bleiben die Diskurse, die vor- oder nachgelagert an das Visuelle existieren. Das Konzept des *Ownership* – verstanden als Eigenverantwortung – wird dort in Stellung gebracht, wo es darauf hinzuweisen gilt, dass es sich um eigenständige, lokale Entwicklungsinitiativen handle, die es zu fördern gilt (GIZ, 2013: 15). Damit wird maskiert, dass das Entwicklungssystem selbst die Subjektivitäten der „Unterentwicklung“ erzeugt hat, auf die es sein *Empowerment* richtet.

„Der visuelle Humanitarismus und seine aus Handlungsnotwendigkeit und Authentizitätsbegehren zusammengesetzten Motive bedienen sich einer ganzen Bandbreite medialer Strategien.“ (Holert, 2008: 202) Der neue Modus der (Entwicklungs-)Politik des Visuellen, auf Facebook, besteht nun darin, situativ Verknüpfungen herzustellen, die Entwicklungsdiskurse und Bilder verbinden. Er ist gewissermaßen die Antwort auf ein,

19

Tatsächlich wird diese Vorstellung auch auf Regierungen übertragen, die Facebook auf ihren offiziellen Webseiten implementiert haben. Im „United Nations E-Government Survey 2012“ heißt es: „Thanks to the provision of government information through social networks such as Facebook and Twitter, citizens are able to make comments and suggestions to governments while these sites also offer governments a useful tool for reading into public opinion.“ (UN, 2012: 46)

hinsichtlich der Entwicklungspraxis entstandenes und durch Spendenskandale intensiviertes, Transparenzbegehren. Der Einsatz von Facebook dient hierbei der gezielten Sichtbarmachung logistischer Effizienz. Übersetzt ins Visuelle können Behauptungen der effizienten Planung und Durchführung mehr Evidenz beanspruchen. Tom Holert schreibt hierzu: „Im Unterschied zum alten Postulat von der ‚Unsichtbarkeit des Realen‘ [...], herrscht im „Mythos“ der Moderne der Imperativ der Sichtbarkeit, ‚das heißt, *geglaubt* wird nur, was *gesehen* wird.‘ [...]“ (Holert, 2008: 87) Holert fügt an: „Evidenz ist eine Kulturtechnik [...]“ (ebd.) Diese Kulturtechnik ist mit dem Einsatz von Facebook in der Entwicklungszusammenarbeit zu einem bestimmenden Faktor geworden. Facebook weckt dabei die Illusion direkt Realität abbilden zu können oder zumindest einen objektiveren Blick zu ermöglichen, weil tendenziell jedes Mitglied der Plattform in den Produktionsprozess eingreifen kann. Faktisch liefert aber Facebook selbst die Möglichkeiten der Zensur, der Unterdrückung von Kommentaren und Postings sowie Funktionen um Mitglieder zu denunzieren. Gleichzeitig garantiert niemand für die Authentizität der hochgeladenen Bilder und Videos.

Affektmacht

Bei Gilles Deleuze, der Foucaults Machtkonzept weiterentwickelt hat, erhält der *Affekt* eine zentrale Bedeutung für die Macht: „Machtausübung wird in Begriffen der Affektion fassbar: affizieren und affiziert werden, und das unabhängig von konkreten Zielen und Mitteln.“ (Deleuze, 1992: 100f. zit. n. Opitz, 2004: 27) Handlungsfähigkeit resultiert aus der Macht affizieren zu können. Nur wenn man begreift, dass diese neue Führungsweise über vornehmlich spektakuläre Inszenierung hinausgeht, kann man die gesamte Tragweite der *Affektmacht* begreifen. Dieser neue Modus der gouvernementalen Führung, den die Entwicklungszusammenarbeit etablieren möchte, besteht in der *Anrufung*, *Anleitung* und *Aktivierung* von Einzelnen wie *Communities* (als ökonomisch rationale Subjekte) und geht weit über Konzepte der Öffentlichkeitsarbeit oder *Public Relations* hinaus. Die digitalen Datenmengen – generell als *Big Data* oder in Form von Datenprodukten für Kunden von Facebook – stellen eine neue gouvernementale Führungsweise, im Sinne einer *postpolitischen* Strategie der *Affektmodulation*, in Aussicht. Gemeint sind damit neue Möglichkeiten der direkten Intervention auf Ebene der Diskurse, ein situatives Eingreifen in soziale Prozesse vor Ort verstanden als Medienkooperation und *Medienentwicklungszusammenarbeit*.

Das klingt im Jargon der professionellen Entwicklungsberatung zur Demokratieförderung durch das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) so: „Wo die Zivilgesellschaft mobilisiert werden muss, um schlechter Regierungsführung oder Reformaversion entgegenzutreten, sollten *soziale Netzwerke* und *Content Communities* im Mittelpunkt stehen.“ (Breuer, 2011: o.S.) Weil *Content Communities* nicht unbedingt an nationalstaatliche Grenzen gebunden sind, markieren sie einen neuen Modus der internationalen Zusammenarbeit, der bereits seit geraumer Zeit ein etablierter Grundsatz der Entwicklungszusammenarbeit ist. Die *Content Communities* müssen als *Sonden* und *Interventionsrelais* gleichermaßen verstanden werden. „Seit Beginn der Nutzbarmachung des Internets für die breite Öffentlichkeit [der Industriestaaten, Anm.] Anfang der 1990er Jahre, sucht die internationale Gebergemeinschaft nach Einsatzmöglichkeiten für strategische Entwicklungsziele.“ (Breuer, 2011: o.S.) So hat die internationale Gebergemeinschaft aus dem *cyberoptimistischen* Plädoyer für die Ausweitung des vermeintlich demokratisierenden Internets eine politische Agenda formuliert (vgl. ebd.), die genauso allgemein wie unverbindlich ist (vgl. UN, 2000, 2013: 73). Darüber hinaus gibt es bisher keine finanziellen Zugeständnisse der Industrieländer, die in Aussicht stellen würden, dass die vereinbarte Überwindung des *Digital Divide* in absehbarer Zeit stattfinden könnte (vgl. Bruch / Drossou / Jensen, 2005: 50). In den Millennium Development Goals (MDGs) der Vereinten Nationen bildet sich der alte diskursive Standpunkt ab, dass Entwicklung in einer globalisierten Welt die massenhafte Verbreitung digitaler Kommunikationsmittel voraussetzt (Target 8.F), weil es (angesichts der Globalisierung) ganz einfach keine Alternative gäbe (vgl. Rist, 2010: 224). Folglich gibt es, vor dem Hintergrund der Transformation des Internets zum *Web 2.0*, auch keine Alternative als die Ausweitung der Kultur der sozialen Online-Vernetzung, des *e-commerce* und des *e-government* (vgl. UN, 2012). Eine Logik, die im Kreis verläuft und von *Cyberoptimismus* und *Technikdeterminismus* getrieben ist. Wie in der vorliegenden Arbeit gezeigt wurde, liegt hierin – neben dem Anspruch der Demokratieförderung – ein ökonomisches Kalkül, das auf die Ausweitung der *affektiven Ökonomie* setzt, deren Infrastruktur hauptsächlich von privatwirtschaftlichen Akteuren des „Nordens“ installiert wird (vgl. UN, 2012). Anders ausgedrückt, vor dem Hintergrund der gescheiterten Entwicklungsprogramme der Vergangenheit, geht es darum, eine neue Programmatik durchzusetzen (vgl. Rist, 2010: 226ff.), welche die Ausbreitung der *postfordistischen* Regulationsweise begünstigt, die ihrerseits neue Strategien der Ausbeutung impliziert. Darin besteht letztlich die Logik der Ausweitung des *digitalen Enclosure*. Während die Akteure im Entwicklungssektor unzweifelhaft erkannt haben, dass die *Affektmacht* produktiv einsetzbar ist, und sich durch ihren Einsatz neue Möglichkeiten der

Intervention ergeben, bestehen kaum kritische Zugänge. Die vermeintliche Macht zu *affizieren* heiligt die Mittel. Auch wenn das bedeutet, einem Konzern alle erdenklichen Tore offen zu lassen, uneingeschränkt Sichtungen vorzunehmen, Daten zu sammeln und Gemeinschaftsgüter abzuschöpfen.

Auf den folgenden beiden Seiten soll in einem praktischen Beispiel gezeigt werden, wie ein internationaler Kleidungskonzern, durch die Gründung einer Non-Profit Organisation, kommerzielle Interessen mit humanistischen Idealen verknüpft und dabei Facebook benutzt, um Jugendliche zu *affizieren*. Ein Beispiel, wie private Unternehmen innerhalb neuer Strategien der Entwicklungszusammenarbeit Soziale Medien einsetzen, um soziale Verantwortlichkeit zu signalisieren. Im Kontext einer neuen gouvernementalen Rationalität der Entwicklung erscheinen vermehrt private Akteure als Hoffnungsträger zur baldigen Erreichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen. (vgl. Hulme / Wilkinson, 2012).

Praxisbeispiel: *Only The Brave Foundation*

Die *Only The Brave Foundation* ist eine norditalienische NGO, die von Renzo Rosso, dem Eigentümer des Textilkonzerns *Diesel* gegründet wurde. Die Non-Profit-Organisation kann als exemplarisches Beispiel für das Engagement privater Unternehmen im Post-Millennium-Kontext der Entwicklungszusammenarbeit betrachtet werden. Das Beispiel der *Only The Brave Foundation* verdeutlicht wie *Soziale Medien* und im Speziellen Facebook von zeitgenössischen Akteuren der Entwicklung eingesetzt werden, um die Umsetzung ihrer verschiedenen Vorhaben zu unterstützen. Mittels seiner *Only The Brave Foundation* engagiert sich der Diesel-Konzern im sogenannten *Millennium Villages Project*. Das Multi-Stakeholder-Projekt wird von verschiedenen Trägerinstitutionen organisiert, darunter das Earth Institute, das an der ebenfalls beteiligten Columbia University beheimatet ist und Millennium Promise, eine amerikanische NGO, die von Jeffrey Sachs, Direktor des Earth Institute, mitbegründet wurde. Neben Partnerschaften zu privaten Unternehmen wie Diesels *Only The Brave Foundation* bestehen Partnerschaften zu verschiedenen UN-Organisationen, darunter UNAIDS, UNDP, UNFPA, UNICEF, UNOPS, das Welternährungsprogramm und die Broadband Commission for Digital Development, eine gemeinsame Initiative der International Telecommunications Union und der UNESCO (vgl. MVP, 2014; OTB, 2014).

Die *Only The Brave Foundation* beauftragte Dubit, eine englische Webdesignagentur, mit der Entwicklung einer Webseite, um sein Engagement im Non-Profit- Sektor „cool“ und „attraktiv“ für Jugendliche wirken zu lassen (vgl. Dubit, 2014). Ein zentrales Element der ursprünglichen Webseite bildete ein Spendenprojekt in Form eines Online-Spiels (*Social Game*), bei dem Facebook-Mitglieder, auf einer virtuellen Reise, durch ein reales Dorf in



Abb. 3: Gemeinsames Foto von Jeffrey Sachs (li.) und Renzo Rosso (re.) auf der Facebook-Seite der Only The Brave Foundation.

Mali streifen konnten. Das anfänglich schäbig gestaltete Dorf sollte sich im Laufe der Zeit und mit zunehmendem Engagement „entwickeln“ (vgl. ebd.). Der Vorstellung nach sollten sich die Userinnen und User spielerisch von der Notwendigkeit einer Spende überzeugen, indem ihnen beispielsweise mittels Balkendiagramm der aktuelle Stand an Malariamedikamenten im lokalen Krankenhaus angezeigt wurde. Über Facebook mobilisiert, sollten die Jugendlichen als Avatar in der virtuellen Landschaft selbst „Entwicklungshilfe“ leisten können. Es sollte, laut



Abb. 4: Login-Feld zur *Virtual Village* der Only The Brave Foundation auf Facebook.

Dubit, eine „engaging experience“ kreiert werden, die Jugendliche effektiv *affiziert* und dabei grundlegende Werte berücksichtigt (vgl. Dubit, 2014). Anstatt junge Menschen als gewinnversprechende Zielgruppe zu thematisieren, erscheinen sie in den Darstellungen von Diesel und Dubit als die zentralsten und wichtigsten Akteure für nachhaltige Entwicklung, die in der Lage seien, den „größten Unterschied“ in der Welt zu machen, wenn man sie nur auf „nicht-traditionellen Wegen“ aktiviert (vgl. ebd.). Das Beispiel hat verdeutlicht, wie gegenwärtig soziales Engagement und ökonomische Interessen, reale und virtuelle Handlungsfelder der Entwicklungspraxis zusammenfallen. Dieser Trend wird sich wohl auch in der Post-Millenniums-Ära²⁰ ab 2015 fortsetzen. Die neuen Oberflächen der sogenannten *Social Games* auf



Abb. 5: Gruppenbild der Avatare in der *Virtual Village* auf der Homepage von Dubit.

Facebook verbinden das *gouvernementale Interface* der Plattform Facebook (Wiedemann, 2011) mit virtuellen Handlungsfeldern und etablieren ein Regime der spielerischen *digitalen Arbeit* (Andrejevic, 2013, 2011a, 2009) im Kontext der Entwicklung. Die *Only The Brave Foundation* steht damit sinnbildlich für die Transformation im Entwicklungsbereich, die mit der kontinuierlichen Ausweitung des *Social Web* einhergeht.

²⁰ Für einen allgemeinen Ausblick siehe: Hulme / Wilkinson, 2012

VI. KONKLUSION

Entwicklung, als *situative Verkettung* diskursiver Einzelstränge, mutiert, im Zusammenspiel mit Facebook, zu einem dynamischen Regime der *Affektmacht*, das durch gezielte *Sichtbarmachung* von „Unterentwicklung“ die eigene Handlungsnotwendigkeit herleitet und legitimiert. Auch wenn sich Facebook als Sackgasse erweisen und verschwinden sollte, ist klar, dass es vorläufig einige Prämissen einer zukünftigen biopolitischen Führungsweise festgelegt hat. Facebook als „neue Produktionsweise“ (Andrejevic, 2011a) und Erziehungsanstalt (Coté / Pybus, 2011) erweist sich als paradigmatisches Beispiel einer zeitgenössischen sozialen Praxis und als Terrain biopolitischer Interventionen gleichzeitig. Sein Einsatz im Entwicklungsbereich geht einher mit Transformationen des Entwicklungsdenkens, die in der vorliegenden Arbeit skizzenhaft dargestellt wurden und deren Folgen noch völlig offen sind.

Facebook hat bereits sehen lassen, dass es plant zukünftig direkt in den Entwicklungssektor einzugreifen, indem es sich selbst die dazu notwendige Infrastruktur schafft und das Internet in bisher kaum vernetzte Gebiete ausdehnt (Talbot, 2013; Zuckerberg, 2013). Das wird die Internationalen Organisationen vor neue Herausforderungen stellen, weil sich dadurch ihre Dominanz in der Formulierung und Gestaltung von Entwicklungsprozessen (nicht nur in Hinblick auf Kommunikationstechnologien) verringern wird. Ihre bisher nur zaghaften Versuche die gegenwärtigen Transformationen zu erfassen, laufen an der eigentlichen Dynamik neuer Möglichkeiten, die sich aus den ungeheuren Datenmengen ergeben, vorbei. Angesichts des gegenwärtigen Vorgangs der Ausweitung von Facebooks lukrativem Geschäftsmodell zur Ausbeutung des Soziallebens auf die Größe eines globalen *digitalen Enclosure* (Andrejevic, 2007), müssen neue Antworten gefunden werden. Für eine widerständige Praxis hieße das, auf der Ebene der Produktion Strategien zu finden, um die *digitale Arbeit* der Ausbeutung durch das *Enclosure* zu entziehen (und gegebenenfalls alternative, offene und im Besitz der Gemeinschaft gelegene Alternativen zu schaffen). Auf der Ebene der Subjekte hieße das widerständige Praktiken der Subjektivierung und Desubjektivierung zu schaffen, die dieses Spiel offen halten.

VII. BIBLIOGRAPHIE

ADELMANN, Ralf: „Von der Freundschaft in Facebook. Mediale Politiken sozialer Beziehungen in Social Network Sites“ in: Leistert, Oliver / Röhle, Theo [Hg.]: Generation Facebook. Über das Leben im Social Net, Bielefeld: transcript, 2011, pp. 127-144.

ALBRECHTSLUND, Anders : „Online Social Networking as Participatory Surveillance“ in: First Monday, Vol. 13, No. 3, 2008. Online-Publikation: <http://www.uic.edu/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/2142/1949> [Zugriff: 10. März 2014]

AMIN, Samir: L'eurocentrisme, critique d'une idéologie, Paris: Economica-Anthropos, 1988.

ANDERSON, Chris: „The End of Theory. The Data Deluge Makes the Scientific Method Obsolete“, in: Wired Magazine 16.07, 2008. Online: http://www.wired.com/science/discoveries/magazine/16-07/pb_theory [Zugriff: 10. März 2014]

ANDREFF, Wladimir: Les multinationales globales, Paris: La Découverte, 1995.

ANDREJEVIC, Mark: „Facebook als neue Produktionsweise“ in: Leistert, Oliver / Röhle, Theo [Hg.]: Generation Facebook. Über das Leben im Social Net, Bielefeld: transcript, 2011a, pp. 31-49.

ANDREJEVIC, Mark: „Estranged Free Labor“ in: Scholz, Trebor [Hg.]: Digital Labor. The Internet as Playground and Factory. Edited by Trebor Scholz, New York: Routledge, 2013, pp. 1-9.

ANDREJEVIC Mark: „The Work that Affective Economics does“ in: Cultural Studies, 25:4-5, 2011b, pp. 604-620.

ANDREJEVIC, Mark: „Exploiting YouTube: Contradictions of user-generated labour“ in: Snickers, Pelle / Vonderau, Patrick [Hg.]: The YouTube Reader, Stockholm: National Library of Sweden, 2009, pp. 406-423.

ANDREJEVIC, Mark: „Surveillance in the Digital Enclosure“ in: The Communication Review, Vol. 10, No. 4, 2007: pp. 1-37.

ANDREJEVIC, Mark: „The work of watching one another: Lateral surveillance, risk, and governance“ in: Surveillance & Society, Vol. 2, No. 4, 2005, pp. 479-497.

ANDREJEVIC, Mark: „The work of being watched: Interactive media and the exploitation of self-disclosure“ in: Critical Studies in Media Communication, Vol. 19, No. 2, 2002: pp. 230-248.

ATAÇ, Ilker / SCHIPPERS, Lan-Katharina: „Der Staat in der Peripherie: Beiträge zu Fragen der Entwicklung in den Ansätzen der politischen Ökonomie“ in: Ataç, Ilker / Kraler, Albert / Ziai, Aram [Hg.]: Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung, 1. Aufl., Reihe Gesellschaft – Entwicklung – Politik (GEP), Wien: Mandelbaum Verlag / Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik, 2011, pp. 115-128.

BAUDRILLARD, Jean: „Requiem für die Medien“ in: Pias, Claus / Vogl Joseph / Engell, Lorenz / Fahle, Oliver / Neitzel, Britta [Hg.]: Kursbuch Medienkultur: Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1999 [zuerst 1972].

BECK, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1986.

BENKEL, Thorsten: „Die Strategie der Sichtbarmachung. Zur Selbstdarstellungslogik bei Facebook“ in: Zurawski, Nils / Schmidt, Jan-Hinrik / Stegbauer, Christian [Hg.]: Phänomen „Facebook“. Sonderausgabe von kommunikation@gesellschaft, Beitrag 3, Jg. 13, 2012. Online: <http://nbn-resolving.de/nbn:de:0228-201213038> [Zugriff: 11. März 2014]

BHABHA, Homi: „The Other Question: Difference, Discrimination, and the Discourse of Colonialism“ in: Ferguson, Russel u.a. [Hg.]: Out There: Marginalization and Contemporary Cultures, New York & Cambridge: MIT Press, 1990, pp. 71-89.

BILTON, Chris: Management and Creativity. From Creative Industries to Creative Management, Oxford: Blackwell, 2007.

BOLOGNA, Sergio / FUMAGALLI, Andrea [Hg.]: Il lavoro autonomo di seconda generazione: scenari del postfordismo in Italia, Mailand: Feltrinelli, 1997.

BOYD, Danah / ELLISON, Nicole B.: „Social network sites: Definition, history, and scholarship“ in: Journal of Computer-Mediated Communication, Vol. 13, No. 1, 2007. Online: <http://jcmc.indiana.edu/vol13/issue1/boyd.ellison.html> [Zugriff: 9. März 2014]

BOYLE, James: „The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain“, in: Law and Contemporary Problems 66 (33), 2003, pp. 147-178.

BRANDES, Kerstin: Fotografie und »Identität«. Visuelle Repräsentationspolitiken in künstlerischen Arbeiten der 1980er und 1990er Jahre, Bielefeld: transcript, 2010.

BRASKOV, Ricky Storm: „Social Media in Development Cooperation“ in: ders. [Hg.]: Social Media in Development Cooperation, [Ørecomm at Malmö University and Roskilde University] 2012. Online: <http://orecomm.net/wp-content/uploads/2012/04/SocialMediaOrecomm2011.pdf> [Zugriff: 19. März 2014]

BRECHT, Bertolt: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. in: Brecht, Bertold: Gesammelte Werke, Bd. 18. Schriften zur Literatur und Kunst, Bd. 1. Frankfurt/Main.: 1967, pp. 127ff [zuerst 1932].

BREUER, Anita: „Demokratieförderung im Zeitalter Sozialer Medien: Risiken und Chancen“ in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) [Hg.]: Analysen und Stellungnahmen 14, 2011, [ohne S.] Online: http://www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_14.2011.pdf [Zugriff: 7. März 2014]

BRÖCKLING, Ulrich: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2007.

BRÖCKLING, Ulrich: „Regime des Selbst - Ein Forschungsprogramm“ in: Bonacker, Thorsten / Reckwitz, Andreas [Hg.]: Kulturen der Moderne. Soziologische Perspektiven der Gegenwart, Frankfurt M. / New York: Campus, 2007a, pp. 119-140.

BRÖCKLING, Ulrich / KRASMANN, Susanne / LEMKE, Thomas [Hg.]: Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2004.

BRÖCKLING, Ulrich: „You are not responsible for being down, but you are responsible for getting up : über Empowerment“ in: Leviathan: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 31, H. 3, 2003, pp. 323-340.

BRÖCKLING, Ulrich: „Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement“ in: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas [Hg.]: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2000, pp. 131-167.

BRÖCKLING, Ulrich / KRASMANN, Susanne / LEMKE, Thomas [Hg.]: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2000.

BRUCH, Christoph / DROSSOU, Olga / JENSEN, Heike: „Weltgipfel zur Informationsgesellschaft. Neue Impulse für die (Medien-)Entwicklungszusammenarbeit“ in: Friedrich-Ebert-Stiftung – Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit – Afrika-Referat [Hg.]: Medien und Entwicklung. Neue Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit, 2005, pp. 47-50.

BURSTON, Jonathan / DYER-WITHEFORD, Nick / HEARN, Alison [Hg.]: „Digital Labour: Workers, Authors, Citizens“ in: Ephemera: Theory & Politics in Organization, Vol. 10 (3/4), 2010.

CARDOSO, Fernando Henrique / FALETTO, Enzo: Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1976.

CARPIGNANO, Paolo: „Note su classe operaia e capitale in America negli anni sessanta“ in: ders. / Bologna, Sergio / Negri, Antonio: Crisi e organizzazione operaia, Mailand: Feltrinelli, 1976, pp. 73-97.

CASTELLANO, Lucio u.a.: „Do You Remember Revolution?“, in: Arbeiter/innenmacht gegen die Arbeit. Eine Autonomie Anthologie. Freiburg: Signal, 1998.

CRUIKSHANK, Barbara: „Revolutions within: self-governance and self-esteem“ in: Economy and Society, Vol. 22, No. 3, 1993: pp. 327–344.

DE ANGELIS, Massimo [Hg.]: „Marx and Primitive Accumulation: The Continuous Character of Capital's »Enclosures«“ in: The Commoner, No. 2, 2. Sept. 2001. Online: <http://www.commoner.org.uk/02deangelis.pdf> [Zugriff: 11. März 2014]

DEBORD, Guy: Die Gesellschaft des Spektakels, Berlin: Edition Tiamat, Verlag Klaus Bittermann, 1996 [zuerst 1967].

DELEUZE, Gilles: „Postskriptum über die Kontrollgesellschaften“ in: ders.: Unterhandlungen 1972-1990, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1993, pp. 254-262.

DELEUZE, Gilles: Foucault, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1992.

DEMIROVIC, Alex: „Hegemonie und Zivilgesellschaft: Metakritische Überlegungen zum Begriff der Öffentlichkeit“ in: ders.: Demokratie und Herrschaft: Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 1997, pp. 165-182.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (GIZ) [Hg.]: „Neue Medien. Wie Internet, SMS und Co. Entwicklung voranbringen“ in: Nah Dran Nr.1, 2013, pp. 13-27. Online: <http://www.giz.de/de/downloads/giz2013-de-nahdran-1-gesamtausgabe.pdf> [Zugriff: 10. März 2014]

DEWEY, Taylor / KADEN, Juliane / MARKS, Miriam / MATSUSHIMA, Shun / ZHU, Beijing: „The Impact of Social Media on Social Unrest in the Arab Spring. Final Report prepared for: Defence Intelligence Agency“, Stanford University, March 20, 2012. Online: https://publicpolicy.stanford.edu/system/files/SocialMedia_FINAL%2020%20Mar.pdf [Zugriff: 22. März 2014]

DIBBELL, Julian: Play Money: Or How I Quit My Day Job and Made Millions Trading Virtual Loot, New York: Basic Books, 2007.

DÖRNER, Andreas: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt: Fischer, 2001.

DÖRRE, Klaus: „Das deutsche Produktionsmodell unter dem Druck der Shareholder Value“ in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 53, Heft 4, 2001, pp. 675-704.

DUBAI SCHOOL OF GOVERNMENT (DSG): Arab Social Media Report: Civil Movements: The Impact of Facebook and Twitter, Vol. 1, No. 2, May 2001. Online: http://www.dsg.ae/portals/3/DSG_Arab_Social_Media_Report_No_2.pdf [Zugriff: 22. März 2014]

DUBIT: „Only The Brave Foundation“, 2014. Online: http://www.dubitlimited.com/projects/only_the_brave [Zugriff: 22. März 2014]

ECO, Umberto: „Für eine semiologische Guerilla (1967)“ in: ders.: Über Gott und die Welt, 4. Aufl., München: Hanser u. a., 1986.

ELAM, Mark: „Puzzling out the Post-Fordism Debate: Technology Markets and Institutions“ in: Amin, Ash [Hg.]: Post-Fordism. A Reader, Oxford and Cambridge: Blackwell, 1994, pp. 43–70.

ENZENSBERGER, Karl Magnus: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“ in: Pias, Claus / Vogl Joseph / Engell, Lorenz / Fahle, Oliver / Neitzel, Britta [Hg.]: Kursbuch Medienkultur: Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1999 [zuerst 1970].

ESCOBAR, Arturo: Encountering Development. The Making and the Unmaking of the Third World. Princeton Studies in Culture / Power / History, Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1995.

ESCOBAR, Arturo: „Power and Visibility: Development and the Invention and Management of the Third World.“ in: Cultural Anthropology, Vol. 3, No. 4, Nov., 1988, pp. 428-443.

ESCOBAR, Arturo: Power and Visibility. The Invention and Management of Development in the Third World, Ann Arbor, MI: UMI Dissertation Services, 1987.

ESCOBAR, Arturo: „Discourse and Power in Development: Michel Foucault and the Relevance of his Work to the Third World“ in: Alternatives, 10 (3), 1985, pp. 377-400.

ESTEVA, Gustavo: „Regenerating People' s Space“ in: Alternatives, 12 (1), 1987, pp. 125-152.

ESTEVA, Gustavo: „Development: Metaphor, Myth, Threat“ in: Development: Seeds of Change, 27 (3), 1985, pp. 78-79.

FACEBOOK: [Startseite ohne Titel], 2014(a). Online: www.facebook.com [Zugriff: 6. März 2014]

FACEBOOK: „Key Facts“, 2014(b). Online: <http://newsroom.fb.com/Key-Facts> [Zugriff: 6. März 2014]

FACEBOOK: „Erklärung der Rechte und Pflichten. Letzte Überarbeitung: 15. November 2013“, 2014(c). Online: https://de-de.facebook.com/legal/terms?locale=de_DE [Zugriff: 19. März 2014]

FACEBOOK: „Annual Report 2012“, 2013. Online: <http://investor.fb.com/annuals.cfm> [Zugriff: 9. März 2014]

FANON, Frantz: Die Verdammten dieser Erde, Einm. Sonderausg., Frankfurt/M.: Suhrkamp: 2008.
[*Französischsprachige Erstausgabe: Fanon, Frantz: Les damnés de la terre, Paris: Éditions Maspéro, 1961*]

FLORIDA, Richard: The Rise of the Creative Class, New York: Basic Books, 2002.

FOUCAULT, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Konersmann, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 2012a [zuerst 1972].

FOUCAULT, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2012b [zuerst 1977].

FOUCAULT, Michel: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France 1978/1979, 1. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2006.

FOUCAULT, Michel: Dits et Ecrits. Schriften, Erster Band, Frankfurt/M.: Suhrkamp: 2001.

FOUCAULT, Michel: „Die Gouvernementalität“, in: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke Thomas [Hg.]: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2000, pp. 41-67.

FOUCAULT, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesung am Collège de France (1975-1976), Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1999.

FOUCAULT, Michel: Was ist Kritik?, Berlin: Merve Verlag, 1992.

FOUCAULT, Michel: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1977.

FOUCAULT, Michel: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1974.

FOUCAULT, Michel: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1971.

FRANK, Andre Gunder: „Die Entwicklung der Unterentwicklung (1966)“ in: Fischer, Karin / Hödl, Gerald / Sievers, Wiebke [Hg.]: Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, 2. Aufl., Wien: Mandelbaum, 2010, pp. 148-167 [zuerst 1966].

FRIEDMANN, John: Empowerment. The Politics of Alternative Development, Cambridge, Mass: Blackwell, 1992.

GRAU, Ingeborg / KOMLOSY, Andrea / ENGLERT, Birgit: „Globale Ungleichheit in historischer Perspektive“ in: dies. [Hg.]: Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung, 2. Aufl., Wien: Mandelbaum Verlag, 2009, pp. 13-28.

GROSS, Peter: Ich-Jagd, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1999.

GROSS, Peter: Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1995.

HABERMAS, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, 1. Aufl. [Bd.1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft], Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1981.

HAGEN, Martin: Elektronische Demokratie: Computernetzwerke und politische Theorie in den USA, Hamburg: LIT-Verlag, 1997.

HAN, Byung-Chul: Digitale Rationalität und das Ende des kommunikativen Handelns, 1. Aufl., Berlin: Matthes & Seitz, 2013a.

HAN, Byung-Chul: Transparenzgesellschaft, 3. Aufl., Berlin: Matthes & Seitz, 2013b.

HAN, Byung-Chul: Im Schwarm - Ansichten des Digitalen, Berlin: Matthes & Seitz, 2013c.

HARDT, Michael / NEGRI, Antonio: Multitude, Frankfurt/M. & New York: Campus, 2004.

HARDT, Michael / NEGRI, Antonio: Empire – die neue Weltordnung, Frankfurt/M. & New York: Campus, 2003.

HESMONDHALGH, David: „User-generated content, free labour and the cultural industries“ in: Burston, Jonathan / Dyer-Witford, Nick / Hearn, Alison [Hg.]: „Digital Labour: Workers, Authors, Citizens“ in: *Ephemera: Theory & Politics in Organization*, Vol. 10 (3/4), 2010, pp. 267-284.

HOLERT, Tom: Regieren im Bildraum, Berlin: b-books/Polypen, 2008.

HORKHEIMER, Max / ADORNO, Theodor W.: „Kulturindustrie – Aufklärung als Massenbetrug“ in: dies.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt/M.: Fischer, 1969 [zuerst 1944], pp. 128-176.

HULME, David / WILKINSON, Rorden: „Brave new world: global development goals after 2015“ *Brooks World Poverty Institute, BWPI Working Paper 168*, May 2012.

INKELES, Alex / SMITH, David H.: Becoming modern: Individual change in six developing countries, Cambridge (MA): Harvard University Press, 1974.

INKELES, Alex: „Die Modernisierung des Menschen (1966)“ in: Fischer, Karin / Hödl, Gerald / Sievers, Wiebke [Hg.]: Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, 2. Aufl., Wien: Mandelbaum, 2010 [zuerst 1966].

KANTSPERGER, Roland: Empowerment. Theoretische Grundlagen, kritische Analyse, Handlungsperspektiven, München: FGM, 2001.

KING, Barry: „On the new dignity of labour“ in: Burston, Jonathan / Dyer-Witheford, Nick / Hearn, Alison [Hg.]: „Digital Labour: Workers, Authors, Citizens“ in: *Ephemera: Theory & Politics in Organization*, Vol. 10 (3/4), 2010, pp. 285-302.

KOCYBA, Hermann: „Aktivierung“ in: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas [Hg.]: Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2004, pp. 17-22.

KONERSMANN, Ralf: „Der Philosoph mit der Maske“ in: Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Konersmann, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 2012a [zuerst 1972].

KRASMANN, Susanne / VOLKMER, Michael [Hg.]: Michel Foucaults »Geschichte der Gouvernementalität« in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge, Bielefeld: transcript, 2007.

KREISSL, Reinhard: „Community“ in: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas [Hg.]: Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2004, pp. 37-41.

LANE, Robert E.: „The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society.“ in: *American Sociological Review*, Vol. 31, No. 5, Oct. 1966, pp. 649-662

LATOUCHE, Serge: Faut-il refuser le développement?, Paris: PUF, 1986.

LATOUR, Bruno: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2007.

LAZZARATO, Maurizio: „From Biopower to Biopolitics“, in: *Generation Online*, 2000. Online: <http://www.generation-online.org/c/fcbiopolitics.htm> [Zugriff: 22. März 2014]

LAZZARATO, Maurizio: „Immaterielle Arbeit. Gesellschaftliche Tätigkeit unter den Bedingungen des Postfordismus“ in: Atzert, Thomas [Hg.]: Umherschweifende Produzenten, Berlin: ID, 1998a, pp. 39-52.

LAZZARATO, Maurizio: „Verwertung und Kommunikation. Der Zyklus immaterieller Produktion“ in: Atzert, Thomas [Hg.]: Umherschweifende Produzenten, Berlin: ID, 1998b, pp. 53-66.

LEISTERT, Oliver / RÖHLE, Theo [Hg.]: „Identifizieren, Verbinden, Verkaufen. Einleitendes zur Maschine Facebook, ihren Konsequenzen und den Beiträgen in diesem Band“ in: dies.: Generation Facebook. Über das Leben im Social Net, Bielefeld: transcript, 2011, pp. 7-30.

LEMKE, Thomas: Biopolitik. zur Einführung, Hamburg: Junius Verlag, 2007.

LEMKE, Thomas: „Test“ in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 32, Band 1, 2004, pp. 119-124.

LEMKE, Thomas: „'Eine Kultur' der Gefahr' – Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus“ in: Widerspruch 24 (46), 2004, pp. 89-98. Online: <http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/EineKulturderGefahr.pdf> [Zugriff: 19. Jänner 2014]

LEMKE, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft, Hamburg: Argument, 2003.

LEMKE, Thomas: „Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die ‚governmentality studies‘“ in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41, Nr. 1, 2000, pp. 31-47.

LEMKE, Thomas: „Die Ungleichheit ist für alle gleich – Michel Foucaults Analyse der neoliberalen Gouvernementalität“ in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhundert, Jg. 16, Band 2, 2001, pp. 99-115.

LEVY SIMON, Barbara: The Empowerment Tradition in American Social Work. A History, New York: Columbia University Press, 1994.

LICOPPE, Christian: „'Connected' presence: the emergence of a new repertoire for managing social relationships in a changing communication technoscape“ in Environment and Planning D: Society and Space, Vol. 22, Issue 1, 2004, pp. 135-156.

LUHMANN, Niklas: „Veränderungen im System gesellschaftlicher Kommunikation und die Massenmedien.“ in: Schatz, Oskar (Hg.): Die Elektronische Revolution. Wie gefährlich sind die Massenmedien?, Graz, Wien, Köln: Styria, 1975

LUHMANN, Niklas: Die Realität der Massenmedien, 2. erw. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996 [zuerst 1995].

LUKE, Timothy W.: „Cybercritique: a social theory of online agency and virtual structures“ in: Lehmann, Jennifer M. [Hg.]: Critical Theory: Diverse Objects, Diverse Subjects (Current Perspectives in Social Theory, Volume 22), Emerald Group Publishing Limited, 2002, pp. 133-159.

LUKE, Timothy W.: „Digital Fordism“ [Onlinepublikation], Blacksburg, VA: Center for Digital Discourse and Culture, 2001-2004, Online: <http://www2.cddc.vt.edu/digitalfordism/index.htm> [Zugriff: 10. März 2014]

LUKE, Timothy W.: „Simulated Sovereignty, Telematic Territoriality: The Political Economy of Cyberspace“ [Onlinepublikation des Konferenzbeitrags] Second Theory, Culture & Society Conference "Culture and Identity: City, Nation, World" August 10-14, 1995. Online: <http://www.cddc.vt.edu/tim/tims/tim435.pdf> [Zugriff: 11. März 2014, als Buchbeitrag: ders.: "Simulated Sovereignty, Telematic Territoriality: The Political Economy of Cyberspace" in: Featherstone, Mike / Lash, Scott: Spaces of Culture: City-Nation-World, London: Sage Publications, 1999, pp. 27-48.]

LYOTARD, Jean-François: Das postmoderne Wissen, 7. unveränderte Aufl., Wien: Passagen Verlag, 2012 [zuerst 1979].

MAIER, Charles S.: „Between Taylorism and Technocracy: European Ideologies and the Vision of Industrial Productivity in the 1920s“ in: Journal of Contemporary History, Vol. 5; No. 2, 1970, pp. 27-61.

MALETZKE, Gerhard: Psychologie der Massenkommunikation, Hamburg: Verlag Hans Bredow-Institut, 1963.

MANN, Josef: „Die mediale Konstruktion der ‚Dritten Welt‘. Ihr Bild in der Spendenwerbung.“ In: Medien Impulse, Dez. 1998. Online: http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/dritte_welt/26mann.pdf [Zugriff: 14. März 2014]

MARAL-HANAK, Irmi: „Entwicklung kommunizieren: Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit“ In: De Abreu Fialho Gomes, Bea / Maral-Hanak, Irmi / Schicho, Walter [Hg.]: Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum Verlag, 2006, pp. 103-123.

MARX, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte: Geschrieben von April bis Aug. 1844 / Karl Marx. Nach d. Handschrift, [Einleitung und Anmerkungen von Joachim Höppner] Leipzig: Reclam [Reclams Universalbibliothek, Bd. 448], 1968. [Online-Version (Scan) siehe Homepage von Titus Stahl (Frankfurt): http://user.uni-frankfurt.de/~tstahl/marx_-_oekonomisch-philosophische_manuskripte_1844%20-%20OCRed.pdf] [Zugriff: 19. März 2014]

MATHEW, A. F. [o. A.]: „The Case of Development Communication: Perspectives, Issues and Trends“ in: Palabra Clave, Vol. 13, No. 1, 2010.

MATHIEU, Anne: „Die Entdeckung der Kolonisierten. Jean-Paul Sartre und die Folter im Algerienkrieg“ in: Le Monde diplomatique, Nr. 7512, Nov. 2004, pp. 6-7.

MELKOTE, Srinivas: Communication for Development in the Third World, New Delhi: Sage Publications, 1991.

MEYER, Thomas: „Mediokratie - Auf dem Weg in eine andere Demokratie?“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16, 2002, pp. 7- 14.

MEYER, Thomas: Mediokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2001.

MEYROWITZ, Joshua: No Sense of Place. The Impact of Electronic Media on Social Behaviour, New York: Oxford University Press, 1985.

MILLENNIUM VILLAGES PROJECT (MVP): „About“, 2014. Online: <http://millenniumvillages.org/about/overview/> [Zugriff: 1. März 2014]

MOHANTY, Chandra Talpade: “Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourse” in: *boundary 2* [Duke University Press], Vol. 12, No. 3, On Humanism and the University I: The Discourse of Humanism, Spring - Autumn 1984, pp. 333-358.

MOROZOV, Evgeny: The Net Delusion: The Dark Side of Internet Freedom, New York: Public Affairs, 2011.

MÜLLER-DOOHM, Stefan: „Bildinterpretation als struktural-hermeneutische Symbolanalyse“ in: Hitzler, Ronald / Anne Honer [Hg.]: Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung, Opladen Leske + Budrich, 1997, pp. 81-108.

MYRDAL, Gunnar: „Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen (1957)“ in: Fischer, Karin / Hödl, Gerald / Sievers, Wiebke [Hg.]: Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, 2. Aufl., Wien: Mandelbaum, 2010, pp. 73-89 [zuerst 1957].

NARAYAN, Deepa [Hg.]: Empowerment and Poverty Reduction: A Sourcebook, New York: World Bank, 2002.

NASDAQ: „Facebook, Inc. Stock Comparison“ Online: <http://www.nasdaq.com/symbol/fb/stock-comparison> [Zugriff: 6. März 2014]

NEGRI, Antonio: Zyklus und Krise bei Marx, Berlin: Merve, 1972.

OHMAE, Kenichi: Der neue Weltmarkt: das Ende des Nationalstaates und der Aufstieg der regionalen Wirtschaftszonen, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1996.

O'DWYER, Rachel / DOYLE, Linda 2012: „FCJ-138 This is not a Bit-Pipe: A Political Economy of the Substrate Network“ in: *fibreculturejournal.org*, Issue 20, 2012. Online: <http://twenty.fibreculturejournal.org/2012/06/18/fcj-138-this-is-not-a-bit-pipe-a-political-economy-of-the-substrate-network/> [Zugriff: 19. März 2014]

OPITZ, Sven: Gouvernementalität im Postfordismus, Hamburg: Argument, 2004.

O'REILLY, Tim: „What Is Web 2.0? Design Patterns and Business Models for the Next Generation of Software“, 2005, Online: <http://www.oreillynet.com/pub/a/oreilly/tim/news/2005/09/30/what-is-web-20.html> [Zugriff: 2. Jänner 2014]

ONLY THE BRAVE (OTB): „About“, 2014. Online: <http://www.otbfoundation.org/about> [Zugriff: 21. März 2014]

OY, Gottfried: „Wir müssen reden. Kommunikation und Macht – ein gar nicht so ungleiches Paar“ in: *kommunikation@gesellschaft*, Jg. 1, Beitrag 4, 2000, Online: <http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/12678> [Zugriff: 16. März 2014]

RABINOW, Paul: „Representations are Social Facts: Modernity and Post-Modernity in Anthropology“ in: Clifford, James / George, Marcus, E. [Hg.]: *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*, Berkeley, Los Angeles, London: Univ. of California Press, 1986, pp. 234-261.

RAHNEMA, Majid: „NGOs Sifting the Wheat from the Chaff“ in: *Development: Seeds of Change*, 27 (3), 1985, pp. 68-71.

RAPPAPORT, Julian: „Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit: Ein sozialpolitisches Konzept des ‚empowerment‘ anstelle präventativer Ansätze.“ in: *Verhaltenstherapie und Psychosoziale Praxis*, Heft 2, 1985, pp. 257-278.

RECKWITZ, Andreas: *Die Erfindung der Kreativität*, 3. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2013.

REICHERT, Ramón: „Die Konstellation von Wissenstechniken und Selbstpraktiken im Web 2.0“ in: *Kakanien Revisited*, Juli 2008, Online: <http://www.kakanien.ac.at/beitr/emerg/RReichert1.pdf> [Zugriff: 2. März 2014]

RIST, Gilbert: *The History of Development: From Western Origins to Global Faith*, 3. Aufl., London & New York: Zed Books, 2010.

RIST, Gilbert / RAHNEMA, Majid / ESTEVA, Gustavo: *Le Nord perdu. Repères pour l'après-développement*, Lausanne: Editions d'En Bas, 1992.

RIST, Gilbert / SABELLI, Fabrizio [Hg]: *Il était une fois le développement*, Lausanne: Éditions d'En Bas, 1986.

ROBERTSON, Alexa: "Narratives of Resistance: Comparing Global News Coverage of the Arab Spring" in: *New Global Studies*, Vol. 6, Issue 2, Article 3, 2012. Online: http://www.ims.su.se/polopoly_fs/1.96632.1344416795!/menu/standard/file/Robertson-08-08-2012.pdf [Zugriff: 22. März 2014]

ROSE, Nikolas: „Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens“ in: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas [Hg.]: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2000, pp. 72-109.

ROSENSTEIN-RODAN, Paul N.: „Die internationale Entwicklung ökonomisch rückständiger Gebiete (1944)“ in: Fischer, Karin / Hödl, Gerald / Sievers, Wiebke [Hg.]: Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, 2. Aufl., Wien: Mandelbaum, 2010, pp. 27-38 [zuerst 1944].

ROSTOW, Walt Whitman: „Die fünf Wachstumsstadien – eine Zusammenfassung (1960)“ [überarb. Fassung der Übersetzung. 1960] in: Fischer, Karin / Hödl, Gerald / Sievers, Wiebke [Hg.]: Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, 2. Aufl., Wien: Mandelbaum, 2010, pp. 40-52 [zuerst 1966]. [Englischsprachige Erstausgabe: Rostow, Walt Whitman: „The five stages-of-growth – a summary.“ in: *The stages of economic growth. A non-communist manifesto*, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 1960, pp. 4-12.].

SARTRE, Jean-Paul: „Vorwort“ in: Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde, Einm. Sonderausg., Frankfurt/M.: Suhrkamp: 2008, pp. 7-25 [Französischsprachige Erstausgabe: Fanon, Frantz: *Les damnés de la terre*, Paris: Éditions Maspéro, 1961].

SCHICHO, Walter: „Vom Atlantic Charter zu den Millennium Development Goals: Afrika und das Aid Business seit dem Zweiten Weltkrieg“ in: Grau, Ingeborg / Komlosy, Andrea / Englert, Birgit [Hg.]: Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung, 2. Aufl., Wien: Mandelbaum Verlag, 2009, pp. 99-121 [zuerst 2006].

SCHICHO, Walter: „Von der Kolonie zur Souveränität: Aufbruchsstimmung, Hoffnung, neue Entwürfe“ in: Mährdel, Christian / Grau, Ingeborg / Schicho, Walter [Hg.]: Afrika: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Wien: Promedia, pp. 185-210.

SCHOLZ, Trebor: „Introduction. Why Does Digital Labor Matter Now?“ in: ders. [Hg.]: Digital Labor. The Internet as Playground and Factory. Edited by Trebor Scholz, New York: Routledge, 2013, pp. 1-9.

SMELTZER, Sandra / PARÉ, Daniel J.: The labour of ICT4D: Whither the separation of carriage and content?“ in: ephemera – theory & politics in organization, Vol. 10 (3/4), 2010: pp. 390-405. Online: <http://www.ephemerajournal.org/sites/default/files/10-3smeltzerpare.pdf> [Zugriff: 19. März 2014]

SONTAG, Susan: Über Fotografie, 19. Aufl., Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 2010 [zuerst 1977].

SOSALE, Sujatha: „The Panoptic View: A Discourse Approach to Communication and Development.“ in: Servaes, Jan [Hg.]: Communication for Development and Social Change, New Delhi: Sage Publications, 2008.

SPIVAK, Gayatri Chakravorty: „Can the subaltern speak?“ in: Nelson, Cary / Grossberg, Lawrence [Hg.]: Marxism and the Interpretation of Culture, Chicago: University of Illinois Press, 1988, pp. 271-313.

SUNDEN, Jenny: „Transformations in Screen Culture“, in: Screen Culture: JMK Seminar Series, 2009. Online: <http://www.youtube.com/watch?v=UAMDJCmCUKk> [Zugriff: 22. März 2014]

TALBOT, David: „Facebook’s Two Faces“ in: MIT Technology Review, 17. Dec. 2013. Online: <http://www.technologyreview.com/review/522671/facebook-two-faces/> [Zugriff: 14. März 2014]

THE WHITE HOUSE: „International Strategy for Cyberspace: Prosperity, Security, and Openness in a Networked World“, 8 May 2011. Online: http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/rss_viewer/international_strategy_for_cyberspace.pdf [Zugriff: 14. März 2014]

THOLEN, Georg Christoph: Die Zäsur der Medien. Kulturphilosophische Konturen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2002.

THOMÄ, Dieter: „Anmerkungen zur Biopolitik. Zwischen Gentechnologie und »Kampf der Kulturen«“, in: Steiner, Theo [Hg.]: Genpool. Biopolitik und Körperutopien, Wien: Passagen Verlag, 2002, pp. 96-106.

TOFFLER, Alvin: Die dritte Welle. Zukunftschance. Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, München: Goldmann, 1983 [zuerst 1980].

UIMONEN, Paula: „Social and Mobile Media in ICT4D“ in: Braskov, Ricky Storm [Hg.]: Social Media in Development Cooperation, [Ørecomm at Malmö University and Roskilde University] 2012. Online: <http://orecomm.net/wp-content/uploads/2012/04/SocialMediaOrecomm2011.pdf> [Zugriff: 19. März 2014]

UNDP [United Nations Development Programme] / Civil Society Organizations Participation Programme [Hg.]: „Empowering People. A Guide to Participation“, 1998. Online: <http://www.undp.org/csopp/CSO/NewFiles/docemppeople.html> [Nicht mehr zugänglich]

UN [United Nations] [Hg.]: „Millennium Development Goal 8. The Global Partnership for Development. The Challenge We Face. MDG Gap Task Force Report 2013“, 2013. Online: http://www.un.org/en/development/desa/policy/mdg_gap/mdg_gap2013/mdg_report_2013_en.pdf [Zugriff: 10. März 2014]

UN [United Nations, Department of Economic and Social Affairs] [Hg.]: „United Nations E-Government Survey 2012. E-Government for the People“, 2012. Online: <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/un/unpan048065.pdf> [Zugriff: 11. März 2014]

UN [United Nations, General Assembly] [Hg.]: „United Nations Millennium Declaration, Resolution Adopted by the General Assembly, 18 September 2000, A/RES/55/2“, 2000. Online: <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm> [Zugriff: 10. März 2014]

UNCTAD [United Nations Conference on Trade and Development] [Hg.]: „The Global Information Society: a Statistical View. Partnership on Measuring ICT for Development“, 2008. Online: http://unctad.org/en/Docs/LCW190_en.pdf [Zugriff: 10. März 2014]

VATTIMO, Gianni: Die transparente Gesellschaft, 2. Aufl., Wien: Passagen Verlag, 2011

WALLERSTEIN, Immanuel: The Capitalist World-Economy, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 1979.

WIEDEMANN, Carolin: „Facebook: Das Assessment-Center der alltäglichen Lebensführung“ in: Leistert, Oliver / Röhle, Theo [Hg.]: Generation Facebook. Über das Leben im Social Net, Bielefeld: transcript, 2011, pp. 161-181.

WIEDEMANN, Carolin: Selbstvermarktung im Netz. Eine Gouvernementalitätsanalyse der Social Networking Site »Facebook«, Saarbrücken: Universaar, 2010.

WILKINS, Karin Gwinn: „Wearing shades in the bright future of digital media: Limitations of narratives of media power in Egyptian resistance“ in: *MedieKultur*, No. 52, 2012, pp. 49-61. Online: <http://ojs.statsbiblioteket.dk/index.php/mediekultur/article/view/5491/5769> [Zugriff: 22. März 2014]

WORREL, Judith / REMER Pamela: Feminist Perspectives in Therapy. An Empowerment Model for Women, Chichester: Wiley & Sons, 1992.

YEE, Nick: „The labor of fun“ in: *Games and Culture*, Vol. 1, No. 1, 2006, pp. 68-71.

ZIAI, Aram [Hg.]: Exploring Post-development. Theory and practice, problems and perspectives, London & New York: Routledge, 2007.

ZUCKERBERG, Mark: „Is Connectivity A Human Right?“ [Eigenpublikation], 20. Aug. 2013. Online: https://fbcdn-dragon-a.akamaihd.net/hphotos-ak-ash3/851575_228794233937224_51579300_n.pdf [Zugriff: 10. März 2014]

Zeitungen & Onlinejournale

Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Staaten im Umbruch: Die Kinder der Facebook-Revolution“, 19. 2. 2011, Online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/staaten-im-umbruch-die-kinder-der-facebook-revolution-1592378.html> [Zugriff: 22. März 2014]

Le Monde: „La révolution Facebook en marche“, 13. 2. 2011, Online: http://www.lemonde.fr/idees/chronique/2011/02/14/la-revolution-facebook-en-marche_1479538_3232.html [Zugriff: 22. März 2014]

n-tv: „Keine Facebook-Revolution bei den Palästinensern: Die Zeit ist noch nicht reif“, 25. 2. 2011, Online: <http://www.n-tv.de/politik/Die-Zeit-ist-noch-nicht-reif-article2708041.html> [Zugriff: 22. März 2014]

Abbildungsnachweis

Abb. 1: „Agenturfoto der Deutschen Presseagentur (dpa) auf der Seite des deutschen Nachrichtensenders n-tv“, 25. 2. 2011, Online: <http://www.n-tv.de/politik/Die-Zeit-ist-noch-nicht-reif-article2708041.html> [Zugriff: 22. März 2014]

Abb. 2: „Agenturbild der Deutschen Presseagentur (dpa) auf der Seite der FAZ“, 19. 2. 2011, Online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/staaten-im-umbruch-die-kinder-der-facebook-revolution-1592378.html> [Zugriff: 22. März 2014]

Abb. 3: „Gemeinsames Foto von Jeffrey Sachs (li.) und Renzo Rosso (re.) auf der Facebook-Seite der Only The Brave Foundation“, 2014. Online: <https://www.facebook.com/OnlyTheBraveFoundation> [Zugriff: 21. März 2014]

Abb. 4: „Login-Feld zur Virtual Village der Only The Brave Foundation auf Facebook“, 2014. Online: <https://www.facebook.com/OnlyTheBraveFoundation> [Zugriff: 21. März 2014]

Abb. 5: „Gruppenbild der Avatare auf der Homepage von Dubit“, 2014. Online: http://www.dubitlimited.com/projects/only_the_brave [Zugriff: 21. März 2014]

VIII. ANHÄNGE

Abstract

The rise of so-called *Social Media* and especially Facebook has been intensively studied throughout various disciplines of social sciences. In the field of Development Studies there have rarely been approaches that contextualize the new forms of *digital labor* (Andrejevic, 2013, 2011a, 2009; Burston / Dyer-Witheford / Hearn, 2010; Scholz, 2013) and exploitation alongside changing modes of production. Therefore this diploma thesis contains a genealogy of *production theory* in which *development theory* is linked with *media studies*. Development, as *situative linkage* of singular discursive elements, mutates through the involvement of Facebook into a dynamic regime of *affective power*, which receives its legitimacy through selective *visualization* of ‘underdevelopment’. While the development sector celebrates the usage of Facebook, the so-called ‘social’ network pursues its own goals. Facebook, as a ‘reformatory of the self’, marks a *new mode of production* (Andrejevic, 2011a) exploiting common goods produced by users. Led by its inherent logic, the platform expands its *digital enclosure* (Andrejevic, 2007) across the globe, thereby confronting the multiple organizations of development with new challenges. Whereas donor countries refuse to commit to financing communication infrastructure (Internet), Facebook plans to bring Internet to yet unconnected regions of the world. As Facebook reaches out for new profitable grounds, it transforms the means of International Development.

Abstract

Der Aufstieg sogenannter *Sozialer Medien* und im Speziellen Facebook wurde in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen untersucht. Im Bereich der Entwicklungsforschung hingegen gibt es bisher kaum Ansätze die neuen Formen der *digitalen Arbeit* (Andrejevic 2013, 2011a, 2009; Burston / Dyer-Witheford / Hearn, 2010; Scholz, 2013) und die damit einhergehenden neuen Formen der Produktion und Ausbeutung zu kontextualisieren. Deshalb enthält diese Diplomarbeit eine Genealogie der *Produktion*, entlang derer *Theorien der Entwicklung* mit *medienwissenschaftlichen Theorien* verknüpft werden. Entwicklung als *situative Verkettung* einzelner diskursiver Elemente mutiert durch die Einbindung von Facebook zu einem dynamischen Regime der *Affektmacht*, das seine Legitimität durch gezielte Visualisierung von „Unterentwicklung“ erhält. Während der Entwicklungssektor die Nutzung von Facebook feiert, verfolgt das sogenannte „soziale“ Netzwerk seine eigenen Ziele. Facebook als „Erziehungsanstalt des Selbst“ markiert eine *neue Produktionsweise* (Andrejevic, 2011a) bei der die Gemeingüter seiner Nutzerinnen und Nutzer privatisiert und ausgebeutet werden. Angetrieben von seiner inhärenten Logik dehnt die Plattform ihr *digitales Enclosure* (Andrejevic, 2007) über den gesamten Globus aus und wird damit zu einer Herausforderung für etablierte Entwicklungsorganisationen. Während es die Geberländer weitgehend ablehnen, Zugeständnisse über die Finanzierung kommunikativer Infrastruktur (Internet) zu machen, plant Facebook das Internet in noch nicht erschlossene Regionen der Erde auszudehnen. Im Zuge seiner Bestrebungen neue profitable Märkte zu erschließen transformiert Facebook gleichzeitig den Entwicklungsbereich.

Aram GHADIMI – 13. 12. 1982

aram.ghadimi@gmail.com

Universität Wien
Individuelles Diplomstudium

Internationale Entwicklung (Mag.) | 2005 – 2014

Université Paris VII – Denis Diderot
ERASMUS – Programm

(GHSS) Sozialwissenschaften | 2008 – 2009

Medizin Medizinische Universität Wien
Humanmedizin

Humanmedizin | 2002 – 2007

Technologisches Gewerbemuseum Wien
Nachrichtentechnik

HTL – Ausbildung | 1997 – 2002

Österreichischer Nationalrat

PR-Mitarbeiter von Helene Jarmer | 2012 – 2012

Institut für Höhere Studien

Managing Assistant PR | 2010 – 2011

Die Presse / M-Media

Redakteur / freier Journalist | 2010 – 2011

Ministère de l'éducation nationale, Paris

Sprachassistent | 2008 – 2009

Universität Wien

Studienassistent | 2008 – 2008

Universität Wien

Studienassistent | 2007 – 2008

Medizinische Universität Wien

Tutor / Labor | 2006 – 2007

Publikationen: Stichproben, Nr. 12/2007 | Die Presse | diepresse.com | M-Media | APA Picturedesk | u.a.